

HERMANN SCHEER  
Der Nonsense  
vom Energiekonsens

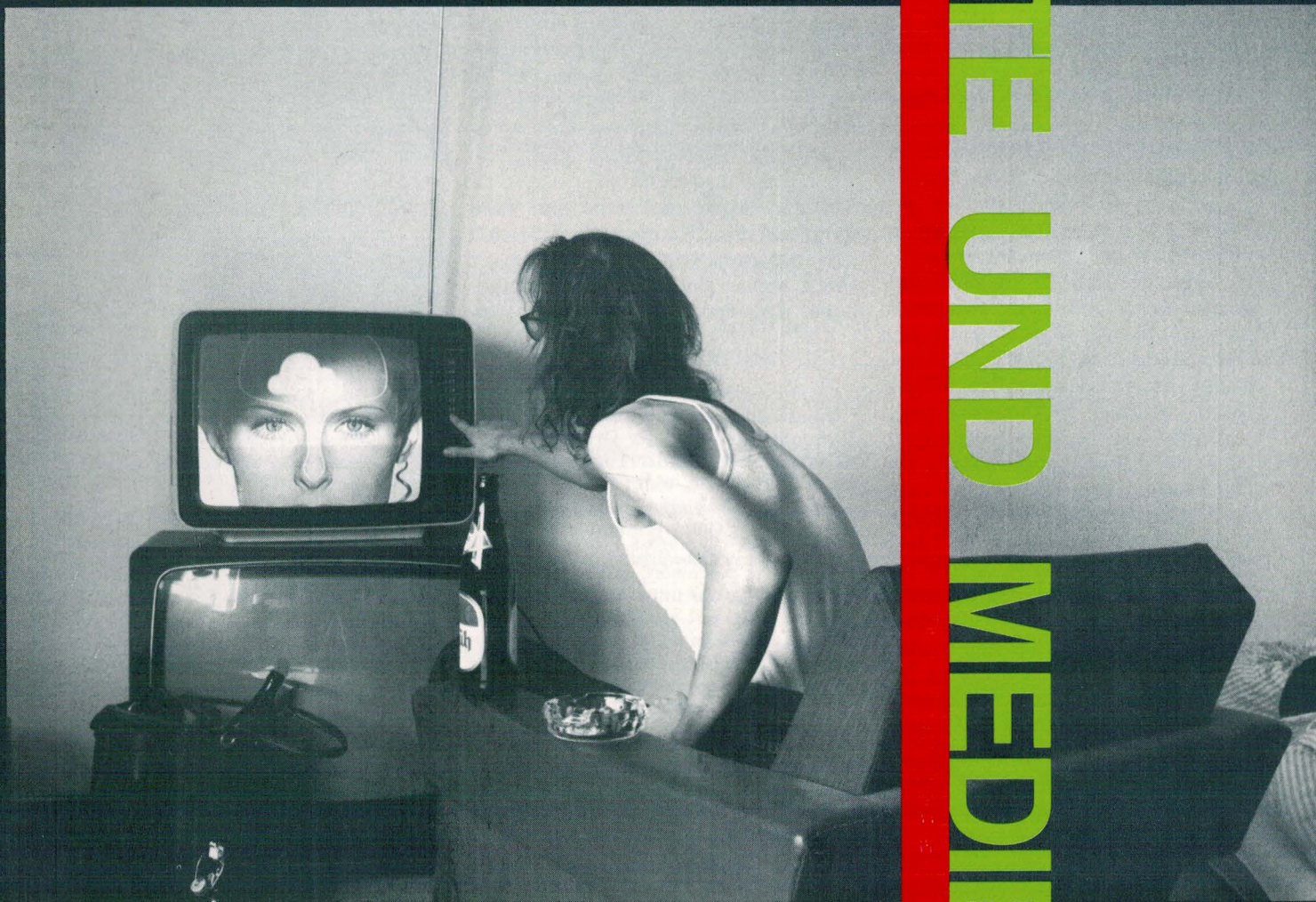
DIETRICH LEDER  
Die Krise des  
öffentlich-rechtlichen  
Fernsehens

KATHARINA GRÖNING  
Feministische  
Theoriediskussion

# SPW

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

# MÄCHTE UND MEDIEN



# KURZUM

von Uwe Kremer

Einigen Wirbel löste der Artikel von Horst Arenz und Horst Peter in der letzten Ausgabe der spw aus. Darin sahen sie ein wirtschafts- und sozialpolitisches "Petersberg" der SPD heraufziehen - und zwar im Windschatten einer um sich greifenden innerparteilichen Konfusion in den ökonomisch-sozialen Schlüsselfragen. Und in der Tat: Während in der Öffentlichkeit noch gegen die sozial-schädliche Politik der Bundesregierung gewettert wird, kommt es zu einem zweiten Anlauf der "sozialliberalen Modernisierer" (unter den ideologischen Wegbereitern finden wir an allererster Stelle wieder: Fritz W. Scharpf). Er droht weitaus nachhaltiger zu werden als die erste Welle Mitte bis Ende der 80er Jahre, die noch weitgehend am gewerkschaftlichen Widerstand (v.a. aus der IG Metall) und an der Gegenoffensive der damaligen SPD-"Programm"-Linken scheiterte.

Diesmal fließt der Kampf um den "Standort Deutschland" und seine hochwertigen Arbeitsplätze mit dem Bemühen um einen privatwirtschaftlichen Niedriglohn-Arbeitsmarkt für die "minderwertigen" Arbeitskräfte zusammen. Der Sozialstaat erschöpft sich in der Subventionierung dieses "unteren" Teils der Beschäftigten, während weiter "oben" die Rahmenbedingungen für das Kapital durch eine weltmarktorientierte Industriepolitik verbessert werden (die dort Beschäftigten können höheres Einkommen gegen Flexibilität und Mehrarbeit tauschen). Hoffen wir, daß sich auf der anderen Seite jene finden, die - sich teilweise mühsam erinnernd - für einen Generalangriff auf die in den vergangenen 10 Jahren angeschwollenen Höchsteinkommen und Vermögenswerte aussprechen und wieder anfangen, nicht nur von der Angebots- und Kostenseite her zu denken, sondern in volkswirtschaftlichen Kreisläufen. Dabei soll uns ein alter "rechter" Keynesianer wie Herbert Ehrenberg willkommen sein als mancher "Linke", der nur noch in der Logik kapitalistischer Kostenargumente und Weltmarktzwänge zu denken weiß.

Bei der heute anstehenden Kontroverse geht es allerdings um weitaus mehr als

während der günstigen Wirtschaftskonjunktur in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Die soziale Basis der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie wird in einem nicht gekannten Ausmaß und im wahrsten Sinne des Wortes "am Boden zerstört" - in den Betrieben ebenso wie in den Kommunen. Und was - bitte schön - kann man denn etwa den Menschen in den zerfallenden Industriequartieren der Großstädte sagen, die sich - z.T. schon aus Verzweiflung - von der SPD ab- und den Rechtspopulisten zuwenden und dabei zugleich gegen Ausländer und für soziale Gerechtigkeit eintreten: Daß dies nicht die richtige Antwort sei? Und was wäre die richtige Antwort? Die SPD real oder die SPD a la spw?? Oder für die ganz Verwegenen: das "Projekt der Aufklärung" als Verarbeitung der andauernden kommunalen Haushaltsmisere, der Werks- und Grubenschließungen usw.??? Nun, letzteres wollte ich eigentlich als ironische Nebenbemerkung verstanden wissen. Aber vielleicht ist ja doch etwas wahres daran - wenn man "Aufklärung" und "Populismus" nicht einfach gegeneinanderstellt. Jedenfalls: Es ist wahr, daß zuallererst die "kleinen Leuten" die Lasten der deutschen Einheit und der Wirtschaftskrise tragen müssen, es ist auch wahr, daß sie am stärksten mit den Problemen konfrontiert werden, die natürlich mit verstärkter Zuwanderung verbunden sind, und ebenso wahr ist, daß ihnen die vielgerühmte europäische Einigung und erst recht der freie Weltmarkt am wenigsten bringen. Alles dies ist wahr, aber es gibt keine "links-populistische" Artikulation dieser Wahrheiten, zu

## Kapitulation in drei Stufen

Alles schon gehabt. Erste Stufe: Die Parteispitze stimmt der Grundgesetzänderung zu - natürlich nur unter Vorbehalten und nur dann, wenn strenge Voraussetzungen erfüllt sind. Die zweite Stufe: Der SPD-Parteitag stimmt der Änderung mit Hängen und Würgen zu, weil die Parteispitze beschwört, daß der Grundgesetzänderung nur unter erheblichen Vorbehalten und mit strengsten Einschränkungen zugestimmt wird. Dritte Stufe: Die Verhandlungskommission der SPD schert sich nicht allzu viel um die strikten Vorgaben und stimmt der Änderung des Grundgesetzes ohne Wenn und Aber zu. So war das beim Asylrecht, und so ist es heute beim Lauschangriff. Das SPD-Präsidium hat soeben (erste Stufe!) der Verwanzung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung gebilligt.

Ihrem Ja zum Lauschangriff läßt die SPD eine Reihe von Aber folgen. Diese

wenig linke Ausdrucksformen, auf die sich diese Menschen beziehen können - und meist auch umgekehrt zu wenig Zugänge.

Aus dem Leben der Sozialdemokratie gegriffen: Kaum eine Stadt kommt heute an einem harten Sparkurs vorbei, aber klar erkennbare soziale Prioritätensetzungen in der Kommune mit einer klaren Frontstellung in Fragen der bundesweiten Wirtschaft- und Sozialpolitik zu verbinden - das ist die Aufgabe, die weder in der einen noch in der anderen Hinsicht auch nur in Ansätzen gelöst ist. Aber genau dies ist auch die Aufgabe, die sich heute auf Platz 1 geschoben hat - nicht weil der ökologische Umbau unwichtiger geworden wäre (überhaupt nicht: siehe die Artikel in unserer Zeitschrift), sondern weil es ihn in einer Republik nicht geben wird, in der sich eine wachsende Zahl von Menschen -Gruppe für Gruppe oder gar vereinzelt - auf den Kampf um die eigene soziale Lage konzentrieren muß.

**Kurzum:** Aus dem Anstoß von Horst Arenz und Horst Peter muß mehr werden als ein Antrag zum nächsten Parteitag (der schärfsten Waffe der SPD-Linken). Mehr auch als eine nur innerparteiliche Gegenströmung zur herrschenden Parteilinie. *Es geht um eine gesellschaftliche Initiative, die ein anderes wirtschafts- und sozialpolitisches Denken wieder populär macht.*

**P.S.:** Zum Thema "Lauschangriff", das mir gerade noch per Präsidiumsbeschluß auf den Tisch gekommen ist, verzichte ich auf einen Kommentar zugunsten der Süddeutschen Zeitung vom 8.9.:

beziehen sich auf die Formalitäten: Ein Minister muß die Lauschangriffe anordnen, eine parlamentarische Kommission sie genehmigen, ein Richter sie verfügen. Von diesen Hürden wird letztendlich nicht viel übrig bleiben. Wie schlecht Verfahrenskontrollen hierzulande funktionieren, zeigen die Mißstände bei der Telefonüberwachung und bei der Wohnungsdurchsuchung ziemlich drastisch.

Und künftig? Was ist mit dem Gespräch des Anwalts mit seinem Mandanten? Es kann künftig elektronisch abgehört werden. Was ist mit den Gesprächen zwischen Eheleuten oder zwischen Arzt und Patient? Der Lauschangriff hebt die Zeugnisverweigerungsrechte der Angehörigen, der Anwälte, der Geistlichen und der Ärzte aus - und beendet das Berufsgeheimnis der Journalisten. Niemand weiß, wie diese Grundprinzipien des Strafverfahrens noch gesichert werden. pra

## Herausgeber Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)  
Dietrich Dehm (Frankfurt/M.)  
Jurgen Eger† (Berlin)  
Katrin Fuchs (Verl.)  
Josef Hindels† (Wien)  
Klaus Peter Kisker (Berlin)  
Heinrich Lenker (Bielefeld)  
Susi Möbbeck (Bremen)  
Orsula Pausch-Graber (München)  
Claudia Waltner (Aachen)  
Kurt Wand (Hamburg)  
Burkhard Zimmermann (Berlin)

## Redaktion:

Ingo Arend  
Gisela Becker  
Uwe Kremer  
Heiner Kockerbeck  
Ralf Krämer  
Fiete Saß  
Birgit Zoerner

## Redaktionssekretär

Ralf Schmitz

## Redaktions- und Verlagsanschrift:

Kieler Str. 13, 51065 Köln  
Telefon (0221)623271, Telefax  
(0221)612815

## Verlag:

spw-Verlag Redaktion GmbH,  
Kieler Str. 13, 51065 Köln

## Geschäftsführer:

Andreas Bach  
Ulja Saß

## Konto des Verlages:

Postgiraamt Dortmund  
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr  
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

## Jahresabonnement DM 51,-

ermäßigtes Jahresabonnement  
(für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose) DM 42,-, Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei  
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschi-  
nenschrift und mit einem ausreichenden  
Rand versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf  
Diskette mit einem Ausdruck geliefert  
werden (MS-DOS-Textverarbeitungssystem  
5 1 4 oder 3 1 2 Zell).

## ISSN 0170 4613

spw-Verlag Redaktion GmbH 1993.  
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
vorbehalten.

## Titelfoto

Stephan Hoppe, Köln

## Satz und Gestaltung:

Judith Nußbaum, Köln

## Druck:

Note Druck, Schwerte

## MAGAZIN

Uwe Kremer

KURZUM .....	2
Hermann Scheer	
Der Nonsense vom Energiekonsens .....	4
Detlef Birboes	
Plastikflut .....	5
Josef Didier	
Sachsens SPD .....	8
Detlef Oppermann	
Anne-Marie Fabian .....	10
Anne-Marie Fabian	
Walter Fabian in Sachsen .....	10
Herbert Schaaff	
Rezension: Hans Immler, Welche Wirtschaft braucht die Natur? .....	13

## MÄCHTE UND MEDIEN

Heiner Kockerbeck

Kämpfe um die Konstruktion von Wirklichkeiten .....	16
Dietrich Leder	
Bürokratische Kalamitäten und müde Routinen. Die Krise des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und die Rolle seiner privat-kommerziellen Samariter .....	17
Horst Peter/Norbert Sprafke	
Demokratische Politik in der Fastfood-Informationsgesellschaft .	20
Oliver Brosch-Guesnet	
Nachrichten vom Klassenkampf .....	24
Thomas Rausch	
Und der Mensch ist da ganz Mensch, wo er - z. B. mit Werbespots - spielt .....	27

## PERSPEKTIVEN DER LINKEN

Katharina Gröning

Von der Androgynität zur Differenz Überlegungen zur Theoriediskussion in der autonomen westdeutschen Frauenbewegung .....	29
Horst Dietzel	
Alte Hüte oder neue Anstöße? Zum neuen Programm der PDS .....	34
Oliver Brosch-Guesnet	
Der Name des Schiffes Anmerkungen zum politischen Selbstverständnis der "MarxistInnen in der SPD" .....	38

## DOKUMENTATION JUSO-BUKO '77

spw-Redaktion:

Vorbemerkung .....	43
Karsten D. Voigt	
Einleitung .....	44
FDJ-Zentralrat	
Dokumente zum Hamburger Juso-Bundeskongreß 1977 .....	45

## GENTECHNIK-DEBATTE

Jens Katzek/Joachim H. Spangenberg

Die SPD und die Gentechnik .....	48
----------------------------------	----

## GEHEIM!

Rolf Gössner

Deckname "Verfassungsschutz" .....	55
------------------------------------	----



## Der Nonsense vom Energiekonsens

von Hermann Scheer\*

Die Gespräche zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien um einen "Energiekonsens" haben begonnen. Auch einige Umweltverbände warten darauf, zu einem späteren Zeitpunkt hinzugezogen zu werden: gewissermaßen an den Katzenstisch der Elefantenrunde. Mittlerweile sind sie, wie auch die GRÜNEN, schon wieder ausgestiegen. Wann läßt die SPD die Gespräche platzen?

Bemühungen um einen "Konsens" stoßen - gleich, um was es geht - zunächst einmal immer auf Zustimmung. Wer streitet sich schon gerne, wenn man sein Ziel vielleicht auch ohne Streit erreichen kann? Und geht bei einem "Konsens" nicht alles reibungs- und nahtloser, schneller und wirkungsvoller? Etwas effektiv und zugleich bequem machen zu können - das ist die praktische Ideallösung. Der Weg dahin erscheint ganz einfach: man setzt sich zusammen, redet vernünftig miteinander, informiert sich endlich einmal richtig - und wenn dann nur alle gleichermaßen um "Sachlichkeit" bemüht sind, kommt man zum Ergebnis, daß doch eigentlich alle das gleiche wollten.

Wenn das alles wirklich so einfach wäre, dann wären längst alle Konflikte in der Gesellschaft gelöst - auch die energiepolitischen. Aber die Lage ist sehr viel komplizierter: Daß sich Regierung und Opposition, Energiewirtschaft und Umweltverbände nicht einig sind, hängt ja nicht mit deren mangelnden Gesprächsmöglichkeiten zusammen. Diese gibt es laufend - ob in Parlamentsausschüssen oder auf Akademiesitzungen. Es hängt auch nicht mit Informationsmängeln zusammen - jeder kennt die Position des anderen ohnehin zur Genüge. In Wirklichkeit sind es doch unterschiedliche Ziele, Werte und Interessen, die den Dissens ausmachen. Zu einer Demokratie gehört

\* Hermann Scheer, MdB, Remshalden, Präsident der EUROSOLAR und Herausgeber der Zeitschrift "Das Solarzeitalter"

das offene Austragen dieser Differenzen wie das Wasser zur Pflanze. Daß vorhandener Dissens - sprich Streit - etwas negatives und Konsens etwas prinzipiell positives sei, gehört in die Philosophie einer konfliktscheuen, müde gewordenen und sich nur noch konservierenden Gesellschaft, die unfähig ist zur innovativen Zukunftsgestaltung.

Wenn es politisch um eine drastische Einschränkung des Nikotinkonsums, ein klares Verbot von Waffenexporten oder um

In Wirklichkeit sind es doch unterschiedliche Ziele, Werte und Interessen, die den Dissens ausmachen.

neue wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Rauschgifthandel geht, käme niemand auf die Idee, die dafür notwendigen Entscheidungen von einem Konsens mit der Zigarettenindustrie, der Rüstungsindustrie oder der Rauschgiftmafia abhängig zu machen. Anders ausgedrückt: Es gibt Entscheidungen, die gesellschaftlich unabweisbar notwendig sind, deren Vollzug nun einmal nicht von denen abhängig gemacht werden darf, die ein existentielles Interesse daran haben, daß diese Entscheidungen nicht zustande kommen. Auf das Thema "Energiepolitik" bezogen bedeutet das, daß die überfälligen Entscheidungen für eine ökologische Energieform nicht davon abhängig gemacht werden dürfen, ob die Großunternehmen der Energieversorgung damit einverstanden sind oder nicht. Seit Jahren wird nämlich der allzu naive Fehler gemacht, Forderungen nach neuen energiewirtschaftlichen Entscheidungen für Energiesparen und für erneuerbare Energien an die Repräsentanten unserer jetzigen Energiewirtschaft zu richten und von diesen den Umschwung zu erwarten. Wer aber

immer *darauf* setzt, der setzt damit auf die Gruppe innerhalb der Gesamtwirtschaft, die das geringste Interesse von allen an einer grundlegenden Energiewende haben! Wenn herkömmliche Energie gespart wird, dann erwachsen daraus viele Vorteile für viele: für die Gesellschaft, für die Volkswirtschaft - unter anderem durch die Entlastung der Zahlungsbilanz - , für Industrie und Handwerk im Bereich der Produktion und Installation neuer Technologien. Aber unzweifelhaft haben die bisherigen Rohenergie-Lieferanten existentielle Nachteile - und wird die Lage derjenigen schwierig, die Milliarden noch nicht abgeschriebener Energieinvestitionen getätigt haben und die nur in großen Versorgungsstrukturen denken und handeln, während es bei den zur Verfügung stehenden Alternativen um dezentrale Strukturen und analog dazu um neue Unternehmensformen geht. Die jetzige überkommene Energiewirtschaft ist demnach der ungeeignete Ratgeber und Partner für eine ökologische Energiewende. Wenn alle anderen dafür sind, aus objektiven wie aus subjektiven Gründen, werden die Energiewirtschaftsführer aus ihrer betriebswirtschaftlichen Interessenlage immer noch auf der Bremse stehen.

Das Kernproblem der Bemühungen um einen Energiekonsens in dem vorgegebenen Rahmen besteht also darin, daß stillschweigend davon ausgegangen wird, daß die jetzige Groß-Unternehmensstruktur der Energiewirtschaft die einzige sein könnte, die auch als Träger für erneuerbare Energien infrage kommt - als sei dies ein Naturgesetz. Orientiert man sich daran, so ist eine Situation vorprogrammiert, in der heute überfällige und mögliche Energiealternativen immer wieder auf die lange Bank geschoben werden oder nur in Form von Alibi-Projekten serviert werden. "Energiekonsens" ist also alles andere als eine Lösungsmethode gegenüber der Energie-Umwelt-Krise.



## PLASTIKFLUT



Zum Scheitern der Verwertung von Plastikmüll beim "Grünen Punkt"

von Detlef Bimboes\*

Die durch die Verpackungs-Verordnung vorgeschriebene Rücknahme und Verwertung von Verpackungsmüll ist in einem Kernbereich, nämlich dem für kunststoffhaltige Materialien, ins Schleudern geraten. Rechtzeitig zum Sommerloch stockte trotz kräftigem Abkassieren die Einsammlung beim Verbraucher, große Mengen stauten sich bei den Einsammelern, dubiose Verwertungen außerhalb der Bundesrepublik sorgten für Ärger und Pannen. Deshalb peilte das DSD Vertragsänderungen mit dem Ziel an, künftig nur noch kunststoffhaltige Abfälle in stark reduziertem Umfang einzusammeln. Unter dem Eindruck heftiger Proteste aus allen Richtungen, einer angebrohten Prozeßflut seitens der betroffenen Städte und Kommunen und einem in die Bredouille geratenen Umweltminister in Bonn ließ das DSD von seinen Plänen ab. Möglich war das nur durch das Versprechen betroffener Wirtschaftskreise auf Krisensitzungen in Bonn, nun endlich innerhalb von drei Jahren durch den Bau neuer Anlagen die Verwertung der Verpackungsabfälle sicherzustellen. Dieser Zeitraum entspricht in etwa den Vorgaben der Verpackungsverordnung. Bis zum Juli 1995 muß die Recyclingquote von jetzt 30 auf dann 80 Prozent angewachsen sein. Bis zum Aufbau der Verwertungsanlagen sollen, so ist verabredet worden, in notwendigem Umfang Zwischenlager in Anspruch genommen werden. Eine Verwertung im Ausland wird weiterhin für notwendig angesehen. Das DSD will solche Anlagen im Ausland erstmals zertifizieren lassen. Nachdem der Theaterdonner verhallt ist und sich der Nebel gelichtet hat, zeigt ein Blick hinter die Kulissen, daß Verwertungsmöglichkeiten für Kunststoffabfälle nicht ganz zufällig so rar sind. Bisherige Erfolge zur Vermeidung von Verpackungen aller Art zeigen sich in Handel (Umverpackungen) und Transportgewerbe (Verpackungen bei Lagerung und Transport), diktiert durch den Zwang zur Min-

\* Dr. Detlef Bimboes, Dipl. Biologe, Wiesbaden

derung fälliger Entsorgungsgebühren. Weniger Verpackungen bedeuten eben weniger Gebühren.

Wo liegen nun die Gründe für die Misere und den Einbruch des DSD? Im folgenden sollen dazu einige Hinweise gegeben werden:

### "Entsorgung" statt Vermeidung

1. Im Bundesgebiet (alt) fallen jährlich im Bereich von Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen etwa 9,7 Mio Tonnen Verpackungsabfälle an, darunter ca. 1 Mio Tonnen kunststoffhaltige Materialien. Nun rächt sich, was bereits der Entwurf für die Verpackungs-Verordnung von Bundesumweltminister Töpfer erkennen ließ und was von Beginn an von SPD, GRÜNEN und Umweltverbänden und -instituten kritisiert wurde: der Verzicht auf konsequente Vermeidung der Verpackungsflut. Im Kern stellt die Verpackungs-V0 mehr oder weniger lediglich auf Erfassung, Sortierung und bestimmte, stoffliche Verwertungsquoten für Verpackungsmüll ab.

Es fehlten und fehlen:

- Vertriebsverbote für Einwegverpackungen, und zwar für solche, die zur Umstellung auf Mehrwegsysteme geeignet sind (insbes. Getränkeverpackungen);
  - Vertriebsverbote für Verpackungen, die Schadstoffe oder die Verwertung behindernde Stoffe enthalten (insbes. PVC, Schwermetalle);
  - Kennzeichnungspflichten (z.B. für Einweg-, Mehrweg-Kunststoffe).
- Und da diese Eckpunkte fehlen, erblickte lediglich eine schlanke, blutleere Verordnung das Licht der Welt, die überall in Industrie und Gewerbe ein Durchkommen erleichtern sollte: Wie immer Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Interessen, insbesondere auf Kunststoffverarbeiter und kunststoffherzeugende Chemiekonzerne (s. Pkt 3 u. 4). Mit der Verordnung schlängelte man sich auch an der gewerkschaftlichen Verteidigung von Arbeitsplätzen vorbei (siehe das Gerangel

um die PVC-Richtlinie für den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hessen). Ein Scheunentor öffnete sich lediglich für die Geschäftszwecke des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE). Zugunsten seiner Mitglieder wurde der bestehende, kleine Recyclingmarkt für Kunststoffabfall außer Kraft gesetzt. Trotz alledem, ausgerechnet im Kernbereich der Verordnung, nämlich der Verwertung von Kunststoff, ist man nun aufgelaufen.

### Die EG als Alibi

2. Der Verzicht auf einen kräftigen und längst überfälligen Schub in Richtung Vermeidung und Mehrwegsysteme hat zum anderen den Grund, daß man sich in vorauseilendem Gehorsam hinter EG-Vorbehalten verschanzte. Mögliche Vorbehalte der EG gründen im EWG-Vertrag und erwachsen dann auch aus darauf aufbauenden Richtlinien und Verordnungen. So prüft gegenwärtig die EG Kommission nämlich, ob die deutsche Verordnung mit dem Gemeinschaftsrecht, insbesondere mit den Bestimmungen über den freien Warenverkehr und mit den Wettbewerbsregeln vereinbar ist. Hier muß künftig aufgepaßt werden. Die Bedeutung möglicher EG-Vorbehalte für notwendigen nationalstaatlichen Umweltschutz wird vielfach noch unterschätzt. In den Vorbehalten kann sinnvoller, problemangepaßter nationaler Regelungsbedarf hängenbleiben und letztlich abgewürgt werden, notfalls auch über Klagen interessierter Wirtschaftskreise vor dem Europäischen Gerichtshof. Stichworte liefern die Behinderung des freien Wettbewerbs und der Aufbau von Handelshemmnissen im freien Warenverkehr. Hiermit sind schließlich zentrale Bestandteile des EWG-Vertrages berührt und mithin ein Eckpfeiler des kapitalistischen EG-Binnenmarktes. Abgewehrt werden kann dies nur durch offensives Handeln.

Rechtsgrundlagen für EG-Regelungen im Umweltschutz gründen auf Art. 100 a und Art. 130 s EWG-Vertrag. Sie wer-

den zumeist in Form von Richtlinien getroffen, die in nationales Recht umzusetzen sind. EG-Regelungen nach Art. 100 a dienen weniger dem Umweltschutz. Bei ihnen steht vielmehr die Rechtsangleichung zur Vollendung des Binnenmarktes in wirtschaftlicher Hinsicht im Vordergrund. Dann ist die Anwendung bestehender nationaler Rechts nur noch unter bestimmten Voraussetzungen möglich (Anmeldung bei und Bestätigung durch EG) und die Neuschaffung schärferen nationalen Rechts strittig und höchstwahrscheinlich nicht möglich. Kurzum, Vorgaben der EG sind dann umzusetzen und der Spielraum für eigenstaatliche Regelungen ist äußerst begrenzt. Dagegen ist, soweit EG-Regelungen auf Art 130 s fußen, die Anwendung bestehender, schärferer nationaler Regelungen wie auch die Schaffung neuer, schärferen nationalen Rechts erlaubt. EG-Richtlinien auf dieser Rechtsgrundlage verfolgen als Hauptziel den Umweltschutz. Hier sind daher deutliche Spielräume zur eigenständigen Gestaltung von nationalstaatlichem Umweltschutz gegeben. Allerdings gilt auch hier, und das könnte sich im Einzelfall als Pferdefuß erweisen, daß die einzelstaatlichen Maßnahmen mit dem EWG-Vertrag vereinbar sein müssen (s.o.).

Ein Beispiel für derartige Regelungen ist der Vorschlag der EG für eine Verpackungsrichtlinie, der auf Grundlage von Art. 100a fußt und gegenwärtig auf EG-Ebene beraten wird. In ihm wird der Vermeidung und der Wiederverwendung (Mehrwegsysteme!) kein klarer Vorrang eingeräumt. Bestehende Möglichkeiten wirksamer Abfallvermeidung bzw. zur Reduzierung von Abfallmengen werden nicht ausgeschöpft, teilweise in den Normungsbereich verlagert (s. Pkt. 4). Beim Thema Wiederverwendung werden die Gründe deutlich genannt. Die EG geht immer noch davon aus, daß bei wiederverwendbarem Verpackungsabfall keine klare Option für eine der beiden Verpackungstypen bestehe. Beide Wege werden als gleichwertige Methoden eingestuft. Dies wird auch in den konkreten Zielvorgaben deutlich. Danach sind in den Mitgliedstaaten lediglich Rückgabesysteme einzurichten, durch die gewährleistet wird, daß gesammelte gebrauchte Verpackungen und/oder Verpackungsabfälle auf wirksamem Wege wiederverwendet oder verwertet werden. Diese Systeme müssen außerdem so beschaffen sein, daß keine Handelshemmnisse oder Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Zur

Verwertung wird zu allem Überfluß noch die Verbrennung zur Energieerzeugung (sog. thermisches Recycling) gerechnet. Damit ist die verbindliche Einführung bestehender Mehrwegsysteme mit bestimmten Rücklaufquoten als bedeutendem Bestandteil der Vermeidung in nationalen Verordnungen Gefahren ausgesetzt, gerade auch für jüngst wieder erhobene Forderungen. Die Durchsetzung weitergehender, schärferer Maßnahmen wie Vertriebsverbote für schadstoffhaltige Verpackungen oder nur selbst ein Anwendungsverbot von PVC in Verpackungen wäre in jedem Falle äußerst fraglich. Vor diesem Hintergrund hat sich der Bundesrat eindeutig dafür ausgesprochen, daß die Richtlinie auf Art. 130 s EWG-Vertrag gestützt werden muß. Die Bundesregierung hat sich dieser Auffassung angeschlossen und vertritt sie, so ist zu hören, auf EG-Ebene. Sie tut dies freilich nicht ganz uneigennützig, steht doch zu befürchten, daß selbst ihre schlechte Verordnung unter die Räder geriete, wenn der vorliegende teilweise noch schlechtere Vorschlag der EG realisiert würde. Der Ausgang der Verhandlungen ist offen. Zur Zeit besteht dort eine unübersichtliche politische Gemengelage mit unsicherem Ausgang. In dieser Situation und vor dem Hintergrund der Verpackungsprobleme sollten jetzt rasch die Forderungen aus SPD, von GRÜNEN und Umweltverbänden verwickelt und die bestehende Verordnung hierzulande geschärft werden. Nach Lage aller Dinge wird die Bundesregierung diesen Weg nicht gehen wollen und sich vor möglichen Vorbehalten der EG verstecken. Ob sich eine von der SPD geführte Bundesregierung dazu verstehen würde, bleibt abzuwarten.

### Die Interessen der Konzerne

3. Die kunststoffherstellenden Chemiekonzerne haben kein Interesse, ihre Neuwarenmärkte für Recyclingprodukte zu öffnen. So haben sie sich bislang als einzige geweigert, die vorgeschriebene Rücknahmeverpflichtung für Kunststoffabfälle anzuerkennen. Sie verhindern ein werkstoffliches Recycling (d.h. die Aufarbeitung von Abfällen zu neuen Produkten), weil ansonsten bestehende Produktionskapazitäten für Neuware und Vorprodukte brachgelegt werden. Dabei verschanzt man sich vor z.T. tatsächlichen Problemen beim Recycling

von Kunststoffabfall und bestehenden DIN- und Qualitätsnormen für Kunststoffe (s. Pkt 4). Die Hersteller von Kunststoff favorisieren zur Verteidigung und Nichtantastung ihrer Märkte für Neuwaren deshalb das thermische Recycling (d.h. ein Verbrennen mehr oder weniger heizwertreicher Kunststoff-Abfälle zur Energieerzeugung) und das rohstoffliche Recycling (insbes. Erzeugung von Öl aus Kunststoff).

Beim letzteren bestehen Allianzen zu im Müllgeschäft tätigen Energiekonzernen, die hoch subventioniert vom Verbraucher aus Kunststoff wieder Öl herstellen können und wollen. Ein Irrweg! Das erzeugte Öl ist mit einem Preis von rund 2500 DM pro Tonne nach heutigen Berechnungen mindestens sechsmal teurer als Erdöl. Beides, Verbrennung als auch "Öl aus Kunststoff" sind Entlastungsstrategien, um sich von dem anhaltenden Druck in Richtung Vermeidung und qualifiziertem, werkstofflichem Recycling zu befreien.

Es ist nicht auszuschließen, daß sich das DSD mittelfristig auf diesem Wege aus der Klemme ziehen könnte. Hinweise hierfür bestehen. Zwar hat das DSD seine angekündigten Vertragsänderungen aufgehoben, künftig nur noch Plastikfolien größer DIN A4 und Kunststoffflaschen unter 5 Liter - in besonders vereinbarten Fällen auch Becher - bei der Verlesung des Inhalts der gelben Säcke auszusortieren. Just jene Parteien bedienen die raren, bestehenden Kapazitäten zur Herstellung von Recyclingmaterialien und zur Herstellung von Öl aus Kunststoff. Der Rest einschließlich der Mischkunststoffe sei mangels Kapazität, so das DSD vor seinem neuerlichen Schwenk, derzeit nicht stofflich verwertbar und müsse deshalb den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften als Gewerbeabfall zur Entsorgung überlassen werden. Die neue Linie besteht nun nur darin, diese derzeit nicht verwertbaren Abfälle vorübergehend zwischenzulagern.

### Überholtes DIN-Normengefüge

4. Die sortenreine Trennung von Kunststoffgemischen bereitet Probleme. Selbst Sortenreinheit bedeutet aufgrund möglicher vielfältiger Zusätze noch keine Problemfreiheit bei der Aufarbeitung und den daraus hergestellten Produkten. Der Verwendung von Recyclingmaterialien aus Kunststoffabfällen sind deshalb ob-

ektiv von der Materialqualität her Grenzen gesetzt. Daß aber die Möglichkeiten innerhalb dieser Grenzen nicht ausgeschöpft werden, hat mit dem bestehenden eng geknüpften, staatlich mitverantworteten Netz an DIN- und Qualitätsnormen für Produkte zu tun. Und Normen können eben auch zur Abschottung von Märkten eingesetzt werden. Große Bremsen für den Einsatz von Recyclingprodukten stellen überdies beispielsweise Telekom und Bundesbahn dar, die z.T. völlig überzogene Qualitätsanforderungen an die von ihnen eingekauften Produkte und Materialien stellen. Beide Unternehmen verfügen über Marktmacht und könnten durch gezielte Auftragsvergabe den Aufbau von Märkten für Recyclingprodukte befördern. Selbstverständlich sind Qualitätsnormen für Produkte und ihre spezifischen Einsatzbereiche unerlässlich. Aber ihre spezifische Ausformung bildet eben - wie gesagt - ein erhebliches Hindernis für die Verwendung von Recyclingprodukten. Beispielsweise dürfen nicht einmal Mülltonnen aus Recyclingplastik hergestellt werden. Das bestehende DIN-Normengefüge ist somit ganz wesentlich dafür verantwortlich, daß Recyclingkunststoffe in minderwertigere Anwendungsbereiche ("downcycling") abgedrängt werden und dort z. B. traditionelle Werkstoffe wie Holz verdrängen (so zur Herstellung von Parkbänken, Blumenkübeln oder Griffen für Toilettenbürsten).

Nicht zuletzt deshalb richten sich seit einiger Zeit Anstrengungen darauf, das über Jahrzehnte gewachsene Normensystem des DIN umweltfreundlicher zu gestalten. Vielfach dürften langwierige Auseinandersetzungen um Fortschritte durch industrielle Interessenlagen zu erwarten sein. Einiges wird aber auch relativ einfach zu erreichen sein, soweit bestehende Märkte nicht tangiert oder sogar neue hinzu gewonnen werden können. Diese Arbeiten sind nicht zu unterschätzen, da gegenwärtig das gesamte DIN-Normensystem in das entstehende europäische Normensystem integriert wird. Damit werden auf lange Sicht großen wirtschaftlichen Interessen dienende, qualitative Anforderungen an Materialien und Produkte festgeschrieben.

### Ausblick

Man darf auf den Ausgang des Versprechens insbesondere der Kunststoffhersteller gespannt sein, innerhalb von drei Jahren die erforderlichen stofflichen Ver-

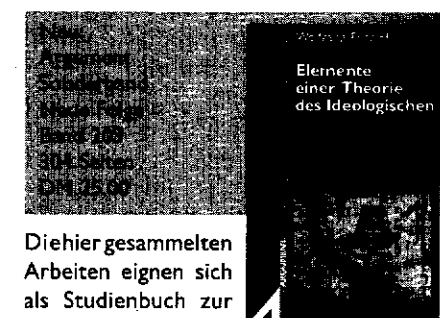
wertungskapazitäten zu schaffen. Vor allem dürfte interessant werden, welchen prozentualen Anteil am Gesamtrecycling von Kunststoffabfällen die vom Verbraucher hoch subventionierte, unsinnige Herstellung von Öl aus Kunststoff einnehmen wird und in welchem Umfang sich dagegen das werkstoffliche Recycling entwickeln wird. Desweiteren, in welche qualitativ hochwertigen Anwendungsbereiche sich Recyclingkunststoff Eingang verschafft. In diesem Zeitraum könnte es aber auch sein, daß dem Druck wirtschaftlicher Interessen doch noch nachgegeben wird zugunsten des *thermischen* Recycling, also der Erzeugung von Energie aus Kunststoff durch Verbrennen. Damit würde dann der Druck auf die stoffliche Verwertung eines großen Teils der Abfälle weichen, man könnte auch die Scheinlösung "Öl aus Kunststoff" sausen lassen und die Industrie wäre aus der Klemme. Einen ersten Versuchsballon in diese Richtung startete im Juni ausgerechnet Jo Leinen, der saarländische SPD-Umweltminister: Hierzu müßte aber die Verpackungs-Verordnung geändert werden. Sie erlaubt ganz im Gegensatz zum Vorschlag der EG für eine Verpackungs-Richtlinie nur die *stoffliche* Verwertung aufgrund einer Initiative des bayerischen CSU-Umweltministers Gauweiler. Bislang hält daran selbst die Bundesregierung gegenüber der EG fest. Es ist aber nicht völlig auszuschließen, daß sich für das Verbrennen um Standortfrage und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen - und insbesondere, soweit dann entsprechende Vorgaben der EG vorliegen sollten - eine Mehrheit im Bundesrat findet. Zumindestens die Unterstützung einzelner SPD-geführter Landesregierungen könnte dann möglich sein. Und bei dieser Entscheidung könnte man sich ja dann vielleicht auch hinter einer EG-Verpackungs-Richtlinie mit der Begründung verstecken, daß EG-Recht Bundesrecht bricht.

Das Duale System Deutschland GmbH (DSD) und der "Grüne Punkt" sind Ergebnis der Verpackungsverordnung. Industrie und Handel haben sich zur DSD zusammengeschlossen, um die einzelnen Händler und Hersteller davon zu befreien, jeweils einzeln die Verpackungen zurückzunehmen und einer Verwertung zuzuführen.



Elfriede Jelinek: Wie Bäche vereinigen sich jetzt die Reden.  
Oskar Negt im Gespräch mit Wolfgang Fritz Haug: Ende der Nachkriegszeit - Ende des Antifaschismus?  
Lothar Baier, Pierre Bourdieu, Reinhard Rürup: Prüfend Blicke auf die Gefahr und ihre Abwehr.  
Klaus Michael Bogdal: Von Glatzen und Gaffern. Versuch über die Pädagogik der mageren Jahre.  
Zygmunt Bauman: Rassismus, Antirassismus und moralischer Fortschritt.  
Wolfgang Bialas: Antifaschismus in der DDR - historisch-kritische Aufräumarbeiten.  
Wolfgang Kowalsky: Nicht Antifaschismus, sondern Antirechtsextremismus?  
Arno Klönne: Abschied vom Antifaschismus?  
Thomas Laugstien: Das Heiber-Syndrom. Reaktionen auf eine Faschisierung der Faschismusdeutung.  
Ulrich Schmid: Biologen im NS-Staat

Das Argument erscheint mit 6 Ausgaben im Jahr. Einzelpreis DM 14,-. Jahresabonnement DM 72,-.



Dies hier gesammelten Arbeiten eignen sich als Studienbuch zur Einführung in die Ideologie-Theorie. Ausgehend vom Begriff der "ideologischen Mächte" werden Funktionen, Praktiken und Effekte des Ideologischen durch die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären verfolgt. Das Ideologische wird gefaßt als widersprüchliches Kampffeld und institutioneller Rahmen hegemonialer Herrschaftssicherung. Die Aufsätze untersuchen Zusammenhänge von Ideologie und Arbeitsteilung, Geschlechterverhältnisse, Subjektkonstitution, Moral, Ästhetik und Philosophie und bringen exemplarische Studien zum Antisemitismus und zum "ideologischen Klassenkampf von oben."

Argument Verlag  
Renzelstraße 1 · 20146 Hamburg · Tel. 040 45 36 80

von Josef Didier\*

Auf dem Wahlparteitag des Vorjahres ließ er die Delegierten wissen, er wolle das Profil der sächsischen SPD schärfen, auch dafür eintreten, daß der Meinungsbildungsprozeß in der Partei nicht nur von unten nach oben sondern auch von oben nach unten entwickelt wird. Zwar ist letzteres nicht erst seit jüngster Zeit Praxis in der SPD, aber so dreist und deutlich hat bisher noch niemand das Kernprinzip des demokratischen Zentralismus in die SPD "einbringen" wollen. Für alle, die es noch nicht wußten, tönte der Mecklenburger von der Tribüne des Landesparteitages dann noch, das heutige Datum sei kein Zufall; nicht am 7. 10. 1989 war die Gründung sondern genau heute "Vor 129 Jahren organisierte sich die Deutsche Sozialdemokratie in Leipzig in Sachsen". Auch erfuhren die Delegierten, wer die Großen der Partei vor Willy Brandt waren. Daß Marx und Engels diese Ehre nicht gebührt, gehört seit dem Wendevorgang von '89 zum Selbstverständnis von Dr. Michael Lersow, weiland Landesvorsitzender der sächsischen SPD. Nun ist auch für ihn der Traum ausgeträumt, sich zu den Großen nach Willy Brandt zu mausern.

### Die rechten Leipziger Jusos und die SPD

Mit genialen Fehlprognosen, absurden Wirtschaftskonzeptionen und machiavelistischen Winkelzügen, wußte er so gut zu überzeugen, daß ihm der aufhaltsame Aufstieg zur Parteispitze gelang. Zudem suchte er ständig - aber nicht prinzipiell - den Schmusekurs des Fraktionsvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Kunckel gegenüber Biedenkopf zu stören. Denkbar ist, daß dieser ihn 1994 nicht als Minister in die anvisierte Große Koalition mitzunehmen gedenkt. Dadurch kam Lersow bei der

\* Josef Didier, Schwarzenberg

Presse irrtümlich schon in den Ruf eines linken Querdenkers. Kunckel bemerkte dazu, man dürfe dem Ministerpräsidenten nicht immer ans Bein pissen. In der Tat entwickelte sich Lersow nur zu einem politisch orientierungslosen Wadenbeißer beim SPD-Fraktionsvorsitzenden und CDU-Ministerpräsidenten.

So recht wahrgenommen wurde die sächsische SPD nach den Wahlniederlagen von 1990 erst wieder im Sommer 92 wegen ihrer national gesinnten Jusos in Leipzig. Pate und Finanzier des völkischen Jungvolks ist der neue Maßmann aus der Messestadt, der MdB Gunter Weißgerber. Aber auch Lersow äußerte mehrfach Verständnis für die Burschenschaftler. Wurde mal versucht, das Problem anzusprechen, dann bügelte er solchen Nestbeschmutzer ab und wechselte schnell das Thema. Die SPD sei keine Einheitspartei, jeder könne seine eigene Meinung haben. Punktum! Trieben die Völkischen es gar zu üppig, dann warfen Lersow und Weißgerber auch mal verbale Wattebäusche nach ihnen. Das auf Druck der Westjusos angestrengte Parteiverfahren gegen sie hatte von vornherein nur Alibicharakter und endete wie das Hornberger Schießen. Hätten die Kaiserstreuen ihr Büro jedoch mit der Roten Fahne statt der Reichskriegsflagge ausgestattet, dann wären ihnen wohl Verfahren ernster Natur sicher gewesen. Zur Erweiterung seines Einflusses hat Weißgerber auch ein Büro weitab seines Wahlkreises im Süden Sachsens installiert. Die Mehrheit des sächsischen Jusovorstands ist inzwischen dem Druck von Rechts gewichen und Zurückgetreten.

### Reportagen einer Räuberbande

Im Juni spülte der Zwist der sächsischen SPD in die Höhe und die Öffentlichkeit. Es ging nicht um politische Richtungskämpfe, sondern schlicht um den ersten

Platz der Personage. Genauer, um die Nominierung zum Bundesvorstand. Die Kandidaten Lersow und Kunckel bzw. ihr Anhang verunglimpften einander mit ihrer DDR-Vergangenheit. Von Parteifreunden würde kübelweise Dreck über ihn ausgeschüttet, klagte Lersow. Ähnliches widerfuhr Kunckel von der Gegenseite. Die Presseberichte erschienen wie Reportagen von einer Räubersynode. Eine antistalinistische Interessenvereinigung unter Lersows Ehrenpatronat versuchte ein Mobbing gegen Kunckel loszutreten. Federführend durch den Lersowanhänger Mundra aus Bautzen wurde Kunckel in einem Pamphlet stalinistischer Denkstrukturen bezichtigt. An der Technischen Universität Dresden sei er Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung, der Kampfgruppen und außerdem Kaderleiter im Westen gewesen. Schlimmer noch: seine Ehefrau war SED-Mitglied! Das alles hätte Kunckel den Parteifreunden arglistig verschwiegen. Lersow beiläufig bestätigte, daß er von all dem nichts gewußt habe. Da muß er der einzige Ahnungslose in Fraktion und Landesvorstand gewesen sein; denn bis in die Basis war zumindest bekannt, daß Kunckel jahrelang in Algerien tätig war. Ebenso bekannt ist Lersows kurzer Leidensweg vor nunmehr drei Jahrzehnten. Vielleicht hat er inzwischen bemerkt, daß er damit nicht mehr viel hermachen kann und legte daher, wie Sachsens Innenminister Pfarrer Eggert, noch etwas nach. Plötzlich weiß er von standhafter Wehrdienstverweigerung zu berichten. Wenn dem so wäre, hätte er jedoch nochmal mindestens achtzehn Monate brummen müssen. Doch im Nachhinein läßt sich dieser Zeitraum nicht mehr in seine Vita einordnen. Denn zu dieser Zeit befand er sich "von Freunden unterstützt" mit ähnlichem Erfolg auf dem zweiten Bildungsweg.

Mit den Empfehlungen von Fraktion, Landesvorstand und -ausschuß für die

Nominierung Kunckels als Kandidat zum Bundesvorstand war die Schlamm-schlacht vorläufig abgeblasen. Daraufhin erklärte Lersow vor dem Landesparteitag in Zwickau ohne umständlichen Schwanengesang seinen Rücktritt von Ambitionen und Landesvorsitz. Der Parteitag kürte Kunckel zum sächsischen Kandidaten für den Bundesvorstand und desavouierte MdB Weißgerber, der mit nicht zu überbietender Chuzpe ebenfalls in die Bundesspitze strebte. Danach atmete der Parteitag auf und ging zur Tagesordnung über. Kritik an der inhaltsleeren Politik der sächsischen SPD während der ersten Jahre ihres Bestehens fand nicht statt; ebensowenig wurde das destruktive Verhalten Lersows, aber auch großer Teile der Basis selbst, zur Mitgliederaufnahme, das heißt zur Verprellung Ehemaliger, aber auch zur Vergraulung des Arbeitermilieus angesprochen.

### Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU

Kunckel lehnte sich erleichtert zurück; aus den Reihen gewendeter Lersowanhänger kamen erste "Huldigungs-Kunckeleien". Aber Sorglosigkeit ist dennoch fehl am Platz. Denn schon im Vorfeld des Parteitages ließ Lersow die Presse wissen: "Ich gehe davon aus, daß wir uns 1994 Dinge sagen werden, an die wir heute noch nicht denken". Kunckel, der diesmal zwar noch nicht in der Toscana, aber nach Frankreich in Urlaub fuhr, sollte das nicht vergessen. Ebenso, daß Lersow orakelte, er könne sich "eine andere Lebensplanung" vorstellen. Das müssen jetzt auch etliche seiner Gefolgsleute, denen er seit Jahren Hoffnungen auf Ämter und Karrieren gemacht hatte. Aber mindestens bis Herbst 1994 ist Lersow noch MdL und von Gnaden der Fraktion ihr Vize. Hatte er bisher bei den Sitzungen des Landtags noch Solidarität mit Kunckels Schmuserhetorik geübt, so ist damit in Zukunft wohl nicht mehr zu rechnen. Damit könnte er sogar bei Teilen der Basis aufholen, die im Frühjahr verärgert über Kunckels Landesrede zum Solidarpakt war. Die sickerte in die Öffentlichkeit durch eine Boulevardzeitung, welche unter dem Titel "SPD-Chef der beste CDU-Mann" darüber berichtete. Durch Rundschreiben tat Kunckel den lieben "Parteifreundinnen und Parteifreunden" in den Ortsvereinen kund, er sei ob solcher Berichterstattung "zutiefst verletzt". Damit sie den Sachverhalt richtig verstünden, schickte er gleich das Ma-

nuskript seiner Eloge mit. So erfuhren die lieben Paarteifreunde u. a., es gäbe "keine Rosen ohne Dornen - auch die gibt es beim Solidarpakt" und an Herrn Biedenkopf gerichtet: "Es besteht natürlich noch eine Gerechtigkeitslücke". "Aber meine Damen und Herren, die fünf neuen Bundesländer sind - das wußten wir - ein Faß mit Boden, ein Faß mit Boden" und "Eine westliche Mehrheit hat östliche Belange berücksichtigt". Da er keine rechte Aufbruchsstimmung so mehr wahrnehmen kann, möchte er an dieser Stelle nach vorne "- wie das die Sozialdemokraten eben so tun -". (Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei der CDU) Nachdem drei Jahre der aufrechte Gang erprobt wurde, wächst er über sich selbst hinaus und probiert nun noch den Marxtötter: "Und die Wirtschaft, meine Damen und Herren, liefert nicht den Sinn des Lebens. Das hat sich Karl Marx nur so ausgedacht - Menschwerdung durch Arbeit". Hier blieb der wahrscheinlich erwartete Knalleffekt aus. Das Protokoll vermerkt lediglich: "Vereinzelt Beifall bei der SPD". Im Stil der Prenzlberger Rhetorikschule beginnt ein Paradigmenwechsel: "Wir brauchen eine Diskussion über die Werte in dieser Gesellschaft". Und so wird der Wechsel vollzogen: "Wir müssen nachdenken - wie Fromm sagt - über das Verhältnis von Haben und Sein".

Den Dank des CDU-Fraktionsvorsitzenden vermeldet das Protokoll nicht, soll aber hier nicht vorenthalten werden: "Herr Dr. Kunckel, ich bedanke mich für die Rede bei ihnen. Sie enthielt soviel CDU-Politik, daß ich fast versucht war, ihnen einen Aufnahmeantrag herüberzureichen". Ob solches Lob ihn mit Stolz erfüllt oder gekränkt hat, soll dahingestellt sein; vielleicht hat es ihn nachdenklich gestimmt. Denn auf dem Zwickauer Parteitag war eine andere Rhetorik opportun. Arbeit und Wirtschaft waren für Kunckel wieder die "Hauptfelder politischen Wirkens". Jeder Arbeitsplatz müsse als Kern betrachtet werden.

Wird Karl-Heinz Kunckel in Wiesbaden als einziger Kandidat aus Sachsen in den Parteivorstand gewählt, entsteht zwar kein sächselnder Überproportz, aber weiterer Überhang bei den Sachzwangsverwaltern. Auf diesem Feld hat er schon etwas geleistet, als es 1992 um die Erhöhung der Mehrwertsteuer ging. Da fand man ihn unter den Befürwortern, womit er Biedenkopf und Stolpe bei deren Entscheidung im Bundesrat moralisch unterstützte, die viel beschworene Solidarität mit den westdeutschen sozial-

demokratischen Ministerpräsidenten aber vermissen ließ. Ähnlich verhält er sich in der Asylfrage, zum großen Lauschangriff und anderen Fragen.

### Perspektiven für Sachsens SPD?

Neben M. Lersow hat K.-H. Kunckel wesentlich zur gegenwärtigen Verfassung der sächsischen SPD beigetragen. Franz Walter sah Anfang 1991 für die sächsische SPD noch Möglichkeiten und Wege aus ihrer Misere<sup>1</sup>. Es soll hier nicht spekuliert werden, ob seine Ratschläge irgendwo in Sachsen zur Kenntnis genommen wurden oder ob sie überhaupt angehten waren, die sächsische SPD aus ihrer sektenhaften Isolation herauszuführen. Es waren die bekannten Theoreme, die seinerzeit nach Godesberg führten und schon 1989-90 in hausgemacht versimpelter Form auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kursierten. Nach umfangreichen Recherchen kommt Franz Walter 1993 zu realistischeren Schlußfolgerungen. Trotz analytischer Unzulänglichkeiten und einem Politikverständnis, welches mit meinem nicht identisch ist, kann ich ihm beipflichten, daß Sachsen wohl auf lange Zeit Diaspora der SPD bleiben wird. Auch die von ihm angeführten subjektiven Ursachen<sup>2</sup> stimmen mit meinen Wahrnehmungen seit 1989 weitgehend überein. Nach meinem Dafürhalten sollte man sich weiter damit auseinandersetzen.

<sup>1</sup> Horst Heimann/Franz Walter: Die Traditionen der demokratischen Arbeiterbewegung im Prozeß der deutschen Einigung. Arbeitspapier April 1991, S. 53ff., Fr.-Ebert-Stiftung, Abt. Akademie der politischen Bildung

<sup>2</sup> Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. S.36ff., Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1993

Anmerkung der Redaktion:

Nach Redaktionsschluß erreichte uns bezüglich der Parteiordnungsverfahren gegen die Jusos die Nachricht, daß die zuständige Schiedskommission für die beiden Wortführer ein Funktionsverbot von einem Jahr verhängt hat. Vom kommissarischen Landesvorsitzenden Kunckel wurde diese Entscheidung akzeptiert (Freie Presse v. 3.9.93)

# Anne-Marie Fabian 1920-1993

von Detlef Oppermann

Am 3. Juni verstarb in Berlin die Journalistin, Schriftstellerin und Erwachsenenbildnerin Anne-Marie Fabian.

Noch bevor sie 1940 in Berlin ihr Abitur ablegte, hatte sie 1938 begonnen, am dortigen Konservatorium Klavier und Musikgeschichte zu studieren. Nach dem Krieg nahm sie ein neues Studium auf, diesmal an der Deutschen Hochschule für Politik (dem späteren Otto-Suhr-Institut der Freien Universität). Ihre erwachsenenbildnerischen Interessen führten sie zu zwei Praktika: 1950 an der Heimvolkshochschule Jagdschloß Görke, wo sie Fritz Borinski begegnete, und ein Jahr später an der DGB-Bundesschule Springe. Als Diplom-Politologin beendete sie ihr Studium 1955. Als freie Journalistin arbeitete sie seit 1953 für das Zentralorgan der IG Druck und Papier und für den Berliner "Tagesspiegel".

1960 begegnete sie auf einer Heimvolkshochschultagung Walter Fabian, mit dem sie von 1961 bis zu dessen Tod am

15.2.1992 einen gemeinsamen Lebensweg ging. Daß sie ihrem Lebenspartner dann, obwohl achtzehn Jahre jünger, so bald nachfolgte, spricht für die existenzielle Stärke und Tiefe ihrer fast symbiotischen Beziehung.

In ihrer Kölner Zeit - ab 1961 - arbeitete Anne-Marie Fabian zunächst journalistisch. Als ihr Lebenspartner aufgrund einer Gehbehinderung immer stärker an die Wohnung am Wiener Platz gebunden blieb und zuletzt intensiver Pflege bedurfte, konnte sie keine intensive journalistische Recherche mehr betreiben. Dafür blieb ihr die Phantasie- und Gedankenarbeit einer Schriftstellerin.

Zunächst traten in den frühen Veröffentlichungen biographische Bezüge zutage. "Indoktrination - Eine deutsche Kindheit und Jugend" erschien 1982 in dem Band "Der alltägliche Faschismus - Frauen im Dritten Reich" im Dietz-Verlag Bonn. Die Novelle "Mit Dir in Amsterdam" und der Gedichtband "Wink über das Aschenfeld" behandelten die menschliche Erschütterung angesichts ihrer Erlebnisse im Faschismus. Schließlich führte ihre Neigung sie in den letzten Jahren immer mehr zur Kriminalerzählung. Nach dem Tode ihres Mannes gab sie, schon von Krankheit geschwächt, zu-

sammen mit Detlev Hensche eine Anthologie von Beiträgen und Aufsätzen Walter Fabians unter dem Titel "Mit sanfter Beharrlichkeit" heraus.

Anne-Marie Fabian gehörte zu jenen Menschen, die eine ganz feste moralische und politische Überzeugung, orientiert an den Werten des Humanismus und des Sozialismus, prägte. Und ihre Solidarität zu Menschen und Aktionen, die diese Werte verbanden, war verlässlich und beeindruckend.

Sie zeigte Stärke nach außen, eine tiefe Empfindungsbereitschaft für andere und Kraft in der Pflege ihres Mannes. Sie selbst freilich hielt ihre eigenen Bedürfnisse und Empfindungen allzu häufig im Hintergrund. Gegen sich selbst war sie hart und schwach zugleich.

Dieser Nachruf soll mit einigen Zeilen aus ihrem Gedicht "Der Weg der Anne Frank" enden. Es sind Zeilen, die Anne-Marie und Anne miteinander verbinden:

*Fortleben will ich noch nach meinem Tode.*

*Darum schreib ich.*

*Mein Kummer schwindet,*

*Mut lebt wieder auf.*

*Es klären sich Gedanken, Ideale.*

*Schreiben will ich.*

## Walter Fabian in Sachsen (1924-1931)

von Anne-Marie Fabian ✧

Wir können in dieser Ausstellung das Leben und Lebenswerk eines Mannes betrachten, der vor einem Jahr im Alter von 89 Jahren gestorben ist. Ich will Ihnen keinen Überblick über dieses lange Leben geben, das ich erst von 1961 an teilen durfte, ich will versuchen, etwas über den jungen Mann zu sagen, der 1924, frisch promoviert, nach Leipzig kam, um dort als Lektor im Oldenburg Verlag, den es nur kurze Zeit gegeben hat, zu arbeiten. Warum geht ein junger Mann - er ist 22 - nach Leipzig? Er hatte in Giessen promoviert, in Berlin und Freiburg studiert. Er hatte die Universitäten gewechselt, weil er bestimmte Professoren hören wollte, aber auch, weil er als Jude, Pazifist und Sozialist nicht bei allen Professoren gern gesehen war. In Berlin erhielt er z. B. von einem Tag auf den anderen bei einem

Professor das Verbot, sein Seminar und die für ihn wichtige Bibliothek zu besuchen und zu benutzen. Er mußte sich umsehen, wo er seine Doktorarbeit über den Pädagogen und Pazifisten Friedrich Wilhelm Förster abgeben konnte und das gelang ihm in Giessen. Warum also Leipzig, warum Sachsen?

"In diesem Land hat die Arbeiterschaft ein paar Jahre lang die Möglichkeit gehabt, ihre Kraft zum Aufbau zu erproben." Das schreibt er 1930 in der Einleitung zu seinem Buch "Klassenkampf um Sachsen" und fährt fort: "Es waren die schwersten Zeiten Deutschlands, die Jahre der bittersten Not, der Inflation, der Zerrissenheit der Arbeiterbewegung, der erstarkenden Reaktion. Von tausend Hemmnissen war die sächsische Arbeiterschaft umgeben, keine hilfreiche Hand stützte sie. Trotzdem wurde für die

Verwaltung, für die Gemeinden, für die Schule, für die Sozialpolitik Gutes, ja Fortschrittliches geleistet." 1972, als eine Neuausgabe des Buches herauskam, schrieb er im Vorwort: "Demonstriert werden in diesem Buch Reformwille und Scheitern der Reformen am Beispiel des damaligen Freistaates Sachsen, und das war gewiß kein Zufall; denn dieses dichtbesiedelte Teilstück der Weimarer Republik wurde in jenen Jahren im Guten wie im Bösen zu einem Experimentierfeld der deutschen Politik: bis 1923 wurde hier energischer und konsequenter um die Neugestaltung wichtiger Bereiche des gesellschaftlichen Lebens gerungen - und eben deshalb richtete sich gegen diesen Reformversuch der leidenschaftliche Widerstand des Bürgertums und aller restaurativen Kräfte in Sachsen selbst und schließlich, mit dem Einmarsch der Reichswehr und der gewaltsamen Absetzung der rechtmäßigen Regierung Zeigner, die Exekutive der Zentralgewalt. Damit wurde der Klassenkampf in Sachsen zum Klassenkampf um Deutschland, und das Jahr 1923 trug nicht wenig dazu bei, das Jahr 1933 möglich zu machen."

Er hatte also klar erkannt, daß in diesem Land Wichtiges vor sich ging, und als Sozialist dachte er, daß hier sein Platz sei. Sein Altersgenosse Fritz Borinski, der, aus Berlin kommend, in Leipzig die Arbeiterunterrichtskurse an der Universität leitete, berichtete, daß Walter Fabian 1924 zu ihm kam und einen Kurs übernehmen wollte. Hermann Heller, Staatsrechtslehrer der Universität Leipzig und Gründer der Leipziger Volkshochschule, hatte an der Universität ein "Seminar für freies Volksbildungswesen" gegründet und seine Assistentin Gertrud Hermes nahm sich der Kursleiter der Arbeiterbildungskurse an. So wurde Fabian Hörer bei Gertrud Hermes und gab gleichzeitig Arbeiterbildungskurse.

Er hatte Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Geschichte, Wirtschaftsgeographie und Nationalökonomie studiert. Was wird man mit solch einem Studium? Man wird z. B. Studienrat. Dazu hatte Fabian keine Neigung. Er hätte lieber als Volksschullehrer Arbeiterkinder unterrichtet, die es weit nötiger hatten als die Kinder der Bourgeoisie, zu der er gehörte.

In dem Jahr in Leipzig muß Fabian klar geworden sein, daß er seine Ziele vor allem als Erwachsenenlehrer, als Arbeiterbildner erreichen konnte. Fabian beschreibt 1926 den Erwachsenenlehrer -

also nachdem er in Leipzig ein Jahr Erwachsene, Arbeiter zumeist, unterrichtet hat und bei Gertrud Hermes gehört hatte, was dabei zu beachten war. Er schreibt im Artikel "Der Erwachsenenlehrer": "Der Erwachsenenlehrer soll nicht nur Erwachsenenlehrer sein, sonst erwächst Gefahr der Abkapselung, Verknöcherung, Routine. Es soll aber, in der Regel, auch nicht nur in seltenen Mußestunden, in den Kreis der Lehrenden treten. Der Erwachsenenlehrer wird, aus äußeren wie inneren Gründen, in der Regel ein Mensch des Doppelberufs sein müssen; innerlichste Verknüpfung beider Arbeitswege muß sein Ziel sein ... Ort der Schulung ist entscheidend - die Praxis."

Aus diesen wenigen Zitaten ist zu ersehen, welchen hohen Stellenwert er der Erwachsenenbildung, der Arbeiterbildung einräumte. 1926, als er diese Worte schrieb, war er bereits ein Jahr Redakteur an der "Chemnitzer Volksstimme". Zugleich mit diesem Beruf war er Arbeiterbildner und Wanderlehrer in der Erwachsenenbildung beim sozialdemokratischen Reichsausschuß der für sozialistische Bildungsarbeit und: er unterrichtete die Kinder der Chemnitzer Arbeiter für die Jugendweihe. Er hat also von Anfang an die Nähe zum Leben der Arbeiter gesucht, nicht aus sentimentalischen Gründen, sondern weil er diese Praxis für der Arbeiterlehrer als unabdingbar ansah. Hat er seine hohen Anforderungen in der Praxis eingelöst?

In der Festschrift, die ich zu seinem 75. Geburtstag herausgegeben habe, schreibt einer seiner Schüler, Arno Behrisch, eine Zeitlang SPD-Bundestagsabgeordneter, unter dem Titel "Ein großartiger Sämann - Sachsen 1930": "Als Walter Fabian, von Chemnitz kommend, wo er politischer Redakteur der 'Volksstimme' gewesen war, 1928 in Dresden auftauchte und gleich voll in die Arbeiterbildungsarbeit einstieg, haben wir ihn beschnuppert und sogleich festgestellt: Der ist richtig, den brauchen wir. Diesen ersten Eindruck haben wir nie korrigieren müssen ... Die Arbeiterbewegung, zumal in Sachsen, war weit über den politischen Bereich hinaus eine mächtige Kultur und Bildungsbewegung... Wenn ich mich rückschauend frage, warum Walter Fabian junge Sozialisten so faszinieren konnte, dann komme ich zu folgendem Ergebnis: Er sprach nie zu den Menschen, sondern mit ihnen. Er zwang seine Zuhörer schier unmerklich dazu, über die von ihm gestellten Fragen nachzudenken. Er selbst befand sich in einer ständigen

Überprüfung der eigenen und anderer Gedanken. Er hatte feste Wertvorstellungen und zugleich Respekt vor denen anderer. Er war marxistischer Theoretiker, der aber nie Ideologe sein wollte. Denn ein Ideologe ist mit dem Denken fertig, hat ein System zu verteidigen, eine Position zu bewachen, während ein Theoretiker mit Denken beschäftigt ist. Walter war immer in Anspruch genommen von der Suche nach neuen originellen Gedanken, denn für ihn war Politik Veränderung. Er hatte zwar sehr konkrete Vorstellungen, aber kaum definitive. Denken machte ihn Freude. Er hatte die Lust am Ausbrechen und doch auch den notwendigen Sinn für Einordnung. Und er war immer unbequem."

Von 1924 bis 1931 - die Jahre, die er in Sachsen verbracht hat - war er ein junger Mann, 22 bis 29 Jahre alt. Als ich ihn kennenlernte, war er 57, und da war er im Grunde noch so, wie Arno Behrisch ihn beschrieben hat, gewiß erfahrener und weiser. Es gab einige Altersgenossen, die in ihrer Jugendzeit ziemlich radikal taten und mit einem Mal, wenn sie in die Jahre kamen, wenig oder gar nichts mehr von sich gaben. Walter Fabian hat sein ganzes bewußtes Leben lang mit hörbarer Stimme seine Argumente vorgebracht. Er wurde nie laut - oder sehr selten und dann auch nicht zu laut. Deshalb hat man ihn bis zuletzt hören können.

1928, als er als parlamentarischer Korrespondent mehrerer sozialdemokratischer Zeitungen nach Dresden ging, gab er auch die "Sozialistische Information" heraus, eine Zeitschrift, die den Sozialisten im Reich und natürlich in Sachsen mitteilte, was anderen Orts gedacht wurde, geschah und geschrieben wurde, damit sie zwei und zwei zusammenzählen konnten. Es gab eine sozialdemokratische Regierung - unter Hermann Müller, die letzte parlamentarische Regierung - die aus Wahlen hervorgegangen war, die die SPD mit dem Slogan "Kinderspeisung statt Panzerkreuzer" gewonnen hatte. Eine ihrer ersten Taten war, den Panzerkreuzer zu bauen. Daß sich die sächsische Jugend verschaukelt fühlte - und nicht nur sie, auch der linke Flügel der Partei, zu dem Fabian gehörte - ist nur zu verständlich. Es kam 1930 zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei, der SAP, und Fabian schloß sich dieser Gruppierung an, obwohl er der neuen Partei für die nächsten Reichstagswahlen keine großen Chancen gab. Aber er wollte die sächsischen Jungsozialisten, Falken, Kinderfreunde, Arbeitersportler



Bei dem Folgenden handelt es sich um den Text eines Vortrages, den Anne-Marie Fabian im Frühjahr 1993 anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Walter Fabian (1902 - 1992) - Publizist, Pädagoge, Politiker" in Leipzig gehalten hatte. Walter Fabian war seit 1979 ständiger Mitarbeiter der spw gewesen.

nicht im Stich lassen, die er in seinen Kursen als Wanderlehrer in ganz Sachsen unterrichtet hatte und die auf ihn hörten. Er wurde aus der SPD ausgeschlossen, nicht wegen dieser Neugründung, die kam später, sondern wegen der Herausgabe der "Sozialistischen Information". Das sei Fraktionsbildung und man verlangte von ihm die Redaktion niederzulegen. Da er das nicht tat, schloß man ihn aus. Vorher hatte er schon - aus ähnlichen Gründen - ein Rede- und Versammlungsverbot erhalten, das erste und wahrscheinlich einzige, das in der Weimarer Republik ausgesprochen wurde. Das machte ihm allerdings nicht viel aus, weil es dank der umfangreichen Kulturbewegung der Partei und der Gewerkschaften viele Organisationen gab, die ihn als Redner holten und auf die die Partei keinen Einfluß hatte.

Als er 1924 nach Leipzig kam, organisierte er mit Ernst Toller, dem Dichter, der in der Münchner Räterepublik gewirkt hatte und dafür mit Festungshaft in Niederschönenfeld gestraft worden war, nach seiner Entlassung am Antikriegstag eine Kundgebung. Denn Fabian war einer der Sozialisten, die sowohl der Arbeiterbewegung als auch der Friedensbewegung angehörten und zwischen beiden zu vermitteln trachteten. Zeitweise wurde nämlich die Mitgliedschaft in einer Organisation der Friedensbewegung und in der SPD als unvereinbar angesehen. Das hat Fabian nie angefochten. Er war der Meinung, daß es Frieden in der Welt nur geben würde, wenn diese beiden Bewegungen zusammengehen. Ideen der Friedensbewegung hat er z.B. in seiner Tätigkeit als Lektor des Oldenburg Verlages eine Plattform gegeben. Ludwig Quidde, der Präsident des Deutschen Friedenskartells und Friedensnobelpreisträger, kam in der Reihe, die Fabian gegründet hatte, mit dem Titel "Völkerbund und Frieden" zu Wort. 1925 brachte er dort sein Buch "Die Kriegsschuldfrage" heraus, das viele Thesen Fritz Fischers vorwegnahm und schon damals belegte.

Seit es die kulturpolitische Zeitschrift der SPD "Kulturwille" in Leipzig gab, hat Fabian in ihr veröffentlicht. Als der Redakteur Valtin Hartig 1925 zu einem Besuch in die Sowjetunion aufbrach, hat er Walter Fabian für die Zeit seiner Abwesenheit mehrere Monate die Vertretung übergeben. Dort ging er in einem Artikel aus dem Jahre 1924, dem 1. Jahrgang des "Kulturwille", der Frage nach, weshalb Mißtrauen der Arbeiterschaft zur Friedensbewegung bestand. "Arbeiterschaft und Frieden" hieß der Bericht, in dem er

argumentierte, daß die Friedensbewegung zwar vor 1914 eine rein bürgerliche Veranstaltung gewesen sei, aber nicht mehr nach 1918. "Seit dem Kriege und besonders seit Kriegsende", sagte er, "haben die radikalen und jungen Elemente innerhalb der Bewegung immer mehr die Oberhand gewonnen und haben damit auch die Älteren und Zaudernden gleich gezwungen, einen kampfesfreudigeren und entschlosseneren Ton anzuschlagen ... Zum zweiten: die Sozialdemokratische Partei hat eine so ungeheuer große Anzahl von Aufgaben zu lösen, daß sie allein nicht mit allem fertig werden kann und ein Recht hat auf helfende Freunde." Er führt das Leipziger Arbeiterbildungsinstitut an, mit dem die Partei eng zusammenarbeitete, obwohl mit der Einführung des Sozialismus die Frage der Arbeiterbildung von selbst gelöst würde. "Dieselben ergänzenden Aufgaben", schrieb er, "die das ABI auf der einen Seite hat, hat die Friedensbewegung auf der anderen. Ja, enger noch ist dieser Zusammenhang. Alles, was wir uns auf diesem Gebiet jetzt mühsam erarbeitet haben, würde ein Krieg von Grund auf zerstören und auf abschbare Zeit vernichten." Das hat er leider richtig gesehen. Er mußte Sachsen verlassen, ging nach Breslau, dann nach Berlin, arbeitete dort zwei Jahre als illegaler Reichsleiter der SAP und mußte vor drohender Verhaftung erst nach Prag, dann nach Paris, Aix-en-Provence und zuletzt in die Schweiz fliehen. Aber in diesen sächsischen Jahren - Leipzig 1924, Chemnitz 1925 bis 1928, Dresden 1928 bis 1931 - hat er seinen Standpunkt gefunden und ausgebildet. In der Anthologie seiner Artikel "Mit sanfter Beharrlichkeit" haben Detlef Hensche und ich im Vorwort dieses Fazit gezogen: "Wenn wir seinen Lebensweg richtig einschätzen, war sein bevorzugtes Publikum die Arbeiterschaft der Weimarer Republik, eine lernfreudige, lernbegierige, kulturell ansprechbare Zuhörerschaft. Oft war er jünger, meistens so alt wie sie. Wenn in einem Leben eine Utopie Wirklichkeit werden kann, dann ist das Fabian von der Mitte der zwanziger Jahre an bis 1931 in Sachsen mit dieser Arbeiterjugend gelungen."



„Es gibt nichts praktischeres als eine gute Theorie.“

Kant

# Sozialist

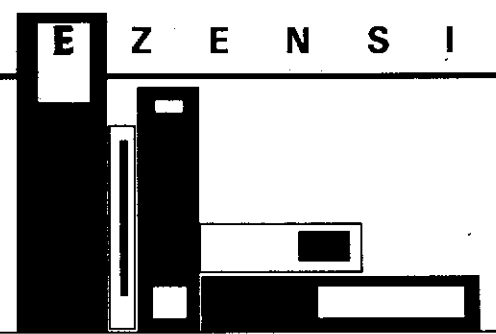
Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Parteiunabhängig
- ★ Einzelheft 5,00 DM
- ★ Jahresabo 28,00 DM

Kostenloses Probeheft erhältlich bei  
**Sozialist**  
Im Körbchen 10  
37079 Göttingen  
Fax 0551-631216



Hans Immler, *Welche Wirtschaft braucht die Natur? Mit Ökonomie die Ökokrise lösen*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1993, 170 Seiten, DM 29,80



## Die Wirtschaft der Zukunft

von Herbert Schaaff, Köln

Es gehört inzwischen schon fast zum allgemeinen Gedankengut, daß es mit der Beziehung der derzeitigen Ökonomie zur natürlichen Umwelt nicht zum besten steht. Nahezu täglich erfahren wir von neuen Umweltkatastrophen und selbst die wichtigsten ursächlichen Zusammenhänge zwischen industrieller (Massen-) Produktions- und Konsumtionsweise und Umweltbelastung sind mehr oder weniger unstrittig. Eine kritische, differenzierte und begrenzt optimistische Sicht zum Ökonomie-Ökologie-Problem nimmt jetzt Hans Immler mit seinem neuen Buch "Welche Wirtschaft braucht die Natur?" ein. Immler faßt in diesem allgemein verständlichen und gut strukturierten Buch seine bisher eher theoretisch-abstrakten Überlegungen zusammen. Damit werden seine provozierenden und in weiten Teilen überzeugenden Gedanken nun auch einem breiteren Leserkreis zugänglich. Kernaussage des Buches ist, daß es in absehbarer Zukunft nur mit Hilfe einer radikalen Wende möglich sein wird, die Überlebensfähigkeit der industriellen Gesellschaften und letztlich die der gesamten Menschheit zu sichern. Unverändertes Wirtschaften, der weiterhin totale konsumtive und produktive Angriff auf die Naturökosysteme zieht - so die These - die zwangsläufige Auslöschung der menschlichen Art nach sich. Alle ökologischen Probleme hält der Autor dann für lösbar, wenn sich in Zukunft die Wirtschaft der Natur unterwirft. Die Produktion und Konsumtion von Gütern und Qualitäten muß deshalb als strategischer Ansatzpunkte für eine Reform genutzt werden.

Die Industrie, so meint Immler, glaube, Reichtum zu erzeugen, aber sie zerstört ihn in Wirklichkeit. Sie meint Lebensfähigkeit zu produzieren, aber sie produziert Gefährdung. Auch wenn die Sympathie für traditionelle Gesellschaften

und deren gleichgewichtiges Wirtschaften im Einklang mit der Natur an verschiedenen Stellen durchklingt, wird doch deutlich gemacht, daß ein Zurück auf frühere Kulturstufen als Zivilisationspfad für die wachsende Erdbevölkerung ausgeschlossen ist. Die moderne industrielle Gesellschaft muß den klugen Umgang mit der Natur erst wieder lernen. Eine ökologische Ökonomie kommt dabei nicht umhin, von der Gesellschaft her Grenzen der Intensität und Extensität der Expansion zu setzen.

An mehreren Stellen wiederholt Immler seine zentrale These, daß alleine die Natur produktiv ist, ein Gedanke wie ihn im 17. Jahrhundert schon die nationalökonomische Schule der Physiokraten verfochten hatte. Die Produkte, auf die es ankommt, liefert alleine die produzierende Natur. Der menschlichen Arbeitskraft wird zwar die Fähigkeit zur Wertschöpfung zugestanden, allerdings nur in Zusammenarbeit mit der Natur. Wirtschaften bedeutet den bewußten Umgang mit der Natur, ihren Produkten und Produktivitäten. Die industrielle Wirtschaft steht heute vor einer umfassenden Transformation ihrer Produktions- und Konsumtionsformen. Die Wiederstellung der verletzten Natur wird zur Überlebensstrategie der industriellen Wirtschaft. Diese wirtschaftlichen Reformen zugunsten der Natur werden nur durch eine Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu erreichen sein. Während rationales Unternehmerverhalten bisher in möglichst großem Verzehr der kostenlosen Natur und im Abwälzen von Kosten auf die Umwelt bestand, wird in Zukunft durch die Knappheit und damit Verteuerung der vormals kostenlosen Naturinputs und durch strenger werdende gesetzliche und fiskalische Regelungen eine Veränderung der Rationalität im Unternehmerverhalten eintreten. Auf der betrieblichen Ebene muß eine Wandlung von bloßem Umweltschutz hin zur ökologischen Unternehmenspolitik einsetzen. Nicht nur in der Produktionssphäre wird dies spürbar werden, sondern auch ganz konkret bei

den produzierten und zum Verkauf anstehenden (neuen, ökologisch ausgerichteten) Produkten.

Die industriellen Gesellschaften könnten den heutigen Nettonutzen der Produktion und Konsumtion mit stark verringerter Umweltzerstörung erreichen. Der künftige Unternehmer müßte sich demnach von einem gewinnmaximierenden Naturzerstörer zu einem nachhaltig wirtschaftenden Unternehmer wandeln. Instrumentell bewegen sich die Ausführungen auf den schon länger diskutierten Feldern wie gesetzliche Ver- und Gebote, Steuern und marktformige Anreize zu ökologischem Verhalten. Sie bleiben dabei allerdings etwas vage. Zu Recht betont Immler die häufig unterschätzte Bedeutung der Konsumenten. Diese beklagen zwar inzwischen immer häufiger die ökologische Zerstörung und deren Konsequenzen, aber sie sehen nur selten ein, daß ein großer Teil der bestehenden Probleme erst durch das eigene Verhalten entsteht. Es wird zwar allgemein die Bereitschaft bekundet, für eine bessere Umwelt zusätzliche Belastungen auf sich zu nehmen. Wird es jedoch konkret und geht es wirklich an die Geldbörse, so sind die Klagen in der Regel groß. Jedoch läßt sich nicht dem Konsumenten alleine die Schuld geben, denn die moderne Wirtschaft gibt dem industriellen Konsumenten nicht die notwendigen Informationen, die es ihm ermöglichen würden, ökologisch vernünftig zu handeln. "In der Praxis entsteht dadurch ein bemerkenswerter Konflikt zwischen moralischem Anspruch und tatsächlichem Verhalten." Ein für ihn selbst erträgliches Überleben im Alltag kann der moderne Verbraucher nur dann erreichen, wenn er seine tagtäglichen ökologischen Sünden mehr oder weniger verdrängt. Der zunächst verständliche Wunsch, die Verbrauchsstandards in quantitativer und qualitativer Hinsicht auf dem bisherigen Level aufrechtzuerhalten und gleichzeitig ökologisch bewußt zu handeln, ist nicht erfüllbar. Die konkrete Wirkung und damit Bedeutsamkeit jeder einzelnen Konsumententscheidung für die Natur und Umwelt muß deutlicher gemacht und - was besonders wichtig ist - die Möglichkeit zu einem anderen, der Umwelt angepaßteren Verbraucherverhalten eröffnet werden. Ein völliger Verzicht auf eine Inanspruchnahme der Natur ist dabei selbstverständlich ausgeschlossen. Der Verbraucher muß zu einem verantwortungsbewußten Gebraucher werden.

Die Forderung nach einer Senkung des Konsumniveaus ist allerdings - wie Immler zu Recht betont - solange unrealistisch, bis ein Weg aufgezeigt wird, wie die moderne Industriegesellschaft auf anderen ökonomisch-technologischen Pfaden überleben kann. Der ökologische Konsument orientiert sich in seinem Handeln mehr und mehr an den Interessen der Natur. "Wenn du etwas für Dich tun willst, dann mußt Du etwas für Deine Umwelt unternehmen. Der ökologische Konsument ist ein altruistischer Egoist." Es handelt sich also letztlich bei den anstehenden, notwendigen Veränderungen um die Beendigung eines antiquierten Kulturmodells. Neben einer drastischen Senkung des Material- und Energieflusses in den reichen Industrieländern wird vor allem auf das Stoppen des Bevölkerungswachstums auf der ganzen Welt zu achten sein, will man überhaupt von einer Chance zur Reform der derzeitigen Ökonomien reden.

Abschließend stellt Immler die eigentlich spannende Frage "Ist eine ökologische Wirtschaft praxistauglich?" Seine Antwort lautet: "Selbstverständlich funktioniert sie." Eine ökologische Wirtschaft geht mit radikal veränderten Verhaltensweisen der Menschen und der Wirtschaftssubjekte einher. Aber die Systemstruktur und der Funktionszusammenhang der bestehenden Wirtschaftssysteme können sehr wohl zum Ausgangspunkt dieser notwendigen Veränderungen genommen werden. Die Ökonomie erhält mit diesem Umbau nicht weniger, sondern mehr Aufgaben zugewiesen. Damit wird auch das allgegenwärtige Gespenst der weniger werdenden Arbeit gebannt, denn die Reparatur und verantwortungsvolle Neugestaltung der Natur bieten ein nahezu unendliches Feld gesellschaftlich hochwertiger Arbeit. Ähnliches gilt für die Investitionen, für die angesichts der bevorstehenden Aufgaben kein Mangel auszumachen ist. "Mit Sicherheit darf man das Schicksal der Natur nicht den Marktkräften überlassen. Dann ist ihr Todesurteil besiegelt." Die jetzige Soziale Marktwirtschaft bedarf also einer ökologischen Ergänzung ihres Ordnungsrahmens. Die Funktionsfähigkeit der Natur ist dann das Maß dafür, was die Individuen machen dürfen und was nicht. Die Freiheit des Einzelnen wird deshalb in Zukunft stärkeren Beschränkungen unterliegen als bisher. "Der Übergang von der mechanischen zur ökologischen Phase der Zivilisation entscheidet sich nicht

auf großen Konferenzen, durch Gesetzbücher oder durch schöne Worte, sondern durch die ökonomisch-technologischen Verhaltensweisen in der Küche, im Wohnzimmer, am Arbeitsplatz und unterwegs. Hier verbrauchen wir Natur ..., und hier kommt es darauf an, sie wiederherzustellen."

Die Tatsache, daß eine weltweite Ausbreitung unseres Wirtschafts- und Wohlstandsmodells nicht möglich ist, bringt den Autor zu der Überzeugung, daß für die weltweite Weiterentwicklung unterschiedliche Wege eingeschlagen werden müssen. Die industriellen Wirtschaftssysteme werden schnell damit beginnen müssen, ihren Pfad der Verschwendung schrittweise zu verlassen, um so zu einer ökologisch angepaßten Produktions- und Konsumtionsform zu kommen. Die (noch) nicht-industrialisierten Länder sollten eigene Wege zur Entwicklung

**"Mit Sicherheit darf man das Schicksal der Natur nicht den Marktkräften überlassen. Dann ist ihr Todesurteil besiegelt."**

konzipieren und verfolgen, mit deren Hilfe die je eigenen sozialen und ökonomischen Probleme gelöst werden können, ohne die sonst zwangsläufigen ökologischen Konflikte in Kauf nehmen zu müssen. In diesem Zusammenhang ist der Übergang von der bisherigen weltwirtschaftlichen Systemkonkurrenz zur Systemtoleranz erforderlich.

Die ja eigentlich nicht zu wiederlegende Tatsache, daß der gesamte materielle Reichtum der Natur zu verdanken ist und die industriellen Ökonomien gerade diese fundamentale und überlebenswichtige Tatsache aus ihrem Denken und Bewußtsein verdrängt haben, steht als provozierende These im Mittelpunkt der Ausführungen Immlers. Vielleicht kann nur diese radikale Denkweise dazu beitragen, eine Umorientierung in der notwendigen Breite und Tiefe möglich zu machen. Wir befinden uns - so Immler - inmitten einer natur- und menscheitsgeschichtlichen Wende, in deren Mittelpunkt eine erneute Umwälzung der Naturbasis des menschlichen Lebens steht. "Es gilt, uns in die Natur zurückzuholen. ... Als historischer Weg bleibt uns entweder das

Scheitern oder aber eine provozierende Aufgabe: Wir müssen uns unsere Natur gestalten." Wenn es überhaupt einen künftigen Verlauf der Evolution des Menschen geben wird, dann besteht dieser darin, daß sich die menschlichen Gesellschaften den Lebensquellen der Evolution nicht entziehen, sondern sie bewußt pflegen und gestalten. Auch diesem Weg bleibt ein Risiko angeheftet. "Aber alle anderen Rettungsversuche müssen mißlingen, alle anderen Wege sind kürzer."

Mit dieser eindringlichen Analyse und der Beschreibung eines besseren Zustandes der Ökonomie wird auf die zumindest denkbare Möglichkeit hingewiesen, wie mit der Ökonomie die Ökonomie lösbar wäre. Immler bleibt trotz dieser positiven Sicht im Ganzen recht skeptisch, was die Umsetzungswahrscheinlichkeit dieses neuen Weges angeht. An manchen Stellen bleibt vielleicht deswegen die konkrete Alternative der Konversion des gesamten Systems hin zu einem umweltverträglichen Wirtschaften etwas unklar. Dies kann aber den guten Gesamteindruck des Buches nicht schmälern. Es ist deshalb auch und gerade Nicht-Ökonomen zur Lektüre zu empfehlen.

Vgl.: Immler, Hans, Natur in der ökonomischen Theorie, Opladen 1985; ders., Vom Wert der Natur, Opladen 1989

# Herbst '93 auf einen Blick

Till Bastian  
**Frieden schaffen mit deutschen Waffen**  
Krieg als Mittel der Politik?  
Plädoyer für ein ziviles Deutschland

Die Bundeswehr als Friedensengel?  
Kampfflügel als himmlische Boten?  
Das deutsche Wesen als Krankenpfleger?  
Out of area or out of mind?  
**Mit einem Beitrag von Katrin Fuchs**  
140 Seiten, DM 18,-  
ISBN 3-89438-060-8



Hans Kalt  
**Ist die Wirtschaft noch zu steuern?**  
Anatomie der Krise

Die Krise ist da. Sturzflug ohne Ende? Droht der große Crash? Was wird aus Osteuropa, was aus der Dritten Welt? Hat Clinton Chancen? - Wessen Gürtel enger schnallen?  
144 Seiten, DM 19,80  
ISBN 3-89438-062-4



Hervé/Steinmann/Wurms (Hg.)  
**DAS WEIBERLEXIKON**  
Vollkommen überarbeitete Auflage,  
400 Stichworte, Lexikonformat, fester Einband, Fadenheftung  
Etwa 520 Seiten, ca. DM 49,80  
ISBN 3-89438-047-0



Karl-Heinz Heinemann  
**Ein langer Marsch**  
1968 und die Folgen

Sündenböcke braucht das Land. Aber dienen Schuldzuweisungen oder gar Selbstbezeichnungen 'Ehemaliger' tatsächlich der Wahrheitsfindung?  
Der Autor sprach mit Rolf Trommershäuser, Lutz v. Werder, Herbert Stubenrauch, Thomas Ziehe, Manfred Neugroda, Gisela Strauff, Kurt Holl, Helmut Hartmann, Rainer Kippe, Helmut Schauer, Oskar Negt, Bernd F. Lunkewitz, Christoph Zöfel, Monika Seiffert.  
Etwa 160 Seiten, ca. DM 19,80  
ISBN 3-89438-061-6



Jürgen Kuczynski  
**Geschichte des Alltags des deutschen Volkes**  
Band 4: 1870 bis 1918  
Band 5: 1918 bis 1945

Mit den Bänden 4 und 5 ist die Neuedition des Klassikers abgeschlossen.  
Band 4: 1870 bis 1918, brosch.  
Etwa 480 Seiten, ca. DM 49,80  
ISBN 3-89438-036-5  
Band 5: 1918 bis 1945, brosch.  
Etwa 400 Seiten, ca. DM 49,80  
ISBN 3-89438-037-3



Alle Titel lieferbar Sept./Okt.  
Über Ihre Buchhandlung oder gegen Rechnung zuzügl.  
Versandkosten direkt beim Verlag



Der Frauenkalender  
**WIR FRAUEN 1994**

Der "Liebste" ... Der in Lila. Frauentaten in Kalenderdaten, Tips, Wissenswertes aus Geschichte und Gegenwart, Adressen. Opulent ausgestattet: Fotos, Karikaturen, Raritäten. Dieses Mal im "Kleinen Lexikon": Piratinnen, Fliegerinnen, Reisende, Bergsteigerinnen.  
Redaktion: Florence Hervé, Elly Steinmann, Renate Wurms  
288 Seiten, DM 14,80  
ISBN 3-89438-059-4



Caroline Thomas  
Klaus-Peter Weiner (Hg.)  
**Auf dem Weg zur Hegemonialmacht?**  
Die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung

Wir, Europa und der Rest der Welt. Wir sind wieder wer - was machen wir daraus?  
Beiträge von Frank Deppe, Lutz Hoffmann, Kurt Hübner, Jörg Huffschild, Dieter Klein, Nicos Kotzias, Wolf D. Narr, Albert Statz, Caroline Thomas und Klaus-Peter Weiner.  
Paperback, 175 Seiten, DM 38,-  
ISBN 3-89438-063-2



☐ Petersbergstr. 4, 50939 Köln ☒

☎ 0221/44 85 45 & 44 62 40 ☎-FAX 0221/44 43 05

 **PapyRossa Verlag**



# Mächte und Medien

## Die Kämpfe um die Konstruktion von Wirklichkeiten in der Mediengesellschaft

von Heiner Kockerbeck\*

Alle reden von den Medien. Wörter wie Mediengesellschaft, Medienspektakel, Medienmacht oder Medienpartei machen inflationär die Runde. Während die angesprochenen gesellschaftlichen Institutionen sich gerne zur vierten Gewalt hochstilieren, sich selbst aber äußerst ungern unter die Lupe nehmen, dominiert von außerhalb der Blick auf sie als auf etwas Bedrohliches für Gesellschaft, Zivilisation oder Demokratie.

Siegfried Zielinski hatte in spw (Nr. 67: "Nicht mehr Fernsehen, nicht mehr Kino") in der gegenwärtigen Situation den Anfang einer neuen historischen und kulturellen Form der audiovisuellen Medien ausgemacht. Es scheint, daß eine Umbruchphase wieder einmal quer durch die Gesellschaft Debatten über den Untergang der abendländischen Kultur hervorruft, wie sie seit Entstehung der beweglichen Lettern für die technische Reproduzierbarkeit von Schriftstücken immer wieder geführt wurden.

Das Schreckgespenst vieler Linker sind dabei die aus traditionellen Bindungen von Klasse, Familie, Geschlecht entlassenen BürgerInnen, die mittels Fernbedienung massenhaft und frei durch die zahllosen Kanäle vagabundieren, sich auf der Suche nach Unterhaltung, Entspannung und Information direkten erzieherischen Zugriffen entziehend. Waren zu den seligen alten Zeiten, als einige wenige Programme noch allein öffentlich-rechtlich ausgestrahlt wurden, die Verhältnisse in der BRD etwa besser? Vermutlich wirkt bei manchen Linken auch noch die Kautskysche und Leninsche Marxorthodoxie mit deren These vom Erkennen als bloßer Widerspiegelung der Realität nach.

Demgegenüber beschäftigte Bertolt Brecht in seinen Werken und theo-

retischen Überlegungen - neben anderen kreativen Erneuerern marxistischen Denkens im 20. Jahrhundert - gerade das vermeintlich bloß idealistische Element, das Vermittelnde und Konstruierende, das schon mit dem ersten Medium Sprache zwischen Mensch und Wirklichkeit getreten ist. Sein Interesse für die damals neuen Medien Kinofilm und Radio entsprang der These, daß in der industriekapitalistischen Gesellschaft "weniger denn je die 'einfache Wiedergabe der Realität' etwas über die Realität aussagt": "Die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen, also etwa die Fabrik, gibt die letzteren nicht mehr heraus. Es ist also tatsächlich 'etwas aufzubauen', etwas 'Künstliches', 'Gestelltes'." (Brecht, Ges. Werke 18, 161)

Diese Betonung des Prinzips der Phantasie, der distanzierenden Verfremdung und der Konstruktion von Erfahrung im Kopf des Einzelnen geht in Brechts Radiotheorie einher mit der Forderung, die

**"Im Zeitalter wachsender Komplexität von sozio-kulturellen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, ist das aktuelle Informiertsein nicht mehr nur Merkmal einer Bildungselite, sondern gewinnt als Basisbestandteil des alltäglichen Lebens zunehmend an Bedeutung."**

(aus einer Werbebroschüre des Nachrichtensenders n-tv)

Medienapparate so zu organisieren, daß sie die Aktivierung des Radiohörers, seine immer vorhandenen widerständigen, selbsttätigen Potentiale fördern.

In der Diskussion um die *Zivilgesellschaft* bezeichnete Sabine Kebir (spw 66: "Linke müssen lernen, im Begriff zu kämpfen") die in der deutschen Linken weit verbreitete Auffassung, die Überbauten reproduzierten unter kapitalistischen ökonomischen Bedingungen auch bei Assoziations- und Medienfreiheit immer nur die Ideologie der Herrschenden, als ein zu überwindendes ökonomistisches Vorurteil. Es habe in der Geschichte der SPD dazu geführt, daß der Kampf um eine neue Kultur nie geführt wurde und die "Überbauten" dem Sog der kapitalistischen ökonomischen Logik überlassen

wurden.

Wie können die immer bedeutsamer werdenden Medien zur Herstellung demokratischer Öffentlichkeit und für emanzipatorische Ziele genutzt werden? Diese Diskussion soll in diesem Heftschwerpunkt von drei Enden her aufgenommen werden, die sicherlich nur als ausdiskutiert werden.

*Dietrich Leder* eröffnet den Schwerpunkt auf dem im engeren Sinne medienpolitischen Feld. Nicht nur PolitikerInnen, auch die ProgrammgestalterInnen des öffentlich-rechtlichen wie des privat-kommerziellen Fernsehens haben ihre Probleme mit den Bedürfnissen und Ansprüchen einer von Individualisierung geprägten Gesellschaft. Leder beschreibt Symptome und Hintergründe dieser Krise des Programm-TV.

Der zweite Umkreis von Fragen dreht sich um das Verhältnis von Medien und politischen Parteien bzw. Bewegungen. *Horst Peter* und *Norbert Sprafke* betrachten beides bezogen auf die gegenwärtige Situation der SPD und sparen nicht mit Kritik an PolitikerInnen und Medien. *Oli-ver Brosch-Guesnet* sieht das Hin und Her von Politikerentlarvung und Medienschelte als Klassen- und Machtkampf vor den aufmerksamen Augen und Ohren der FernsehbürgerInnen.

Beide Artikel berühren die Frage nach demokratischen Willensbildungsstrukturen in der Mediengesellschaft. Diese Debatte wurde bereits in spw 73 anlässlich der SPD-Mitgliederbefragung mit Artikeln von Ralf Krämer/Svenia Schulze/Thomas Westphal sowie von Fiete Saß eröffnet. Die von Peter/Sprafke getroffene Einschätzung, daß es sich hierbei für die Mitgliederpartei SPD um eine konkrete Überlebensfrage handele, macht eine Fortsetzung der Diskussion in den kommenden spw-Heften wünschenswert. Der dritte Bereich des Schwerpunktes beschäftigt sich mit dem individuellen Mediengebrauch, mit den medienästhetischen Wirkungen und Vorgängen im Zuschauer. *Thomas Rausch* greift eine Untersuchung über die kulturellen Praxen englischer Working-class-Jugendlicher auf, um unter Bezug auf die kultur- und sozialwissenschaftliche Diskussion das Klischee vom passivierten, manipulierten Medienkonsumenten zu widerlegen.

Im übrigen: kürzlich veröffentlichte die Kommission Medienpolitik beim Parteivorstand ein medienpolitisches Aktionsprogramm der SPD. Dazu wird in der nächsten spw ein Kommentar erscheinen.

# Bürokratische Kalamitäten und müde Routinen

## Die Krise des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und die Rolle seiner privat-kommerziellen Samariter

von Dietrich Leder\*

Ist dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen noch zu helfen? Diese Frage stellen sich auf den bundeslandauf-bundeslandab stattfindenden Medienforen besonders gerne die leitenden Angestellten des kommerziellen Fernsehens. Ihnen gefällt an der Frage besonders der fürsorgliche Unterton, denn diesen dürfen sie sich in ihren eigenen Läden noch nicht einmal während des obligatorischen Betriebsausflugs leisten. Im ersten Augenblick eines erbitterten medienpolitischen Streitgesprächs nimmt man ihnen ihre Samariter-Rolle auch ab. Doch dann fällt einem ein, daß die von den Herren zu Schau getragene Fürsorglichkeit jener gleicht, mit der sich der böse Wolf nach dem Gesundheitszustand der armen Geiseln erkundigt, ehe er sie alle bis auf eines verspeist. Es ist aber der Kannibalismus nicht allein, der die leitenden Angestellten von RTL, SAT 1, Pro 7 und RTL 2 sich der Probleme ihrer öffentlich-rechtlicher Konkurrenz annehmen läßt. Die Herren im stets dem gleichen blauen Tuch animiert zum neckischen Spiel vor allem der dringende Wunsch nach Ablenkung. Das Gespräch über die Schwierigkeiten von ARD und ZDF lenkt, so hoffen sie, wunderbar von den Problemen ab, die sich die kommerziellen Konkurrenten selbst bereiten.

Um nur zwei dieser Probleme anzudeuten: Die Eigenproduktionen (d.h. die von ihnen in Deutschland bei Produktionsfirmen in Auftrag gegebenen Shows, Serien und Reihen) floppen katastrophal. Egal ob es sich um bekannte Name oder bewährte Konzepte handelt, Rudi Carell strampelte sich wie Thomas Gottschalk bislang für RTL vergeblich ab, Dieter Kronzucker scheiterte bei SAT 1 als Nachrichtenmann wie als Reporter gleichermaßen, Pro 7 setzte eine teure Serie um Liebesleid und -freud so wunderbar in

den Sand, wie es schöner kaum geht. Was lehrt uns das? Die Vorstellung, daß die leitenden Herren der kommerziellen Veranstalter wüßten, was das Publikum mag, ist pure Fiktion. Auch sie versuchen nichts als ihr Glück, wenn sie ihr Spiel beginnen, das "trialand error" heißt. Das zweite Problem, von dem die leitenden Herren des Kommerzfernsehens ab-

seien diese im Fernsehen als sichtbare auch die kreativen Köpfe, ist hausgemacht. Sie verrät, daß ihre einzige Kenntnis des Geschäfts aus dem eigenen Fernsehkonsum herrührt und über den wollen wir aus Gründen der Fairneß nichts verraten.

Daß es anderswo nicht besser läuft, zeigt das Fernsehengagement des Springer-



zulenken wünschen, hat mit dem ersten zu tun. Auch die, die wiederum sie bezahlen, kennen die Regeln des Geschäfts nicht sonderlich gut. Nirgendwo konnte man deshalb in den letzten Wochen und Monaten besser bestaunen, daß der Kapitalist an sich auch nicht sonderlich klug ist, als in der Medienbranche. Nehmen wir das Beispiel des Bertelsmann-Konzerns, der sich kopfüber in das Abenteuer namens Vox stürzte. Gewiß, heute wird man in Gütersloh über die Lizenzvergabe der Düsseldorfer Landesanstalt für Rundfunk meckern und über manchen Mit-Gesellschafter klagen. Aber die Katastrophe, die mit der Bestallung von Moderatoren als Programmverantwortlichen der (Eser, Friedrichs, Lukoschik etc.pp.), als

Verlages. Der Wunsch der Studenten-Bewegung "Enteignet Springer!" haben die Erben des Konzern-Gründers in die Tat umgesetzt, als sie mit Leo Kirch den Mann in ihren Aufsichtsrat holen mußten, dessen Geschäftstüchtigkeit Axel C. Springer wie nichts anderes kurz vor seinem Tode fürchtete. Der enorme Machtzuwachs von Kirch beruht auf seinen Kenntnissen über die spezifischen Bedingungen des Fernsehgeschäfts, die er in dreißig langen Jahren weltweit sammelte. Heute beherrscht Kirch über eingestandene oder verleugnete Beteiligungen und vor allem über die Lieferverträge seiner Rechtfirmen Sender wie SAT 1, Pro 7, Kabelkanal, Deutsches Sportfernsehen und Premiere. Seine Kenntnisse beweisen

\* Dietrich Leder, Fernsehkritiker

selbst noch die Karrieren derjenigen, die bei ihm das Fernsehgeschäft von Pike auf lernten, ehe sie im Streit schieden, um heute als Konkurrenten erfolgreich zu sein - wie Bodo Scriba im internationalen Produktionsgeschäft oder Herbert Kloiber, der sich an RTL 2 beteiligt.

So durchschaubar das Spiel mit der Frage, ob dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen noch zu helfen sei, auch ist, am sachlichen Zweifel, den die Frage artikuliert, lindert das nichts. Tatsächlich ist das öffentlich-rechtliche Fernsehen in einer großen Krise. Da muß, um den ersten Beleg für die existenzielle Krise zu nennen, das ZDF in kürzester Zeit 500 Millionen Mark einsparen. Und damit ist, wissen die Fachleute, noch nicht das Ende der Einsparmaßnahmen erreicht.

Ausgelöst wurde die Krise durch den Rückgang der Werbeeinnahmen, von denen das ZDF stärker abhängig ist als die ARD-Anstalten. Aber das haben die ZDF-Intendanten immer schon gewußt, gründete sich doch ihr (auch ökonomischer) Erfolg gerade auf den hohen Zuschauerzahlen ihres Werberahmenprogramms. Noch zu Beginn des Jahres 1993 war man in Mainz am Sitz des ZDF stolz darauf, daß die 19-Uhr-Sendung "heute" die eine Stunde später folgende "Tageschau" der ARD, was die Zahl der Zuschauer angeht, abgehängt hatte. Dieser Erfolg verdankt "heute" allein den erfolgreichen Serien, die um 19.00 Uhr herum plazierte worden waren. Dieser Erfolg täuschte über die reale Krise nur hinweg. Angesichts der vervielfachten Konkurrenz, die sich in Kabelhaushalten auf 26 Angebote und sich terrestrisch in Ballungszentren noch auf sechs oder sieben erstreckt, mußten die Quoten selbst erfolgreicher Serien im Werberahmenprogramm drastisch fallen und schwächere Serien gleich ins Bodenlose fallen. Damit sank zwangsläufig auch das Werbeaufkommen mal schwächer, wenn die Serien immer noch relativ erfolgreich waren, mal stärker, wenn neue Produktionen an der selben Stelle floppten. Aber die Einnahmen sinken stetig, egal jetzt mal was das ZDF produziert und sendet. Irgendwann wurde den Verantwortlichen in Mainz bewußt, daß sich diese Tendenz nur auf Zeit und nicht auf Dauer aufhalten läßt, ja, daß kurzfristige Erfolge vom tatsächlichen Drama nur ablenkten. Das führte zu den erwähnten Einsparmaßnahmen, die zum ersten Mal auch vor Einschnitten in das Personal- und Sozialsystem nicht haltmachten. (Darüber mag sich aufregen, wer die Löhne und Be-

triebsrenten der ZDF-Angestellten im Vergleich zu denen ähnlicher Berufe nicht zu hoch fand; schlimmer ist schon, daß die Stelleneinsparungen bei Kündigungen und bei denen, die in Rente gehen, zu einer massiven Veralterung des ZDF führten, dessen Personal ohnehin nicht das jüngste und lebendigste ist.)

Aber auch jenseits des Werberahmenprogramms steckt das ZDF in einer gewaltigen Krise. Da sich der Sender mit seinen Shows ("Wetten, daß...?"), Soap-Operas ("Schwarzwalddkhnk") und Reality TV ("AktENZEICHEN xy ungelöst") mit extrem populären Programmen stärker als die ARD an die Masse der Zuschauer wandte und damit äußerst erfolgreich war und ist (das ist noch im Anzeigenmotiv von ARD und ZDF zu entdecken, auf dem die erfolgreichsten Sendungen des deutschen Fernsehens im ersten Quartal 1993 notiert sind), leidet er heftigst unter der ebenfalls mit populistischer Ware reizenden Kommerzkonkurrenz. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil es den Quotenverlusten keinen öffentlich-rechtlichen Mehrwert an Qualität entgegen setzen konnte. Gewiß, im Programm des ZDF finden sich immer noch Sendungen von Qualität: große Fernsehspiele ("Der große Bellheim"), Produktionen der altherwürdigen Institution des "Kleinen Fernsehspiels", die Kulturreihen am frühen Sonntagabend, das leider in Routine erstarrte Kulturmagazin "Aspekte", das "literarische Quartett" als eine Art "heißen Stuhl" für die Literatur, die seriösen und nur manchmal zu populistisch aufgeäumten Nachrichten, gute Reportagen und Dokumentarfilme (von Georg Stefan Troller und Hans-Dieter Grabe), exzellente Kindersendungen und ein vorurteilsfreie Jugendsendungsreihe. Aber es gebricht dem ZDF an Sendungen, die einen frischen Wind besitzen, die mit einem frechem Tonfall auffallen, die mit ungewohnten Perspektiven aufwarten. Sie sind, wenn überhaupt, im Kulturprogramm von 3SAT zu finden, das sich das ZDF mit der schweizerischen SRG und dem österreichischen ORF sowie ab November 1993 mit der ARD teilt. Kabarett beispielsweise findet nur noch bei 3SAT und nicht im Mutterprogramm statt, seit - sagt die Legende - sich der Intendant einmal über Gerhard Polt geärgert hatte, der über den Satz, im ZDF fände keine Zensur statt, live siebeneinhalb Minuten gelacht habe.

Zusammengefaßt: Das ZDF verwaltet den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag recht ordentlich, aber es fehlt ihm an

Sendungen, die etwas von der Zukunft des öffentlich-rechtlichen Systems auch nur erahnen lassen. Deshalb läßt sich das ZDF noch am ehesten privatisieren. Wer die Privatisierung, die wohl nur von der Deutschen Bank durchgeführt werden könnte, verhindern will, muß die Substanz an eigenwilligem Programm und Personal stärken. Sonst stehen der Privatisierung des ZDF derzeit nur die Teile der CDU/CSU, für die sich das kommerzielle Fernsehen als unappetitliche Mischung aus "Sex and Crime and Stefan Aust" entpuppt hat, und natürlich die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten entgegen. Ob man sich auf letztere angesichts des stetigen Wandels sozialdemokratischer Medienpolitik verlassen kann, ohne sich eines Tages verlassen zu fühlen, bleibt die Frage.

Daß es der ARD besser geht, obgleich doch ihre föderale Binnenstruktur im Vergleich zum zentralistischen ZDF alles andere denn ideal und zukunftssicher erscheint, hat mit Sendungen zu tun, die tatsächlich das öffentlich-rechtliche Prinzip wenn nicht weiterentwickelt, so aber doch an die veränderten Gegebenheiten angepaßt haben. Um nur einen Namen und eine Sendung zu nennen: Der Show-Moderator und Kabarettist Harald Schmidt hat mit seinen Sendungen "Gala", "Schmidteinander", "Pssst" und "Verstehen Sie Spaß" bewiesen, daß sich die altherwürdige Institution "Fernsehunterhaltung" doch an die neue Mediensituation anpassen kann. Schmidt rechnet nicht mehr mit einer vor dem Fernsehapparat versammelten Großfamilie, die sich auf das große Ereignis freut. Er spekuliert und spielt mit den Zuschauern, die sich allein oder in kleinfamiliären Resten mit der Fernbedienung in der Hand auf dem Sessel vor dem Fernsehgerät hinfläzten und etwas Attraktiveres denn im Konkurrenzsender angeboten bekommen möchte. Und er weiß, daß die, die vor dem Fernsehgerät sitzen, mit dem flimmernden Kasten und seinen kleinen und großen Helden (von Hoss Cartwright bis Willy Brandt) aufgewachsen sind. Schmidt rechnet mit all dem, ohne gleich seine Vorstellungen an guter Unterhaltung aufzugeben. Und das macht ihn zum Glücksfall der ARD.

Mit der Sendung, die etwas von der öffentlich-rechtlichen Zukunft im positiven Sinne ahnen läßt, ist selbstverständlich "ZAK" gemeint. Der von Friedrich Küppersbusch moderierte "Wochendurchblick" verbindet gute journalistische Elemente (unabhängige Recherche,

gesellschaftliche Kenntnisse, Meinungsfreudigkeit, eigene klare Sprache) mit denen einer anderen filmischen Darstellungsform, die viel bei den Videoclips des Musiksenders MTV gelernt hat. "ZAK" ist so schnell geschnitten, wie seine Zuschauer sich mittels Fernbedienung ihr Programm zusammenstellen, ohne an politischer Substanz zu verlieren. Investigation und Entertainment sind in dem Magazin kein Gegensatz. Ja, ihre überraschende (und somit nicht über Zwitterbegriffe wie "Infotainment" erst zu konstruierende) Seelenverwandtschaft ist in den Interviewfragen von Küppersbusch genauestens zu studieren. Denn Küppersbusch fragt so gut vorbereitet und präzise, daß seine Unterhaltung den Zuschauer eben nicht nur unterhält sondern auch informiert.

"ZAK" wie auch einige der Schmidt-Sendungen wurden in den Dritten Programmen der ARD ausprobiert und entwickelt. Doch dieser Bedeutung als Experimentierfeld der ARD können die Dritten Programme nur noch selten nachkommen. Aus dem ersten Programm wurden ihnen alle regionalen Aufgaben zugeschoben. Ein populäres und nur noch in Ausnahmefällen cineastisches, d.h. filmkünstlerisches Spielfilmangebot, die Auffüllung mit Magazinen aller Art und breite Sportflächen ließen sie zu kleinen Vollprogrammen mutieren, das sich nur noch mit wenigen Elementen von den übrigen Angeboten unterschied.

Wie schwer den ARD-Anstalten es fällt, innovative Sendungen und ungewohnte Produktionsweisen zu integrieren, zeigte der Fall von Roger Willemsen. Der zweite Beleg für die Krise des öffentlich-rechtlichen Systems. Der promovierte Literaturwissenschaftler war vom Pay-TV-Sender "Premiere" für sein Interview-Magazin "0137" entdeckt worden. Nach zweijähriger Tätigkeit, die Willemsen mehrere Preise eingetragen hatte, wollte er nicht das Fach, aber das Format wechseln. Für den WDR und sein Drittes Programm entwickelte Willemsen eine sechzigminütige Interviewsendung, in der er sich mit nur einem Gast auseinandersetzen wollte. Der WDR und sein Fernsehleiter Jörn Klamroth zeigten sich begeistert. Unter dem Titel "No Talk" wurde die neue Sendung als absolutes Highlight für das ab 10. April 1993 geplante neue Programmschema von WEST 3 angekündigt. Doch wenige Tage vor Start teilte Willemsen dem Sender mit, daß er wegen unzumutbarer Produktionsbedingungen das Handtuch schmeiße.

Willemsen hatte für seine wöchentlich von ihm zu produzierende und zu moderierende Sendung, für die er eine eigene Firma gegründet, vier Redakteurinnen eingestellt und mehrere Monate Vorarbeit geleistet hatte, noch immer keinen Vertrag bekommen. Kinzu kamen Kalamitäten der üblichen bürokratischen Art, an denen sich besonders Newcomer in einem öffentlich-rechtlichen Sender blutig reiben können. Das reichte von den üblichen Formalitäten bis zu handfesten Obstruktionen. In der WDR-Spitze gab es für Willemsen keinen Ansprechpartner und der zugeordnete Redakteur zeigte sich unfähig, das groß angekündigte Projekt durch die bekannten Klippen der hauseigenen Produktion zu steuern. Verantwortlich für das Zustandekommen der Sendung fühlte sich keiner. Erst als Willemsen das Aus verkündet hatte und seine Rückkehr zu "Premiere" bekanntgab, war der Katzenjammer groß. Es wurde sogar über Konsequenzen nachgedacht, die jedoch mit jedem Tag, der nach der Kündigung Willemsens ins Land ging, immer kleiner wurden, bis sie sich schließlich in Luft aufgelöst hatten.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, der Willemsen Schock hat viele im WDR getroffen. Die Identifikation mit dem Sender ist noch immer groß, besonders bei den Mitarbeitern in den kreativen Bereichen (von den Redaktionen bis zur Ausstattung, vom Archiv bis zu den Kameralenten und Cutterinnen). Aber je weiter man sich im Sender von der Produktion entfernt, desto geringer wird das Interesse am öffentlich-rechtlichen Auftrag und an den Produkten des Senders.

Das trifft auf viele ARD-Anstalten zu, jedenfalls wenn sie eine bestimmte Betriebsgröße erreicht haben. Dann kollidiert die Betriebsstruktur, die für einen Versicherungskonzern ideal zu nennen wären, mit den eher manufakturrell zu nennenden Produktionsstrukturen. Ein Zusammenstoß, der nur von tatkräftigen Direktoren und Intendanten zugunsten der Produktion entschieden werden kann und der deshalb in der Regel zu ihren Lasten ausgeht. Die daraus resultierende Mentalität eines öffentlich-rechtlichen "business as usual" legt sich wie Mehltau auf die Produktionsbereiche. Auch die föderale Struktur, die für das Erste Programm eine komplizierte Abrechnungs-, Koordinations- und Entscheidungsprozedur benötigt, verhinderte es oft genug, daß die ARD ein Fernsehprogramm bekommt, das offensiv den Wettbewerb mit der kommerziellen Konkurrenz auf-

nimmt. Hätte es beispielsweise eine Sportrechtfirma der ARD gegeben, die sich um die Rechte der Fußballbundesliga gekümmert hätte (incl. der Vermarktung der Werbezeiten und Nebenrechte), wäre der ARD der Lust einer "Sportschau" in der prime-time erspart geblieben. Wäre dann die altherwürdige Sendung auch noch sanft modernisiert worden, hätten junge Reporter und Regisseure rechtzeitig ihre Chance bekommen, und hätten manche Moderatoren rechtzeitig ihren Abschied vom Bildschirm eingereicht, die ARD hätte SAT 1 mühelos aus dem Fußballfeld geschlagen.

Zusammengefaßt: Der ARD droht weniger aus dem zwar erklecklichen, dennoch nicht unbedingt katastrophalen Werbeverlusten als aus der müden Routine ihres internen Betriebes Ungemach. Das öffentlich-rechtliche Prinzip, das ja auf der Vorstellung basiert, daß Information, Bildung und Unterhaltung nicht zwangsläufig auf dem Profitinteresse basieren müssen, muß offensiv vertreten werden. Ohne regelmäßige Innovationen, die dem eigenen Geist und eben nicht dem Programm der kommerziellen Konkurrenz entspringen müssen, wird es zu einem Pflichtprogramm für die Landesregionen verkümmern.

Daß sich angesichts des VOX-Debakels, des verzögerten Gewinnflusses bei SAT1, der verteuerten Startphase von n-tv, des weiter hinausgeschobenen break-even-point bei Premiere, das medienpolitische Gespräch von der öffentlich-rechtlichen zur privatkommerziellen Fernsehkrise verschiebt, hängt vom Auftreten der ARD- und ZDF-Intendanten ab. Warum spricht keiner, der sich schon Vorhaltungen wegen der "Zwangsgebühr" hat anhören müssen, beim nächsten Medienforum-Talk nicht einfach von der "Zwangswerbung", der jeden Spielfilm, jede Kindersendung, jedes Tennisspiel zu einer Übung für Fernseh-Masochisten oder solche, die es werden wollen, stempelt.

# Demokratische Politik in der Fastfood-Informationsgesellschaft



von Horst Peter/Norbert Sprafke\*

Politik ist heute überwiegend ein Medienereignis. Den symbolischen und populistischen Inszenierungen der Machtzentren entsprechen auf Medienseite die inszenierten Diskurse über politische Tagesfragen. Das kennzeichnet die Politik auf allen Ebenen, im Bund, in den Ländern, in den Kommunen. Was wir Welt zu nennen belieben, so Paul Virilio, ist nicht das, was da ist, sondern das, was die zur Verfügung stehenden Medien der Wahrnehmung zu konstruieren vermögen. Die Wirklichkeit verschwindet in ihrer ganz und gar medialen Aneignung. Die Abbildung tendiert dazu, wichtiger zu werden als das, was sie abbildet.

Die Rolle einer traditionellen Mitgliederpartei in der Mediengesellschaft und die damit verbundenen organisatorischen und kommunikativen Schlußfolgerungen werden somit für die SPD zu konkreten Überlebensfragen. Damit wird auch nach den Bedingungen und Möglichkeiten demokratischer Willensbildung gefragt. Und so wird das Problem der kommunikativen Vermittlung von politischen Zielen und Projekte rückgekoppelt mit dem Problem, wer und auf welche Weise demokratisch Ziele und Projekt formuliert und legitimiert. (Thomas Meyer/Christoph Zöpel, Utopische Verheißungen erreichen keine Mehrheiten, FR 13.8.92). Denn der in den letzten Jahren feststellbare dramatische Glaubwürdigkeitsverlust der institutionellen Politik muß besonders eine Programm- und Mitgliederpartei wie die SPD treffen, die mehr als andere von der Aktivität ihre Mitglieder lebt, auf diese angewiesen ist, als Partei der Aufklärung auf eine wache und interessierte politische Öffentlichkeit und gesellschaftliche Vernunft zielt. Im Berliner Programm schlägt die SPD den Ausbau der plebiszitären Elemente in der Willensbildung als Instrument zum Gegensteuern vor. Im politischen Tagesgeschäft hat die SPD noch keine passable Antwort auf den stockenden demokratischen Prozeß gefunden.

\* Horst Peter, MdB, Kassel  
Norbert Sprafke, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Kassel

## Leistungsversagen der Politik und Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger

Im Panorama der Verunsicherungen am Ende des 20. Jahrhunderts behauptet die "Politikverdrossenheit" einen zentralen Platz. Das hat weniger mit der mangelnden Darstellungskunst der Politiker zu tun, sondern beruht auf der Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger, dem Unterlaufen der Gewaltenteilung, der mangelnden Problemlösungskompetenz und dem Leistungsversagen der Parteien, dem mangelnden Vermögen, Interessenkonflikte zu artikulieren. Erst auf der Basis des Leistungsversagens der Politik gewinnt auch die moralische Kritik an der Politik an Gewicht. Die Durchstechereien von Strauß und anderen konnten das politische System noch verkraften, weil es gleichzeitig Wohlstand für alle anstrebte. In der ökonomisch-sozialen Krise entsteht jedoch der Eindruck, die Politiker schaffen nichts (für die Bürgerinnen und Bürger), aber machen sich selbst die Taschen voll.

Den Bürgerinnen und Bürgern muß Politik zudem erscheinen wie ein Kinderkarussell. Die Probleme kehren immer wieder in die Diskussion zurück und finden keine Lösung. Gleichzeitig können sie an dem Wägelchen lenken, bremsen, hupen, aus- und einsteigen. Doch die Richtung bestimmen andere. Seit Flick wissen die Bürgerinnen und Bürger auch, wer wie Politik beeinflusst. Der Gang über den Ortsverein erscheint deswegen unreal. Und Horst Köpke fragt zu recht, was einen nicht karrierebewußten Bürger zum Gang in eine Parteiversammlung, in der ein Abgeordneter referiert, animieren soll, wenn er Nachrichten und Personen in "Jetzt"-Zeit am Bildschirm erleben kann.

Die "Öffentlichkeit" erlebt in den letzten Jahren einen dramatischen Strukturwandel. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger verzichten auf die Teilhabe an der offiziellen Diskussion und am öffentlichen Handeln, die einen aus bewußter Entscheidung, weil sie gegen Gummiwände laufen, Teilhabe folgenlos bleibt und andere Wege der Einmischung suchen, die anderen aus Resignation. Wie der Kapitalismus vom Markt, so lebt die bürgerliche Demokratie in der Öffentlichkeit als ihrer Vergesellschaftungsform. Die prozeduralen Aspekte der bürgerlichen Demokratie treten dahinter zurück. Doch können selbst die Prozeduren darunter leiden, wenn die Teilnehmer des Meinungsmarktes auf den Austausch ihrer Meinungen, die Teilhabe an der öffentlichen Diskussion verzichten. Wie am Warenmarkt die stockende Nachfrage Produzenten und Marktstrukturen zerstört, so zerstört "Politikverdrossenheit" die prozeduralen Mechanismen der Demokratie und die Politik-Anbieter, die Parteien. Die Vermittlung von individuellem Sinn und gesellschaftlichem Konsens kann nicht mehr geleistet werden. Der Zerstück-

Die Rolle einer traditionellen Mitgliederpartei in der Mediengesellschaft und die damit verbundenen organisatorischen und kommunikativen Schlußfolgerungen werden somit für die SPD zu konkreten Überlebensfragen.

kelung des Arbeitsprozesses, der Diversifikation beruflicher und sozialer Karrieren, der Ausdifferenzierung der sozialen Hierarchie entsprechen die Pluralisierung von Lebensstilen und Lebens-

entwürfen und die Ausdifferenzierung von Interessen. Waren soziale Interessen bis in die 60er Jahre grobschlächtig voneinander geschieden, und konnten in den großen Parteien großzügig zusammengebunden werden, so hat der soziale Wandel und der sozialdemokratisch entwickelte Sozialstaatskompromiß soziale Interessen zu feinkörnigen Partikeln zermahlen und den Interessenbogen, den die SPD ertragen kann, überdehnt. Die Interessen organisieren sich wieder in separaten Parteien und finden in Koalitionen zusammen statt in der Partei als internem Kartell.

Auch pflegt die SPD das karge Ideal des besten Sparers und dementiert die Möglichkeit der Politik durch die Behauptung, Verteilungsspielräume seien erschöpft es könne nichts mehr verteilt werden. Die Bürgerinnen und Bürger quittieren diese Aussage, daß sie von Politik keine Verbesserung ihrer Lage erwarten können, mit dem Verzicht auf die für sie nutzlos gewordene Politik.

## Medienversagen in der Mediendemokratie

Verantwortung für den Funktionsverfall der institutionellen Politik tragen auch die Medien. Ihrer gewachsenen Funktion in der Mediendemokratie werden sie nicht gerecht. Die von den Konservativen gewollte und forcierte parallele Kommerzialisierung und Monopolisierung zeigt inzwischen ihre negative Wirkung. Dabei werden die Konservativen dieser Entwicklung selbst nicht mehr froh. Die Öffnung des vermeintlichen Zukunftsmarktes für mächtige Kapitalgruppen, die nach renditestarken Anlagemöglichkeiten suchten, brachte den Konflikt mit der konservativ-ultramontanen Unionsklientel, denn das Kapital konterkariert mit einer profitheekenden flachen Amerikanisierung des Medienangebotes die konservative Moral. Die CDU muß lernen, daß der Kapitalismus unempfindlich für die Verletzung der moralischen Gleichgewichte der Gesellschaft ist (Jürgen Habermas). Der notwendige hohe Kapitaleinsatz führt zu Monopolbildungen; vermachtete Strukturen beherrschen zunehmend den professionellen Medienmarkt.

Immer mehr Medienprodukte konkurrieren auf dem liberalisierten Medienmarkt um Einschaltquoten, Marktanteile und die alles alimentierenden Werbebeats. Mit sicherer Feder hat Gunter Hofmann aus intimer Kenntnis der Meinungsproduktion

die Entwicklung skizziert: "Sicher hat die Medienkonkurrenz die Lage verändert. Derzeit konkurrieren sie sich im Niveau in der Regel eher herunter als herauf. Sie schaffen die Ereignisse, die sie so dringend brauchen, im Notfall noch selber. Es entstehen zwei Welten. Das wirkliche Leben ist anderswo. Warum sollte ein Journalismus, der in immer kürzeren Häppchen hörergerecht oder leserfreundlich Halbinformationen serviert, sich auch wirklich sachkundig machen? Es lohnt doch die Mühe nicht, scheinen sich viele zu sagen. Am Ende geht es doch nur um Fastfood. Man muß halt früher auf dem Markt sein als andere." (G. H., Steine aus dem Glashaus, Die Zeit 14.5.93). Und man muß nicht nur früher auf dem

Markt sein als andere, man muß auch immer wieder neue und andere Informationen bieten können. "In regelrechten Kampagnen wird der eine oder andere zum Anwärter oder Kandidaten hochgeschrieben. So schaffen sich die Medien ihre eigenen Helden und ihre Ereignisse. Immer häufiger schaffen sie sich damit auch ihre eigene Wirklichkeit. Das löst wiederum Reaktionen aus oder beschwingt Konkurrenten, andere auf das Podest zu heben oder zu stürzen." Das sei die Eigengesetzlichkeit des Konkurrenzkampfes, so Hofmann. Und das heißt im Klartext: der Medienmarkt produziert Konkurrenzen und Koalitionen zwischen Personen und Positionen nicht im Interesse der Gesellschaft, nicht im Sinne eines öffentlichen Rasonnements der Gesellschaft, sondern als Brennstoff des privaten Konkurrenzkampfes im Medienmarkt. Und so kommt Marlis Ebner in der "Woche" vom 25.2.93 zu dem Schluß: "Kaum einer glaubt, daß die jüngsten Angriffen des 'Spiegel' auf Oskar Lafontaine ein anderes Motiv zugrunde lag als das, der neuen Konkurrenz 'Focus' eins auszuwischen, in deren erste Ausgabe sich Oskar Lafontaine mit einem Interview gewagt hatte. Das 'Spiegel'-Monopol auf originelle Politiker vom Schlage Oskar Lafontaines war damit augenfällig durchbrochen." Ebner begründet diesen Journalismus mit der Tatsache, daß der Stammleser wie der Stammwähler ein Phänomen von gestern sei, kein Thema mehr viele Bürgerinnen und Bür-



ger auf Dauer in klaren politischen Lagern halten könne. Und so degradiert sich der investigative Journalismus zur organisierten Verleumdungskriminalität. Gerade die Neuen am Medienmarkt, so Hofmann weiter, fallen mit einer Inbrunst über die Versagerklasse der Politiker her, daß man schon meinen möchte, ganze Marketingabteilungen hätten den Charme dieses Themas entdeckt. Die Quellen sprudeln, natürlich gegen Bezahlung. Es wird mehr verlangt in der Konkurrenzgesellschaft, der Meistbietende erhält den Zuschlag. Welchen Aufschwung dieser Journalismus nach der rechtlichen Billigung des großen Lauschangriffs und der Datenunsicherheit in deutschen Behörden nehmen wird, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert wer-

Foto: Stefan Hoppe

den. Mit der Zeit allerdings entsteht der Eindruck, die ganze Politik bestehe nur aus solchen Randproblemen und spiele sich ausschließlich im schummrigen Rotlicht ab.

Der Lust am "etwas atavistischen" Wühlen im Kleiderschrank und Abfallkorb anderer Leute entspricht die Unlust an der eigenen kritischen politischen Meinung, Einschätzung und Beurteilung. Das strukturelle Defizit der Meinungsindustrie ist eindeutig die hegemoniale Rolle der Leitkommentatoren des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und der Agenturkommentatoren bei den Printmedien. Haben diese eine Entwicklung definiert, so kommt ihnen die Rolle von Interpretationsmonopolen zu, denen die Nachrichtenredakteure, Reporter, Korrespondenten im eigenen Hause und auch die Kommentatoren in den off-off-Blättern der Standortpresse folgen. Diese unifor-

Der Lust am "etwas atavistischen" Wühlen im Kleiderschrank und Abfallkorb anderer Leute entspricht die Unlust an der eigenen kritischen politischen Meinung, Einschätzung und Beurteilung.

me Interpretation kann kaum noch durchbrochen werden, vor allem deswegen, weil das von den Medien als zitierfähig akzeptierte politische Personal, das alternative Meinungspfade gehen kann, kartellartig nur die Spitzen umfaßt, die den Konventionen verpflichtet sind.

Gerade bei den privaten Sendern werden zudem viele junge Journalistinnen und Journalisten über ihre unbefriedigende arbeitsrechtliche Situation als freie Mitarbeiter in eine Schmutzkonzurrenz gezwungen. Sie tummeln sich in einem unregelmäßigem Markt, der alles erlaubt und den Frechsten belohnt. Sie sind täglich auf der Jagd nach der Nachricht, die die Nachricht der Konkurrenz aussticht, nach dem Überraschenden und Unerhörten. Es kommt nicht mehr auf die exakte recherchierte Geschichte an, sondern darauf, ob eine Meldung "das auslöst, was dann hochtrabend Diskussion genannt wird" (Marlis Ebner). Der Kommunikations-

theoretiker Norbert Bolz hat denn auch die "amerikanisierte Aggressivität" zum Programm und die "Sensation zum Selektionsprinzip" des neuen deutschen Journalismus erhoben (Diskussionsveranstaltung der Frankfurter Rundschau, FR 13.10.1992).

### Professionelle symbolische Politik als Anpassung an die Medien-Wirklichkeit der Wirklichkeit

Haben die demokratischen Volksparteien unter den Bedingungen des Medienzeitalters noch eine Zukunft, wenn sie schon gegenwärtig keine Konjunktur haben? Aus Parteizentralen und Wissenschaft erreicht das Publikum die Weissagung, die Parteien als Mitglieds- und Willensbildungsorganisationen hätten sich überlebt. Als Modell der Partei der Zukunft werden die amerikanischen Wahlkampfmaschinen gepriesen, professionell geführte Medien- und Wählerparteien, in denen der hauptamtliche Apparat dominiert. Das politische Führungspersonal rekrutiert sich folglich aus den untereinander durchlässigen sozialökonomischen, wissenschaftlichen und publizistischen Eliten. CDU-Chefdenker Radunski hat dies parteiübergreifend zusammengefaßt: Man müsse Abschied nehmen von der Volkspartei als Mitglieder- und Massenorganisation. Be-



nötigt würden professionelle Mitarbeiter, die Dialogkampagnen und "moderne Parteiarbeit organisieren". Die eigentlichen Leistungsträger seien die Mandatsträger und deshalb müßten die "Fraktionen das politische Steuerungszentrum der Partei" werden (Peter Radunski, Weg von den alten Zielen, Spiegel 48/91, S. 34).

Diese Diskussion ist in die SPD übergeschlagen. Der "SPD 2000"-Prozeß über Erneuerung und zukünftigen Charakter der SPD balanciert noch zwischen den

Den Dilemmata der Mediengesellschaft kann die SPD nur mit einer Dramaturgie des demokratischen Entscheidungsprozesses entkommen, die die Kontroverse als Bestandteil dieses Prozesses anerkennt und Willensbildungsstrukturen öffnet.

beiden Polen demokratische Mitgliederpartei oder bürokratische "als-ob-Partei". Die Abfolge der Entwicklung der Durchsetzung der Petersberger Meinungskundgebung des damaligen Bundesparteivorsitzenden und seiner Berater lassen Tendenzen erkennen, die Gewichte in die Richtung der "als-ob-Partei" zu verschieben. Ein-Weg-Kommunikation von oben nach unten ersetzt den Diskurs

gleichberechtigter Teilnehmer und demokratische Willensbildung. Dabei setzt die Parteiführung auf ein probates Mittel: Diskurssäuberung durch eine Meinungspolitik der vollendeten Tatsachen, indem der Öffentlichkeit und der Partei mit viel Chuzpe Beratungsergebnisse als formelle Beschlüsse dargestellt und die Partei auf

diese Non-Beschlüsse festgelegt wird, von denen um der Glaubwürdigkeit, Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Partei und seiner Repräsentanten willen nicht mehr abgewichen werden dürfe.

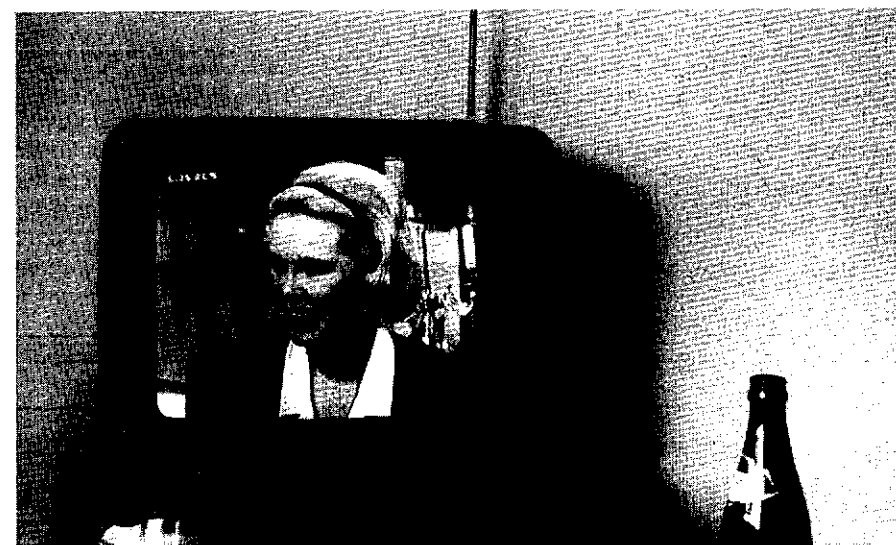
In der SPD hält die "symbolische Politik" Einzug. Was ist das? Thomas Meyer sagt in Richtung Kohl: "Symbolische Politik ist eine kriegswissenschaftlich erdachte Strategie der Kommunikation gegen die Adressaten. Sie täuscht Partizipation vor, wo sie sie verhindert. Sie entzieht sich dem Diskurs" (Spiegel 40/92, S. 53). Symbolische Politik ist allein auf ihre Wirkung auf ein Publikum ausgerichtet. Politik wird zum Inszenario, zum Aufmerksamkeit heischenden Schauspiel. Keine Öffentlichkeit ist dagegen dort gewünscht, wo Entscheidungen fallen, wo Absprachen getroffen werden. An die Stelle von Handlung tritt die Demonstration von Nachdenklichkeit, die Versicherung, daß das Problem ernst genommen würde. Der Bluff.

Deshalb steht die endgültige Bewertung der Befragung der Mitgliedschaft in der Vorsitzendenfrage aus. War es nur der Versuch, daß Führungsversagen von Präsidium und Parteivorstand zu kaschieren, oder war es ein in Frageform gekleideter plebiszitärer Appell, ein bonapartistischer Coup? Die Ernsthaftigkeit und demokratische Plausibilität der Befragung kann bewiesen werden mit der Aufnahme tatsächlicher plebiszitärer Elemente in die

Gewicht informeller Berater und der Kommentatoren in den Medien zur Entleerung der Diskussion in den legitimierten Führungsgremien führt. Schon heute erfährt die Mehrheit der Mitglieder SPD-Politik nicht über authentische Informationswege der SPD und die Willensbildungsstrukturen der Partei, sondern über die gefilterte Vermittlung der neutralen und gegnerischen Medien. Durch den informellen Expertismus austauschbarer, zeitlich und sachlich nicht gebundener Berater werden Moden zu Politik.

### Dramaturgie des demokratischen Entscheidungsprozesses

Wie also die Willensbildung der Partei in der Mediengesellschaft demokratisch restrukturieren? Die prinzipielle Falle ist das Desinteresse der Medien an der Willensbildung innerhalb der Parteien, der klassische blinde Fleck der politischen Berichterstattung im gesamten deutschen Journalismus" (Helmut Kuhne, Medienkommission Westfalen, Deutungsmuster, Stereotype und blinde Flecken in der Politikberichterstattung des deutschen Journalismus). Journalisten folgen zudem dem Interesse der Machtzentren der Partei, Kontroversen in die Freund-Feind-Geografie "Für den Vorsitzenden - gegen den Vorsitzenden" zu



Willensbildung und der demokratischen Restrukturierung der Willensbildung der Partei.

Gerade diese Befragung hat Gefährdungen der Willensbildung der Partei offengelegt. Bestätigt wurde die Tendenz der Anpassung der SPD an außergeleitete Diskurse. Dies birgt die Gefahr, daß das

zwingen. Der Geschlossenheitsritualismus der Partei findet seine Zuspitzung in der Medienfrage: "Ist die Führungsrolle von XY noch unbestritten?"

Dieses Dilemma kann die SPD umgehen erstens mit einer Dramaturgie des demokratischen Entscheidungsprozesses, die die Kontroverse als Bestandteil dieses

Prozesses anerkennt und Willensbildungsstrukturen öffnet. Die Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen, zwischen denen zu unterscheiden wäre, heißt, es geht um Abstimmungen zwischen Alternativen und nicht um Zustimmung. Entscheidungsgründe müssen nachvollziehbar werden durch Offenlegung von Interessen der konkurrierenden Machtzentren der Partei. Das trifft besonders die Repräsentanten der A-Länder. Bis zum endgültigen Beschluß des Bundesparteitages bleiben die Alternativen in der Partei darstellungsfähig.

Zweitens muß sich sozialdemokratische Politik darauf verständigen, die Regierung kleinzumachen statt die eigene Beschlußlage. Maßeinheit der SPD bleibt bis zu einer Änderung das Berliner Programm. Entlang dieser Beschlußlage und den Folgebeschlüssen der Bundesparteitage muß sich sozialdemokratische Politik entfalten. In den letzten Jahren verdichtete sich dagegen der Eindruck, sozialdemokratische Politiker hätten die beschriebenen Gesetze der journalistischen Konkurrenz mehr als genug verinnerlicht und sähen die Chance zu ihrer Medienpräsenz in der Infragestellung des Berliner Programms. Damit zog als neue Beweglichkeit camouffiert postmoderne Beliebigkeit in die Führungsetagen von Partei und Fraktion ein. Um aber mithalten zu können, muß die postmoderne Pirotte immer schneller gedreht werden. Damit erschließt sich für CDU/CSU die Möglichkeit, SPD-Beschlüsse mit Hilfe sozialdemokratischer Kronzeugen zu demontieren.

Und drittens darf sich die SPD nicht zwingen lassen, sich an der Munitionierung der Stammtische zu beteiligen. Die SPD muß sich auf eine Strategie verständigen, um ihre eigenen Themen in der öffentlichen Diskussion zu plazieren. Sonst wird Schäuble die SPD weiterhin mit der Grundgesetz-Änderung des Monats durch die Zeitungsspalten treiben. Der erwähnte Kommunikationswissenschaftler Bolz hat zur zentralen Aufgabe erklärt, Begriffe und Schlüsselwörter zirkulieren zu lassen, Formeln zu prägen, die in Umlauf gehen und verstärkt und rückgekoppelt werden von Zeitungen und Fernsehen. In diese Formeln und Begriffe muß das Berliner Programm aufgelöst werden, um dann auf dem Bildschirm wieder zusammengesetzt zu werden.

*"Fragen an den Kanzler -  
Granaten auf Sarajevo -  
Atommüll im Meer"*

Tagesthemen-Schlagzeilen am 22.7.93

*"Wie fade, die Wirklichkeit!  
Lassen wir unsere Diener sie für uns erleben!"  
Villiers de L'Isle Adam*

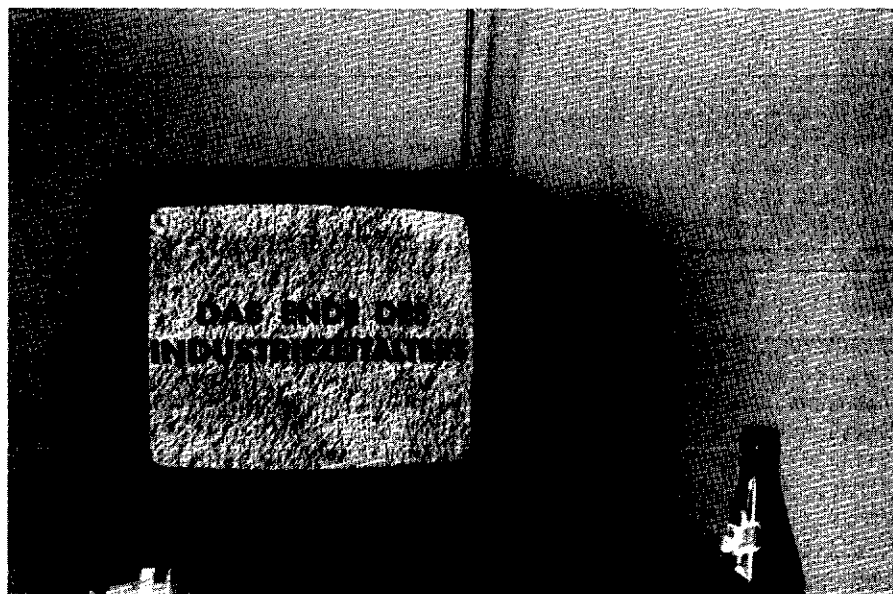
## Nachrichten vom Klassenkampf

von Oliver Brosch-Guesnet\*

Zwei Tage nach Bad Kleinen, als für den Staat die Welt noch in Ordnung war, macht der WDR-Hörfunk die "neue" RAF zum Tagesthema. Ein Korrespondent aus Karlsruhe referiert die Erkenntnisse über Hogefeld und Grams; ein ganz normales Radiogespräch bis zur Schlußfrage aus dem Studio, mit welcher Strafe denn Birgit Hogefeld rechnen müsse. Nun, meint der Korrespondent geschäftig, wenn sich der Mordverdacht bestätige, dann gebe es ja nur die Todesstrafe. Die Todesstrafe. Der Mann wiederholt das gleich noch einmal. Erst in der Abmoderation die "kleine Korrektur" der Moderatorin: die Strafe wird in "lebenslänglich" umgewandelt.

Noch zwei Tage später, nach den Berichten über die mutmaßliche Todesstrafe für Wolfgang Grams, wäre man vielleicht nicht mehr Zeuge einer so tiefen gedanklichen Übereinstimmung von gesundem Volksempfinden, Medienmeinung und Staatshandeln geworden. Nur im Normalfall gilt noch immer: die Medien, die JournalistInnen machen nicht die Meinungen, sondern reproduzieren die herrschenden Gedanken. Erst wenn die verfluchte Realität die intervenierende Variable spielt, wird unerwünschter Eigensinn produziert. Dann müssen sich Kommentatoren beim Publikum entschuldigen, daß schon wieder der Wunsch nach Aufklärung vorgetragen wird, obwohl so viele Anrufer beim Sender nichts mehr vom Staatsversagen hören wollen. Und Helmut Kohl entschuldigt sich bei der GSG 9.

Leider entwickelt jedoch die Realität in letzter Zeit eine gewisse Neigung, immer verwickelter zu werden. Und in der Mehrheit sind, laut Politbarometer zumindest im Fall Bad Kleinen, nicht die, die nichts wissen wollen, sondern die, die wissen, daß sie die Wahrheit nicht erfahren werden. Nicht Abstumpfung und Verblödung, sondern Mißtrauen und die Suche nach Authentizität sind die Resultate



Fotos: Stephan Hoppe

ihres Informationskonsums. Daß Mißtrauen richtet sich gegen einen Staat, der lügt. Was sollte daran schlecht sein? Insbesondere die neuen visuellen Medien produzieren einen paradoxen Effekt. Wo sie sich dem Namen nach als Bildermak-

Der Begriff von demokratischer Öffentlichkeit, der sich aus der Beschwörung von direkter Entscheidung, unvermittelter Handlung und bloßer Wiedergabe des Geschehenen speist, ist vormodern.

ler zwischen Erlebnis und Erlebende schieben, erzeugen sie sogleich die Sehnsucht nach dem Unmittelbaren, dem unverfälschten "kick" und "thrill" und eben auch nach der Wahrheit, dem Beweis. Auch die Manipulation ist eine Verfremdung, die mindestens Neugier, vielleicht Voyeurismus, vielleicht aber auch eine Erkenntnis auslöst. Denn die Distanz

zwischen Couch und Mattscheibe reicht meistens aus, den Unterschied von Illusion und Realität wahrzunehmen. Mit der Aussicht auf eigene Unversehrtheit - psychische Langzeitschäden einmal außen vor gelassen - kann man ruhig dabei zusehen, wie die lokalen Nachbarn überfallen oder die globalen massakriert werden, wie Politiker und Ehepaare sich gegenseitig fertigmachen und wie die Franzi und die Steffi mental mit dem Druck fertig werden. Und natürlich sind die Zuschauer soweit bei Bewußtsein, daß sie nicht die Überbringer der Nachricht mit deren Erzeugern verwechseln. Die Konsumentdemokratie funktioniert besser als zur Zeit die parlamentarische, und nicht die große Reproduktionsmaschine ist pervers, sondern das Produkt Wirklichkeit ist es. (Zu einem schlechten Teil, jedenfalls.)

Solange der Wunsch, statt im Fernsehsessel am wahren Schau-Platz zu sein, nicht überhand nimmt und dazu führt, daß Millionen Deutsche auf Überholspuren und Straßenbrücken herumlungern, um dort brennende Autos oder abschmierende Kampfflugzeuge zu beobachten; solange die Medien elektrisierende Bundestagsdebatten, Staatsbegräbnisse und Springreitwettbewerbe nur nachmittags in voller Länge übertragen; man sich also über die



schließlich zur besten Sendezeit gewählte Form, das wesentliche wiederzugeben, seine eigenen Gedanken machen muß; solange bin ich bereit, eine Lanze für die Medien zu brechen. Hier ist - anders als in der faden Realität, die man nur begaffen oder vor der man sich besser in Sicherheit bringt - ein Kampffeld eröffnet, eines für Kämpfe der MedienmacherInnen untereinander, für Kämpfe mit dem Rest der Welt und für die Auseinandersetzung im eigenen Kopf. Der geschulte Geist weiß, daß die Medien zur Zivilgesellschaft gehören; freilich mit dem "Auftrag", Konsens zu stiften und das falsche Bewußtsein zu verbreiten, aber eben auch mit der Chance, alternative Diskurse zu eröffnen oder wenigstens: den Kopf in eine andere Richtung zu bewegen. Nur wer selbst auf zwei Dimensionen beschränkt ist, weil er im Medium

Daß hierzulande die Medien die Rolle der revolutionären Bösen spielen und die vertraute soziale Ordnung durcheinanderbringen, ist ein typisch deutscher, aber eher beruhigender Zufall.

drinsteckt, verliert oft die Orientierung und die nötige Beinfreiheit. Es gehört deshalb zur besonderen Komik in der Debatte um Medien und Politik, daß gerade die großen Vereinfacher, die

konnte man sich seiner Stammleser und -wähler noch sicher sein, es gab noch keine schnelle Koalitionen und Positionen, keine wechselnden Mehrheiten, keine 57 Fernsehprogramme und keinen CDU-Oberbürgermeister in Kassel.

Ein Herbert Grönemeyer kann es sich leisten, enthusiastisch über die Herrschaft des Chaos zu singen, ein sozialdemokratischer Ortsvereinsvorsitzender kann das nicht, wenn sein Sprengel den modernen Dorfplatz vor dem Bildschirm dem Feierabendstuhl im AWO-Versammlungshaus vorzieht. Ihm fällt meist nichts Besseres ein, als sich an die neuen Zustände in der Weise anzupassen, daß er selbst Politik nur noch medial inszeniert, als Talkshow, als Kabarett, als Videoworkshop oder als gemeinsames Fernsehen, wenn die Parteivorsitz-KandidatInnen via



jedes gesellschaftliche Phänomen auf eine ökonomische Ursache zurückzuführen verstehen, die finstersten Warnungen vor der Macht der Bewußtseinsindustrie ausstoßen. Sollen wir, soll die Linke, soll die SPD "resigniert hinnehmen, daß Volksmusik und reality-TV inzwischen Einschaltquoten von sechs Mio. und mehr erzielen?", so fragen Horst Arenz und Horst Peter die spw-Leserschaft, und nein, nein und nochmals nein, so schallt es machtvoll zurück, denn wir wissen, "der Medienmarkt produziert Konkurrenz und Koalitionen zwischen Personen und Positionen nicht im Interesse der Gesellschaft, sondern als Brennstoff des privaten Konkurrenzkampfes im Medienmarkt" (Peter/Sprafke in dieser spw). Das war natürlich früher, als es nur die BILD-Zeitung und noch kein RTL plus und ganz früher, als der Vorwärts noch konspirativ unterm Sozialistenhut versteckt werden mußte, ganz anders. Da

RTL ihre Statements abgeben. Die KandidatInnen, die wirklichen Angehörigen der politischen Klasse, sind geil darauf, in die Talkshow, auf den heißen Stuhl und in die Hurra-Deutschland-Puppenriege zu kommen. Ob in der Provinz oder den Metropolen: beides ist mehr als Anpassung. Es ist Unterwerfung oder Prostitution unter den Bedingungen der bürgerlichen Moral, also ohne Anspruch auf gerechten Lohn. Und nicht einmal die eigene Phantasie wird dabei befriedigt.

Das Gejammer über den "Schweinejournalismus", die "organisierte Verleumdungskriminalität" und dergleichen ist wohlfeil, aber heuchlerisch, weil die attackierenden Attackierten nicht begreifen wollen oder können, daß es selten darum geht, eine bestimmte Person "fertigzumachen", sondern sie Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind, eines Klassenkampfes, in dem es um den

Fortbestand (oder die Machtstellungen) der alten politischen Klasse als ganzer geht. Politiker sind eben keine Unterdrückten, die von Zuhältern in Schreibstuben und Studios ausgebeutet werden. Von (sicherlich immer häufigeren) häßlichen Einzelfällen abgesehen, haben sie als soziale Gruppe ihr hartes Los in dem Sinne verdient, daß im gesellschaftlichen Raum der Positionen niemand sein einmal erworbenes symbolisches Kapital auf Lebenszeit pachten kann. Wenn er dann noch damit und mit seinem Ersparnen an der Börse spekuliert - selbst schuld. Daß hierzulande die Medien die Rolle der revolutionären Bösen spielen und die vertraute soziale Ordnung durcheinanderbringen, ist ein typisch deutscher, aber eher beruhigender Zufall. Andere Traditionen und andere Verhältnisse haben dazu geführt, daß beispielsweise in Italien mehr die Justiz die Funktion übernimmt, das politische Personal abzuserveren, statt wie bei uns die politischen Entscheidungen zu kassieren oder an sich zu ziehen. In Deutschland hat der ideologische Apparat den Part des Vollstreckers übernommen, der flächendeckend und mit der größten Tiefenwirkung funktioniert. Zugleich ist es ein Apparat, der nicht selbst so expertenbeherrscht und damit dem Einfluß von Laien entzogen ist wie etwa der Richterstand. Man kann mit ihm umgehen und in ihm agieren, statt zu jammern. Kein Anlaß also für Rundfunkräte, Wehleidigkeitsdossiers abzufassen. Wenn die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion der "Enthüllungen" der letzten Monate gestellt wird - früher hieß es schlicht: "Wem nützt es?" -, dann ist die Antwort darin zu suchen, daß die formierte Gesellschaft, die auf Repräsentation und Delegation aufbaute, und in der eine Kaste von Stimmenempfängern und politischen Agenten in ihren Gremien, Räten, Ausschüssen, ungestört blieb, der individualisierten gewichen ist, in der sich einE jedeR lieber auf sich selbst verläßt - von der Fernbedienung bis zum Wahlzettel. Diese Zeit braucht andere Stars. Beim Untergang der alten Garde spielen JournalistInnen die Rolle von Katalysatoren; sie bringen, wie der Reporter in "Sunset Boulevard", die Ereignisse ins Rollen, die Scheinwelten und Selbstinszenierungen der Heroen von einst erst ans Tageslicht. Sie führen jedoch nicht Regie über die Biographien anderer erwachsener Menschen, sowas gibt es nur im Film. Und doch erwerben sie auch selbst Macht, Macht über andere Menschen, Definitionsmacht über die moralischen

und politisch-kulturellen Standards der sich wandelnden Gesellschaft - Macht aus einem Reservoir, dessen Kontrolle wiederum den geschäftigen, entlarvten, diskreditierten PolitikerInnen mehr und mehr entgleitet, aber, notabene, durch eigene Blödigkeit, und Gelegenheit macht Diebe.

Vieles spricht dafür, daß die alte politische Klasse den Kampf im ganzen längst verloren hat, daß es vielleicht von vorneherein aussichtslos war, zu hoffen, daß die Geister, die man selbst gerufen hatte, so willfährig bleiben würden, wie sie es früher immer waren. Die Doppelmoral, mit der die gegenwärtige Debatte geführt wird, ist der stärkste Beleg: sich einerseits auf dem Medienmarkt beständig selbst feilzubieten, bei Strafe der Nichtbeachtung und Wirkungslosigkeit, andererseits auch dieser Wirkung wie jeder Provokation die Spitze nehmen zu wollen, in dem - von links wie von rechts - nach Zensur und Kontrolle gerufen wird. Von rechts erwartet man ja nichts anderes als die Neuauflage des abgeschmacktesten Mut-zur-Erziehung-Diskurses: Gewalt und Sex im Fernsehen verderben bekanntermaßen unsere Jugend, der deshalb zwei Wochen Sommerferien gestrichen und der Besuch des neuesten Steven Spielberg-Filmes verboten werden müssen, wegen der Brutalität, die ja im "Jurassic Park" ebenso wie im wirklichen Leben von Dinosauriern ausgeht.

Doch nicht einmal solche Sommerloch-Vorschläge hindern fortschrittliche PolitikerInnen, ebenso elitär und einfallslos zu argumentieren wie indignierte Konservative. Wer nicht begreifen will, daß der Konsum von "Musikantenstadt", "Notruf" und "Wenn die prallen Möpse hüpfen" nun einmal keinen direkten Rückschluß auf den durchschnittlichen Intelligenzquotienten in Mitteleuropa erlaubt, sondern unverdrossen eine Art Verelendungsdiskurs auf geistigem Gebiet führt, wer "symbolische Politik" für Bluff und Blendwerk hält, der sitzt einem funktionalistischen Mythos auf: die Welt mittels linearer Gleichungen für prinzipiell erklärbar zu halten. Daß kulturelle Repräsentationen und Symbole, auch die medialen, eine lebensnotwendige Instanz zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Ich und Außenwelt sind, die ein Eigenleben haben und darum auch Eigensinn, dem man auf die Sprünge helfen kann und sollte, ist eine so banale Erkenntnis, daß sie manchen großen Köpfen anscheinend ewig unbegreiflich bleiben wird.

Wem Symbolik, Phantasie und Traum suspekt bleiben, weil er sie für abgeleitete Phänomene aus dem ökonomischen Sein hält, dem bleibt nichts anderes übrig, als immer neue Rahmen für die Bilder in den Köpfen der Menschen zu erfinden, statt eigene Bilder auf den Markt zu werfen. Der Begriff von demokratischer Öffentlichkeit, der sich aus der Beschwörung von direkter Entscheidung, unvermittelter Handlung und bloßer Wiedergabe des Geschehenen speist, ist vormodern. Rechtsphilosophen, Historiker und PolitökonomInnen neigen offenbar dazu, sich einen bundesrepublikanischen Areopag herbeizuphantasieren, auf dem die edelsten Bürger mit den schärfsten Zungen den herrschaftsfreien Diskurs pflegen, Eintritt nur mit Abitur, und von Zeit zu Zeit gibt irgendein neuzeitlicher Paulus die Richtung vor. Der wirklichen Welt vermag niemand mehr ohne Vermittlung, Verkürzung und Verfremdung gerecht zu werden. Zur Idylle der Delegationsgesellschaft, in der die Herrschenden den Beherrschten versprochen, ihnen die Last des universellen Überblicks abzunehmen, gibt es indes keinen Rückweg. Der Plebs hat keinen Bock mehr drauf, und den Überblick hat sowieso keiner mehr. Stattdessen wird alles noch schlimmer kommen. Das beschimpfte Publikum und die gescholtenen Medienmacher werden sich bald verbünden und die herrschende Politik auf Werbeblöcke, live übertragene Gladiatorenkämpfe und eine um fünf Minuten gekürzte Gong-Show für Berufspolitiker beschränken. In jeder Folge wird Rudolf Scharping ein anderes Konstantin-Wecker-Lied interpretieren, aber nie die Höchstpunktzahl erreichen.

Im Restprogramm wird man Detektive sehen, die ihre Fälle nie lösen, aber interessante Vermutungen entwickeln; Wissenschaftler, die brillante Theorien frei erfinden, Politiker, die Visionen haben und vorschlagen, diese vom kommenden Montag an zu verwirklichen, die Fußball-Bundesliga natürlich, und ein U2-Konzert, bei dem der Bundeskanzler wirklich mit Bono Vox telefoniert und über den Lauf der Welt plaudert. Alles wird gut.

## Und der Mensch ist da ganz Mensch, wo er - z. B. mit Werbespots - spielt

"Jugend-Stile. Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur" -  
eine Untersuchung von Paul Willis

von Thomas Rausch\*  
"Fressen, ficken, fernsehen", so das Schlagwort einer kulturkritischen Zeitdiagnose, das als Graffiti-Spruch auf Hauswänden ebenso beliebt ist wie es auch als schwarz-rot-goldener gedruckter Aufkleber seinen Markt gefunden hat. Jenseits der Realität, die der Aufkleber auf tausend studentischen Uni-Taschen und Jugendfreizeitheimtüren wiedergibt, existiert das von der altlinken Zeitgenossin kaum wahrgenommene und doch ganz reale Reich einer anderen Wirklichkeit: das Land des neuen Medien-Menschen, der durch Fernsehen nicht stumpfsinnig, sondern zu Kreativität beflügelt wird. Dies vorab: Der Autor ist dieser moderne Medien-Mensch nicht - er zählt sich zu jenen elitären oder zumindest exzentrischen Mitmenschen, die in jenen 6% der altbundesrepublikanischen Haushalte leben, die ohne Fernseher überleben. Also alles klar: Vom Fernseh-Fetischismus ist er weit entfernt. Und doch bleibt auch ihm die Erkenntnis nicht versagt, daß durch moderne Massenmedien - ob Radio oder Schallplatte, ob Video, Film oder Fernsehen - ein außerordentliches zivilisatorisches Potential geschaffen worden ist, das Wege eröffnet zur kulturellen Emanzipation für die große Masse in der kapitalistischen Gesellschaft - einzigartige, individuelle Wege, wohlgehemmt. Empirisches Material hierzu ebenso wie eine theoretische Interpretation liefert Paul Willis in einem im Argument-Verlag erschienenen Band: *Jugend-Stile. Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur*.

Um aber noch einmal in das Metier der Kulturkritik zurückzukehren - auch ein gewisser Friedrich Schiller hat auf diesem Feld vor ziemlich genau 200 Jahren einige Schritte getan. In seiner theoretischen Schrift "Über die ästhetische Erziehung des Menschen" beklagt er den Zeitgeist seiner Epoche, der den "Nut-

zen" über das "Glück" stelle - in der Pädagogik bedeutet(e) das: praktisch verwertbare Fertigkeiten vor Persönlichkeitsentwicklung und Kreativitätsförderung. Entgegen dieser Schiller zufolge verfehlten Prioritätensetzung bricht der Autor eine Lanze für die Entfaltung des Individuums, des "reinen, idealischen Menschen" (Schiller, S. 11). Und dies ausdrücklich gegen die Ansprüche der Gesellschaft: "Lebe mit deinem Jahrhundert, aber sei nicht sein Geschöpf" (Schiller, S. 35).

Freilich richtet sich der Schillersche Appell nicht an Krethi und Plethi - in seiner Epoche ist die Forderung nach Selbstverwirklichung für alle weit jenseits des ökonomischen wie auch soziokulturellen Entwicklungsniveaus. Selbstverwirklichen soll sich bei Schiller zuallererst der Künstler: jedenfalls ein Individuum, das über die notwendigen ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen verfügt.

Eine Demokratisierung dieses Strebens nach Selbstverwirklichung (im Zusammenspiel mit einer Demokratisierung der hierfür notwendigen Ressourcen) ist in der entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu beobachten. Auch wenn nach dem von Ulrich Beck festgestellten "Fahrstuhl-Effekt" die Klassengesellschaft in ihrer Gesamtheit "eine Etage höher gefahren" (Beck, S. 122) und damit ihre Grundstruktur reproduziert wird, so ermöglicht die gesellschaftliche Entwicklung doch zunehmend die Herausbildung eines Individuums, das - aus traditionellen Normen und Bindungen weitgehend herausgelöst - mit erweiterten persönlichen Ressourcen ausgestattet ist: (durchschnittlich) mehr Bildung, mehr freier Zeit, mehr Lebensstandard. Vor diesem Hintergrund breitet sich in allen westlichen Industrieländern das neue kulturelle Modell (Zoll u. a. 1989 und Zoll 1993) aus, das auf einer veränderten Form des Bezugs der Individuen zu sich selbst basiert; dessen auffälligster Aus-

druck ist das Selbstverwirklichungsstreben.

Gerade in der "Arbeiterklasse" hat Paul Willis zahlreiche Belege für den Trend hin zu einem bedürfnisreicheren Subjekt gefunden; was er mit "Arbeiterklasse" meint, bleibt letztlich unklar (ich setze den Begriff daher bewußt in Anführungszeichen); mir scheint allerdings, er subsumiert unter den Terminus nicht die Gesamtheit der Lohnabhängigen, sondern das Arbeitermilieu: Das heißt, daß gerade auch in dem Sektor der Gesellschaft, von dem dies nach bürgerlichem wie auch linkem Vorurteil am wenigsten erwartet wird, die Umrisse des Neuen sichtbar werden.

So entdeckt Willis ein außerordentlich großes Potential "symbolischer Kreativität" im Alltag der britischen "Arbeiterklasse"-Jugend. Als "symbolische Kreativität" bezeichnet Willis den schöpferischen Umgang mit Alltäglichem, die Praxis der Neukomposition unterschiedlichster Versatzstücke im Dienste von Selbstgestaltung und Selbstverwirklichung - die Praxis, die eigenen Lebenszusammenhänge "(zu) vermenschlichen, aus-(zu)schmücken und mit Bedeutungen (zu) versehen" (Willis, S. 12). "Symbolische Kreativität" ist für ihn Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, denn sie produziert individuelle Identitäten. In der Sphäre der "Gemeinkultur" (im englischen Original heißt es "common culture"), also in der Alltagskultur der Masse der Gesellschaft, steht den Individuen ein immenses Potential symbolischen Materials zur Verfügung - das die Massenmedien in Form von "Kulturwaren" (seien es Werbespots im Radio, seien es bestimmte Fernsehprogramme) tagtäglich produzieren. So verknüpft sich der Konsum von "Kulturwaren" mit einer Art kultureller Produktion, indem die Konsumierenden die Waren in ihre eigenen Form des Bezugs der Individuen zu sich selbst basiert; dessen auffälligster Aus-

\* Thomas Rausch, Politikwissenschaftler, Köln

in der Integration des von der Konsumkultur zur Verfügung gestellten Materials in eigene Vorstellungswelten eine "subversive Ausnutzung der Konsumkultur für selbstbildnerische Zwecke" (Zinnecker, S. 432). Ob es sich um Medien (Fernsehen, Video, Computerspiele u. ä., Film, Reklame, Zeitschriften) handelt, um Musik, Mode oder um das Alltagsleben - die Beispiele, die Paul Willis für "symbolische Kreativität" anführt, sind mannigfaltig.

Ein Paradebeispiel ist bei Willis ein neuer Topos der Konversation unter Jugendlichen, die Frage "Was ist deine Lieblingswerbung?": Zunehmend sind Werbespots so gestaltet, daß sie ästhetisches Vergnügen bereiten, das vielfach als Selbstzweck genossen wird; Jugendliche sind in der Lage, Werbespots unabhängig vom jeweiligen Produkt zu konsumieren - wie Theresa, die sich für eine Rosinenwerbung begeistert, doch keine Rosinen kauft, weil sie sie schlichtweg nicht mag. Wenn Fernsehwerbung beispielsweise irgendwelche alte Pop-Songs zitiert und mit Bildern kombiniert, so fällt den Konsumierenden die Rolle zu, beide Elemente assoziativ zu verbinden: "Die Jugendlichen haben ihren Spaß an der aktiven Rolle, die sie spielen sollen, und die sie kreativ weiterentwickeln können." (Willis, S. 70)

Ein Grundmuster, das in dem souveränen Umgang mit symbolischem Material aufscheint, ist der jugendliche Anspruch auf Autonomie. In dieser Hinsicht weisen die verschiedenen Formen jugendlicher Alltagskultur ein großes politisches (wenn auch nicht unbedingt politisiertes) Potential auf. Ob der Autonomieanspruch durch Antikultur (etwa im Stil des "Punk"), Alternativkultur oder auch durch Mode und Disco artikuliert wird: "Einer anonymen und bedrohlich wirkenden Maschinerie gesellschaftlicher Macht wird die schlichte Authentizität jugendlichen Freiheitswillens gegenübergestellt." (Hein, S. 28) Der "jugendliche Freiheitswille" nimmt sich das Recht, unterschiedlichste Trends und Moden aufzugreifen und individuell neu zu kombinieren: "Der große kulturelle Basar nimmt alle Impulse auf, vermischt sie miteinander und erlaubt die unglaublichsten Synthesen." (Hein, S. 29)

Das Spielerische solcher Praxisformen erinnert an die ästhetische Theorie Friedrich Schillers, der im Spieltrieb die Synthese von "sinnlichem Trieb" und "Formtrieb" ausmacht; im Spiel, als welches Schiller letztlich die Tätigkeit des Künst-

lers, das kreative Tun, ansieht, kommen die beiden Triebe zur Harmonie: "Denn, um es endlich auf einmal herauszusagen, der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Worts Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt." (Schiller, S. 63, Hervorhebg. im Original) Das alltagskulturelle Spiel mit einem Werbespot schwebte Schiller bei der Formulierung dieser Theorie nicht vor - und doch sind die Jugendlichen in der Willis'schen Untersuchung durch ihr alltägliches Spiel mit dem Material, das Kulturwaren liefern, im Schillerschen Sinne Künstlerinnen und Künstler. Sie erreichen damit die nach Schiller höchste Stufe des Menschseins. Paul Willis folgert, daß sich in der zentralen Bedeutung von Kreativität in der Alltagskultur heute "ein entscheidendes Stadium der kulturellen Modernisierung" anzeige - "ein Stadium, in dem sich die 'Masse' durch den aktiven und kreativen Gebrauch von allgemein zugänglichen Kulturwaren und Kulturmedien durch und durch kulturell ausdifferenziert hat. Es ist dies vielleicht die letzte und demokratischste der Modernisierungen, die sich unter den allgemeinen Bedingungen der jüngsten Modernisierungsprozesse abspielen." (Willis, S. 158)

Wer Belege für die emanzipatorische Potenz des Subjekts im Alltag sucht, findet in Paul Willis' Untersuchung einen kleinen Schatz. Die Lektüre kann aufgrund der gelungenen Verknüpfung empirischer Beispiele und theoretischer Folgerungen überaus genußvoll sein. Indem Paul Willis dazu anregt, die ausgeprägte Ambivalenz übermächtiger, standardisierter Konsum- und Medienwelten zur Kenntnis zu nehmen, ist sein Buch mit Sicherheit ein wichtiger Beitrag zur Analyse der Moderne.

## Literatur

- Paul Willis, Jugend-Stile. Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur, Hamburg/Berlin (Argument-Verlag) 1991  
 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986  
 Peter Ulrich Hein, Protestkultur und Jugend. Ästhetische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1984  
 Friedrich Schiller, Über die ästhetische Erziehung des Menschen, Stuttgart 1983  
 Jürgen Zinnecker, Jugendliche Subkulturen, in: Zeitschrift für Pädagogik 3/1981  
 Rainer Zoll u. a., "Nicht so wie unsere Eltern!". Ein neues kulturelles Modell?, Opladen 1989  
 Rainer Zoll, Alltagssolidarität und Individualismus. Zum soziokulturellen Wandel, Frankfurt/M. 1993

## Sozialismus



Die Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ Diskussionen im Forum *Gewerkschaften* (es schreiben: Dettlef Henschke, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ ökonomische Analysen national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschtmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ aktuellen politischen Diskussionen der Linken (es schreiben: Egon Bahr, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50  
 Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

### Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Zu schicken an:  
 VSA-Verlag  
 Postfach 50 15 71  
 W-2000 Hamburg 50

## Von der Androgynität zur Differenz

Überlegungen zur Theoriediskussion  
 in der autonomen westdeutschen Frauenbewegung

von Katharina Gröning\*  
 Die Bedeutung der Differenzdebatte läßt sich ohne Berücksichtigung horizontaler wie vertikaler Einflüsse, d.h. ohne Verständnis speziell der feministischen Diskurstraditionen wie auch der Einflüsse weiterer emanzipatorischer Diskurstraditionen - und hier für die Entstehungsphase der Frauenbewegung besonders des sozialistischen, später des ökologischen Diskurses - weder begreifen noch gewichten. In dieser Perspektive sind drei Stadien des feministischen Diskurses von Interesse:  
 1. Wir werden nicht als Frauen geboren, sondern dazu gemacht. Geschlecht als Zumutung und die Perspektive der Androgynität.  
 2. Der Sexismusdiskurs - Geschlecht als universelle Kategorie.  
 3. Die Vernunft hat ein Geschlecht - Rationalitätskritik und die Utopie einer anderen Welt.  
 Die Unterscheidung an dieser Stelle ist eine analytische, tatsächlich bedingen und verquicken sich die Diskussionen zeitlich wie theoretisch.  
 Die Bedeutung der Differenzdebatte läßt sich ohne Berücksichtigung horizontaler wie vertikaler Einflüsse, d.h. ohne Verständnis speziell der feministischen Diskurstraditionen wie auch der Einflüsse weiterer emanzipatorischer Diskurstraditionen - und hier für die Entstehungsphase der Frauenbewegung besonders des sozialistischen, später des ökologischen Diskurses - weder begreifen noch gewichten. In dieser Perspektive sind drei Stadien des feministischen Diskurses von Interesse:  
 1. Wir werden nicht als Frauen geboren, sondern dazu gemacht. Geschlecht als Zumutung und die Perspektive der Androgynität.  
 2. Der Sexismusdiskurs - Geschlecht als universelle Kategorie.  
 3. Die Vernunft hat ein Geschlecht - Rationalitätskritik und die Utopie einer anderen Welt.  
 Die Unterscheidung an dieser Stelle ist eine analytische, tatsächlich bedingen und verquicken sich die Diskussionen zeitlich wie theoretisch.  
 Die Bedeutung der Differenzdebatte läßt sich ohne Berücksichtigung horizontaler wie vertikaler Einflüsse, d.h. ohne Verständnis speziell der feministischen Diskurstraditionen wie auch der Einflüsse weiterer emanzipatorischer Diskurstraditionen - und hier für die Entstehungsphase der Frauenbewegung besonders des sozialistischen, später des ökologischen Diskurses - weder begreifen noch gewichten. In dieser Perspektive sind drei Stadien des feministischen Diskurses von Interesse:  
 1. Wir werden nicht als Frauen geboren, sondern dazu gemacht. Geschlecht als Zumutung und die Perspektive der Androgynität.  
 2. Der Sexismusdiskurs - Geschlecht als universelle Kategorie.  
 3. Die Vernunft hat ein Geschlecht - Rationalitätskritik und die Utopie einer anderen Welt.  
 Die Unterscheidung an dieser Stelle ist eine analytische, tatsächlich bedingen und verquicken sich die Diskussionen zeitlich wie theoretisch.



Wir werden nicht  
 als Frauen geboren  
 - wir werden dazu  
 gemacht. Die Perspektive der  
 Androgynität.

Es fällt auf, daß sich die "erste Generation" der Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung (De Beauvoir, Millett, Fridan, Schwarzer) auf die Geschlechtszugehörigkeit von Frauen vorwiegend negativ bezieht. Weiblichkeit gilt ihnen als etwas, die "Identität Frau" Bedrohendes, tendenziell Zerstörerisches. In den meisten Arbeiten spielt denn auch die Befreiung vom Zwangskorsett des Geschlechtscharakters eine bedeutende Rolle. Weiblichkeit ist hier Verbiegung/

Verpuppung - oder wie DAILY schreibt: Bonsai-Kultur.

Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Frau werden zum entsprechenden programmatischen Ziel erhoben. Voraussetzung dafür ist allerdings die Ablehnung und Verweigerung der Frauenrolle, insbesondere der Mutterschaft, die in dieser Perspektive das zentrale Medium in die Unterwerfung der Frauen darstellt. Biologische und soziale Mutterschaft bildet für diese erste Generation der Feministinnen den Ausgangspunkt für eine abgeleitete Identität, für Entfremdung, für den Zwang des Daseins für andere. In diesen Arbeiten konfrontiert wird die Zuweisung in die weibliche Normalbiographie, die Frauen jenseits von Mutterschaft keine Existenzberechtigung und keine Eigenständigkeit zugesteht. Die ideologische Verknüpfung von "Frau gleich Mutter" wird von dieser Generation der Feministinnen als Kernstück weiblicher Kolonialisierung angesehen. Für FRIDAN, DE BEAUVOIR, FIRESTONE gibt es deshalb nur eine Konsequenz: der Weg zur weiblichen Identität führt über die Verneinung der Mutterschaft, aber auch aller damit zusammenhängender biologischer wie sozialer Funktionen. FIRESTONE spricht von der weiblichen Biologie als Barberei, DE BEAUVOIR davon, daß es gälte, biologische Funktionen wieder von sozialen Zuständigkeiten zu trennen. Weiblicher Kinderwunsch wird als Ausdruck eines falschen Bewußtseins behandelt.

Die erste Generation der Theoretikerinnen des Feminismus bezog sich auf Geschlecht vorwiegend negativ. Die Kategorie erschien 1. ideologisch und 2. den Frauen mit Gewalt aufgenötigt. Es galt, sich davon zu befreien und die Befreiung führte über die Verweigerung: der Heterosexualität, des Geschlechtsverkehrs, der Hausarbeit, der Mutterschaft etc. Als Utopie erscheint dagegen Androgynität, d.h. die Betonung von Eigenschaften und Verhaltenweisen, die beide Geschlechter

Die erste Generation der Theoretikerinnen des Feminismus bezog sich auf Geschlecht vorwiegend negativ. Die Kategorie erschien 1. ideologisch und 2. den Frauen mit Gewalt aufgenötigt. Es galt, sich davon zu befreien und die Befreiung führte über die Verweigerung: der Heterosexualität, des Geschlechtsverkehrs, der Hausarbeit, der Mutterschaft etc. Als Utopie erscheint dagegen Androgynität, d.h. die Betonung von Eigenschaften und Verhaltenweisen, die beide Geschlechter

Die erste Generation der Theoretikerinnen des Feminismus bezog sich auf Geschlecht vorwiegend negativ. Die Kategorie erschien 1. ideologisch und 2. den Frauen mit Gewalt aufgenötigt. Es galt, sich davon zu befreien und die Befreiung führte über die Verweigerung: der Heterosexualität, des Geschlechtsverkehrs, der Hausarbeit, der Mutterschaft etc. Als Utopie erscheint dagegen Androgynität, d.h. die Betonung von Eigenschaften und Verhaltenweisen, die beide Geschlechter

haben, die aber durch das Konstrukt der Geschlechterpolarität systematisch ignoriert würden.

## ♀ Wir fragen nicht, ob etwas reformistisch, radikal, revolutionär ist ... wir fragen, ist es gut für Frauen oder ist es schlecht für Frauen. Die Sexismusdebatte in der autonomen Frauenbewegung

Für die theoretische Auseinandersetzung der Frauenbewegung um die Bedeutung des Sexismus als konstitutives Element in der männlich bestimmten Gesellschaft muß dem Tatbestand Rechnung getragen werden, daß sich die feministische Bewegung in der Bundesrepublik aus der Studentenbewegung entwickelt hat. Sie ist von ihren Theoriebildungen und Aktionsformen beeinflusst. Entsprechend dominiert in den Milieus von 1968-1975 die Frage nach der Bedeutung von Ökonomie und Ideologie, von Haupt- und Nebenwidersprüchen.

Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus etc. werden, vor allem von der marxistischen Linken, genau wie die Frauenunterdrückung dem ideologischen gesellschaftlichen Überbau zugeordnet. Bezugnehmend auf die Denktraditionen der sozialistischen Frauenbewegung wird der Emanzipationskampf der sozialen Klassen in der Studentenbewegung, wie in Teilen der Frauenbewegung, vor den eigenständigen Kampf der Frauen um ihre Rechte gestellt.

Mit der Sexismusdebatte (SCHWARZER, JANSSEN-JURREIT, MILETT uvm.) scheidet sich die autonome Frauenbewegung deutlich von der Studentenbewegung und von den sie tragenden marxistischen Anschauungen. Die Teilung des Rechts, die Ästhetisierung von Gewalt (Pornographiedebatte), die Verleugnung weiblicher Produktivität (Hausarbeitsdebatte), die Enteignung des weiblichen Körpers mit den Mitteln des Rechts (eheliche Pflicht, Abtreibungsfrage, Verhütungsalloanzuständigkeit, Gynäkologie), der Sexualisierung (Medien, Kunst, vor allem auch Sexualisierung von

Kindern z.B. im Lolita-Komplex), der Infantilisierung (Sprache, Interaktion) bilden den Ausgangs- wie Schwerpunkt und das zentrale Erkenntnisinteresse. Männer unterdrücken Frauen um der Macht willen. Macht begründet die männliche Identität. Besitz, gesellschaftliches Ansehen etc. sind Symbole und Medien dieser Macht. Primäres Kriterium einer Teilhabe an der Macht ist die Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht, erst in zweiter Linie der Besitz von Privateigentum.

Als ideologische Konsequenz des Sexismustheorems und der Abtreibungsdebatte einerseits, angestoßen durch die Frauenhausbewegung in England andererseits, beginnt Mitte der 70er Jahre in der Bundesrepublik eine breite Kampagne zur Gewalt gegen Frauen. Gleichzeitig markiert diese Wende die Hinwendung der Frauenbewegung zum sozialpädagogischen Projekt.

Es ist das Anliegen der Frauenbewegung einerseits vor Gewalt in der Ehe zu schützen, andererseits den Skandal der Frauenmißhandlung zu veröffentlichen. Mit der Existenz der Zufluchten für mißhandelte Frauen soll die Gesellschaft gezwungen werden, ihre Verleugung gegenüber der Gewalt, vor allem im familialen Raum aufzugeben. Insofern richtet sich die feministische Kritik auf die Familie bzw. deren gesellschaftliche Deutung als Ort der Gewaltlosigkeit und Gegenstück zur Öffentlichkeit.

Der Auseinandersetzung um die Frauenmißhandlung folgt die Skandalisierung der Vergewaltigung, sowohl bezüglich der Disparitäten in der Rechtssprechung (Unterscheidung zwischen ehelicher und außerehelicher Form) als auch in der öffentlichen Deutung als Kavaliärsdelikt. Ähnlich wie bei der Frauenmißhandlung führt die Frauenbewegung die hohe Dunkelziffer sexueller Gewalt gegen Frauen (1:10 bis 1:20) auf die Bagatellisierung dieses Tatbestandes durch die Öffentlichkeit und vor allem die zuständigen Institutionen zurück. Diese verweigerten systematisch die Anerkennung der betroffenen Frauen als Opfer. Strafanzeige, Beweisaufnahme, Verfahren seien nicht nur durchsetzt von organisiertem, institutionellem Schlendrian, sondern stellten für die Opfer eine zweite Traumatisierung dar. Brüchigkeit kann ebenfalls in der Rechtssprechung nachgewiesen werden. Im Gegensatz zu anderen Straftaten führt ein Vertrauensverhältnis zwischen Opfer und Täter bei sexueller Gewalt zu Strafminderung.

Als weitere Schwerpunkte und Aktionen lassen sich die Skandalisierung des sexuellen Mißbrauchs von Kindern nennen, die Pornographiedebatte, die Debatte um die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und der Zusammenhang von Militarismus und Gewalt gegen Frauen. Die Logik der Anklage wiederholt sich. Behauptet wird die kollektive Bedrohung von allen Frauen, auch weiblichen Kindern, durch alle Männer.

Für den Differenzansatz sind diese Positionen insofern bedeutend bzw. müssen als Vorläuferinnen betrachtet werden, weil sie die Kategorie des Geschlechts als grundlegendes Theorem herausstreichen und damit die "Erfahrung der Geschlechtlichkeit" zum einheitlichen wie identitätsstiftenden Bezugspunkt feministischer Theoriebildung wie Politik erklären. Mit der Bezugnahme auf Geschlecht als wissenschaftliche wie politische Kategorie wird der vorwiegend negative Bezug der ersten Generation der Feministinnen abgelöst.

## ♀ Geschichte, Rationalismus- und Vernunftskritik

Identitätsverlust durch Verweiblichung - so lassen sich Erkenntnisse der ersten Generation von Feministinnen umschreiben, die in eine Aufforderung zur individuellen und kollektiven Spurensuche mündete. Auf verschiedene Weise hat diese Spurensuche in die Wiederentdeckung gemündet: die Wiederentdeckung und Neubuchstabierung der Hexenverfolgung, die Wiederentdeckung der bürgerlichen Frauenbewegung des letzten Jahrhunderts, die Reflexion der Frauenbeteiligung in Phasen gesellschaftlicher Umstürze etc. Insbesondere die breit geführte Diskussion um ein prähistorisches Matriarchat kann hier als Überleitung von feministisch-sozialistischen und feministisch-ökologischen bzw. modernitätskritischen Positionen begriffen werden.

Angeregt durch die Arbeiten von Engels und Bebel, die den Beginn der Frauenunterdrückung mit der Durchsetzung des Privateigentums verbinden und einen direkten Zusammenhang zwischen Monogamie, Frauenunterdrückung und privater Verfügung über Produktionsmittel konstatieren, wendete sich das feministische Interesse matriarchalischen Gesell-

schaften zu - auch wenn deren empirische Existenz nicht bewiesen wurde. Die Vorstellungen über mutterrechtliche Gesellschaften mit (möglichen) Merkmalen wie Gemeineigentum, Ackerbau, freie Liebe, volle Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper, die Projektion der Erde als gute Mutter, wie sie in den verschiedenen, teilweise populistischen Rezeptionen BACHOFENS entwickelt wurden, brachte bald radikalökologische und modernitätskritische Positionen hervor.

Die sozialistische Gesellschaft, deren empirische Erscheinungsformen auf die Mehrheit der Frauenbewegung eher ernüchternd wirkte, wurde unter dem Einfluß der Matriarchatsdiskussion auch als soziale Utopie interessant und einer entsprechenden radikal-ökologischen Kritik unterzogen. Insbesondere auf der marxistischen Position, daß erst die vollständige Durchdringung der Natur mit den Mitteln rationaler Erkenntnis, ihre vollständige "Entzauberung" die Voraussetzung für eine kommunistische Gesellschaft darstelle, begründeten viele Teile der Frauenbewegung ihre Abwendung von feministisch-sozialistischer Utopien. Heute läßt sich feststellen, daß der Diskurs um Matriarchat, Geschichte und Identität in der Frauenbewegung als Vorläufer einer sehr viel umfassenderen Kritik der Denkverhältnisse verstanden werden kann. Die Debatte ist in eine umfassende Kritik am Rationalismus, der Zivilisation und seinen/ihrer ökologischen, alltäglichen wie friedenspolitischen Folgen gemündet.

Kernstück dieser Denktradition, die organisatorisch in eine Dreiteilung der autonomen Frauenbewegung in einen politisch-radikalen, einen ökologisch-selbsthilfeorientierten und einen esoterischen Flügel geführt hat, ist nicht nur die Einsicht um die Bedrohung des Planeten durch Ausbeutung seiner natürlichen Ressourcen. Bedeutend ist vielmehr die Kritik an der Art der Erkenntnis selbst. Nicht das unzureichende, die Komplexität von ökologischen, sozialen u.a. Systemen nicht hinreichend berücksichtigende Denken wird der Kritik unterzogen, die feministische Kritik richtet sich auf den Prozeß des Erkennens selbst. Dieser schließe nicht nur die Zerstörung des Erkenntnisobjektes quasi automatisch mit ein, sondern legitimiere diese durch Verleugnungen, z.B. indem zwischen belebter und unbelebter Materie kein Unterschied behauptet würde. In der ökologischen Vergiftung und dem Anspruch auf Ausbeutung der Natur wiederhole

sich immer wieder der kulturelle Muttermord durch den modernen Mann. Richtungsweisend für die feministische Rationalismuskritik bzw. Kritik der Denkverhältnisse sind vor allem die Arbeiten feministischer Philosophinnen: LIST, SCHAEFFER-HEGEL, WARTMANN etc. In Literaturanalysen und Auswertungen besonders klassischer Philosophen und Fortschrittsdenker von BACON bis FICHTE gelingt der Nachweis, daß alle modernen gesellschaftlichen Entwürfe implizit von einem kollektiven Ausschuß der Frauen aus Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit ausgingen. Kultur, Recht und schließlich das Denken selbst findet ohne Frauen statt. Ihnen wird das Haus als alleiniger Ort von Existenz und Identität zugewiesen.

Durch den Siegeszug eines speziellen wissenschaftlich-technischen Denkens verändere sich nicht nur das Verhältnis des (männlichen) Menschen zur Natur, sondern auch die Projektionen über die Geschlechter. Aus ehemals teuflischen Weibern des Mittelalters, die auf dem Scheiterhaufen brennen müssen, wird das bürgerliche Naturwesen, das romantische, gefühlvolle, passive und verletzte Geschlecht. Die Frauen ereilt das gleiche Schicksal wie die Natur, die nach ihrer Entzauberung durch den modernen Mann auch nicht mehr als eigensinnig-sinnlich-stoffliches Prinzip erscheint, sondern zu manipulier- und ausbeutbarer Materie degeneriert. Mit der Entzauberung der Welt, der Abkehr von mystischen Weltbildern hat der Mann zugleich seinen Gott entthront und selbst dessen Platz als Herrscher eingenommen: über die Natur, über die Sklaven und nicht zuletzt über die Frauen. Er bearbeitet sie, er zivilisiert sie. Motor seiner Produktivität ist allemal eine kriegerische Technik bzw. ein kriegerisches Denken.

Für ein Verstehen des feministischen Diskurses erweist sich eine Situtierung im Kontext politischer Diskurse als hilfreich. So läßt sich feststellen, daß sich das feministische Denken immer wieder in Abgrenzung zu verschiedenen emanzipatorischen Diskursen konstituiert. Die Sexismusdebatte läßt sich ohne den (neo-)marxistischen Diskurs nicht denken, Rationalitäts- und Vernunftskritik nicht ohne den ökologischen Diskurs. Für das Thema Gewalt gegen Frauen sind sowohl der therapeutische als auch der strafrechtliche bzw. kriminologische Diskurs bedeutend. Daneben ist es erhellend, Diskurs und Bewegung immer wieder als verbundene, aber doch eigenständige Elemente, die

durch eigenen Binnenrationalitäten und Institutionen beeinflusst werden, zu denken.

## ♀ Entwicklungen in der autonomen Frauenbewegung

Der Versuch, die Bedeutung des Differenzansatzes für die autonome Frauenbewegung zu verstehen führt zunächst zu einem Markierungspunkt in ihrer Geschichte, einer Wende unter dem Einfluß verschiedener Faktoren, von denen die feministische Projektkultur als einschneidendste bewertet wird. Die Hinwendung der Frauenbewegung zum sozialpädagogischen Projekt ist zugleich ihre Stärke und Schwäche: ihre Stärke liegt in ihrer Bedeutung für eine Selbstvergewisserung feministischer Identität, ihre Schwäche in der Wiederholung typischer Weiblichkeitsdilemmata.

SCHENK (1981) hat die Geschichte der autonomen Frauenbewegung bis zu Beginn der 80er Jahre in drei Phasen unterteilt: die Phase der Aktionen, die der Selbsterfahrungsgruppen und schließlich die Hinwendung zu den feministisch-sozialpädagogischen Projekten. Ein bedeutsamer Maßstab für den ersten Wechsel liegt in der Erkenntnis und dem Slogan der Frauenbewegung "das Private ist politisch" begründet, mit dem die Frauenbewegung die systematische Ausgrenzung bestimmter Dimensionen menschlicher Existenz aus den Sphären von Öffentlichkeit und Politik kritisiert. Unter dem Einfluß dieser Erkenntnis wird die systematische Beschäftigung mit bis dahin tabuierten und marginalisierten Themen, wie Hausarbeit und Sexualität, möglich. Die Hinwendung zu den Projekten läßt sich in einer Hinsicht auch als praktische Kritik an dem herrschenden Deutungsmuster einer Dualität von Körper und Geist begreifen.

Es gilt indessen, daß beide Einsichten einen Bedeutungswandel erfahren haben (vgl. THÜRMER-ROHR 1991). Dieser ist vollzogen worden durch die Stillierung von persönlichen Erfahrungen wie von körperlichen Erlebnissen in den feministischen Projektkulturen und Milieus. Veröffentlichungen und Erfahrungsberichte aus den Projekten erwecken den Eindruck, als liege der Schlüssel zur Welt in der Kenntnis um den eigenen Körper und um seine Funktionen. Gegenüber ei-



Netzwerk Friedenskooperative

Rundbrief der Friedensbewegung

# Friedens Forum

**Nr. 1/93**  
Themenheft  
"Jugoslawien"

**Nr. 2/93**  
Schwerpunkt  
Medien

**Nr. 3/93**  
Schwerpunkt:  
Gewaltfreie  
Krisenintervention

**Nr. 4-5/93**  
Schwerpunkt:  
Flüchtlinge schützen  
Rassismus bekämpfen

**Nr. 6/93**  
Schwerpunkt:  
Ökologie

**Nr. 1/94**  
Schwerpunkt:  
Innere Sicherheit

44 Seiten, 3,- DM;  
Jahresabo: 6 Hefte 25,-  
DM; Förderabo: 50,- DM

Coupon bitte einsenden an:

Redaktion FriedensForum,  
Römerstr. 88, 53111 Bonn,  
Tel.: 0228/692904, Fax: 692906

Ich möchte von euch:

- ein Themenheft 4,- DM
- ein Jahresabo 25,- DM
- ein Förderabo 50,- DM
- ein Probeheft

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei der Red. Friedensforum wiederrufen kann und bestätige dies durch meine Unterschrift. Zur Friesenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unterschrift: \_\_\_\_\_

ner durchrationalisierten Welt gerät die Projektion des Körpers zu einer inselhaften Vorstellung. THÜRMER-ROHR hat der Frauenbewegung in diesem Zusammenhang Weltarmut und eine grandiose Fehldeutung ihrer Grundsätze und Einsichten vorgeworfen. Für sie sei das Ich zum exemplarischen Vertreter der gesamten Menschheit geworden. Hinter dem feministischen Interesse am Körper verberge sich weniger ein politisches oder Erkenntnisinteresse, denn eine feministisch-feminine Form des Narzißmus. Der Feminismus selbst würde von seinen Mitfrauen zunehmend wie eine Ware behandelt, aus dem bunten Korb des Angebotes würde das herausgenommen, was Lebensform und Lebenshilfe versprache. Auch KNAPP wirft der Frauenbewegung eine Positivierung des Weiblichen vor. Sie warnt vor einer "Ikonisierung" von Frauen durch die Stilisierung einer mehr gewünschten als wirklichen Andersartigkeit. "Geschlechtermetaphysik mit umgekehrtem Vorzeichen", "grandioses Mißverständnis", "Ikonisierung" - bedeutende Protagonistinnen des Feminismus sparen nicht mit Warnungen, wenn es um die Entwicklung der Frauenbewegung und um die Diskussion des Differenzansatzes geht. Zu befürchten steht eine kollektive, in institutionellen Strukturen festgegesse- ne Abwehr. Aus einem Dilemma - nämlich dem politischen Umgang mit der Kategorie des Geschlechts zwischen Zurnutung und Identität - ist eine Reaktionsbildung im Sinne einer vordergründigen Positivierung geworden. Genauso schwer wie die konzeptionelle und politische Verortung der Kategorie Geschlecht fällt die Grenzziehung zwischen Feminisierung oder Feminismus, zwischen Ideologiekritik und Ideologieproduktion.

## Orte der Utopie - Regeln und Wiederholungen im sozialpädagogisch-feministischen Projekt

1978 fragen feministische Autorinnen in Pro Familia Beratungsstellen (vgl. SCHMAUCH u.a. 1978) wie frauenbewegt die Sozialpädagogik und wie sozialpädagogisch die Frauenbewegung sei. Sie attestieren ihren Mitgliederinnen

Verhaftung im klassischen weiblichen Geschlechtscharakter: die Identifikation mit den Klientinnen als Opfern wie die Verleugnung von Macht sichert das eigene Gut-Sein. Das Böse und Zerstörerische wird an Männer delegiert - und die müssen konkret wie symbolisch draußen bleiben. In einer Annäherung an die Biographie Berta Pappenheims haben Sachße/Sachße-Tennstedt (1978) die sozialpädagogische Berufskultur als weibliche Abwehrform gegen Triebhaftigkeit und Sexualität, als Ausdruck weiblicher Triebangst begriffen. Verbunden mit den in HelferInnen- bzw. Fürsorglichkeitskulturen üblichen hohen Idealen und entsprechenden Schuldgefühlen, Identifikation mit Schwachen /Opfern entsteht ein Opfer/Retter/Verfolger-Dilemma. In der Klientin wird das von Männern geschändete und verfolgte Opfer gesucht, das gerettet werden muß. Windaus-Walser (1988) wirft in diesem Zusammenhang der den feministischen Projektkulturen am Beispiel des Umganges mit sexuellem Mißbrauch das Eingehen von Pseudobeziehungen sowie eine Halbierung und Vereinseitigung der Wahrnehmung vor. Um sich vor kränkenden Erfahrungen mit dem eigenen Geschlecht zu schützen, würde das Böse und Zerstörerische an die Männer delegiert.

## Organisationskulturen in feministischen Projekten

In den feministischen Projekten herrscht eine institutionenkritische und hierarchisch-abstinenten Haltung vor. Diese Anschauungen sind zugleich Vergewisserungen und sollen die Sicherheit bieten, daß sich das feministische Projekt von traditionellen Projekten unterscheidet. Sie sind entsprechend identitätsstiftend, prallen aber notwendigerweise mit den betrieblichen Zwängen und organisatorischen Abläufen aufeinander. Die Projektidentität stellt vielfach die Utopie der "Einheit von arbeiten, leben und lieben" in den Mittelpunkt. Es herrscht eine hohe "Mitfrauenorientierung" vor, im Gegensatz zu der in traditionellen Organisationen üblichen Sachorientierung. Insofern repräsentieren die Projekte einen traditionellen fürsorglichen Organisationstypus, im Gegensatz zu aufgabenorientierten Organisationstypen.

Weiterhin teilen feministische Projekte mit anderen alternativen Projekten die dauerhafte ökonomische Notsituation und sind somit, wie entsprechende Privatpersonen auch, abhängig von sozialstaatlichen Leistungen - vor allem der Zuweisung und Anerkennung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Im Binnenraum der Projekte herrscht, aufgrund der ökonomischen Zwänge, wie wegen der ideologischen Vorbehalte gegenüber funktionalem und zweckrationalem Handeln, eine geringe Spezialisierung. Die fachlichen Maßstäbe sind meist personell unterrepräsentiert, es gilt das Prinzip des ideellen Teams. (vgl.: Leuschner 1988). Die geringe Spezialisierung und Arbeitsteilung, das Fehlen von Rollen und Institutionalisierungen, also das Fehlen von Instinktprothesen (Gehlen) schafft wiederum Raum für Regressionen, in deren Folge das Dilemma der "schrecklichen Nähe" steht.

## Gleichheit oder Differenz - wohin geht die Frauenbewegung?

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, daß verschiedene Diskurse, aber auch die Etablierung von spezifischen Kulturen, die die Frauenbewegung seit ihrem Aufbruch zu Beginn der 70er Jahre in der Bundesrepublik bestimmt haben, unterschiedliche Zuleitungen für den derzeit diskutierten Ansatz der Differenz darstellen. Zunehmend marginal erscheinen heute Fragen der theoretischen Anbindung des Feminismus an andere gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen bzw. Diskurse. Durchgesetzt hat sich, insbesondere in den feministischen Projekten die Sichtweise, "daß es gleichgültig ist, ob etwas reformerisch ist oder nicht, Hauptsache es ist gut für Frauen". Dieser Leitsatz, von den radikalen Frauen in den 70er Jahren in New York geprägt, mit dem Ziel die Eigenständigkeit sexistischer Unterdrückung und damit feministischer Strategie zu unterstreichen, ist zunehmend exkontextualisiert worden. Mit der Durchsetzung dieses Prinzips hat die Frauenbewegung ein selbstreflektierendes Element verloren, ein Tatbestand, der in unmittelbarem Zusammenhang mit der sich herausbildenden "Kultur der Differenz" steht. Der Differenzbegriff entfaltet in der, strategischen und politischen

Bedingungen unterliegenden Frauenbewegung eine andere Wirkung als auf der Ebene der Frauenforschung - im Sinne der Generalisierung, der Popularisierung und als Gefahr der Trivialisierung. Die theoretische Substanz des so breit diskutierten und gerade von den Peripherien der Frauenbewegung empathisch aufgenommenen Differenzansatzes läßt sich auf zwei Säulen reduzieren: dem Begriff des "weiblichen Arbeitsvermögens" und dem Theorem der "weiblichen Moral. Beide Ansätze sind überzeugend kritisiert worden (vgl. KNAPP 1988, NUNNER-WINKLER 1989). Die entworfene Andersartigkeit von Frauen verflüchtigt sich empirisch, die Theorien halten sich jedoch hartnäckig - vielleicht auch deshalb, weil sie eingängig sind und in das herrschende ideologische Konstrukt der Geschlechterpolarität und das symbolische System der Zweigeschlechtlichkeit gut einfügbar. Die eingangs erwähnten politischen Programme und Debatten - von der Koedukationsdiskussion bis zur Mütterpolitik - stehen in der Gefahr, einer Trivialisierung der Frauenfrage Vorschub zu leisten. Feminismus ist eben mehr als nur "was gut ist für Frauen".

## Literaturliste

- CHODOROW, N.: Das Erbe der Mütter
- DAILY, M.: Gyn-Ökologie. München 1980
- DE BEAUVOIR, S.: Das andere Geschlecht. Reinbek bei Hamburg 1968
- FIRESTONE, S.: Frauenbefreiung und sexuelle Revolution, Frankfurt a.M. 1970
- FRIDAN, B.: Der Weiblichkeitswahn. München 1968
- GILLIGAN, C.: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München 1984
- IRIGARAY, L.: Speculum - Spiegel des anderen Geschlechts. Frankfurt a.M. 1980
- KNAPP, G.-A.: Die vergessene Differenz. In: Feministische Studien. Weinheim H. 1/1988
- LIST, E.: Patriarchen und Pioniere. Helden im Wissenschaftsspiel. In: SCHAEFFER-HEGEL, B./WARTMANN, B. (Hg.): Mythos Frau. Berlin 1984, S. 14-35
- MILLET, K.: Sexus und Herrschaft. München 1974
- SCHAEFFER-HEGEL, B.: Feministische Wissenschaftskritik: Angriffe auf das Selbstverständliche in den Geisteswissenschaften. In: SCHAEFFER-HEGEL, B./WARTMANN, B. (Hg.): Mythos Frau. Berlin 1984, S. 36-60
- SCHENK, H.: Die feministische Herausforderung. München 1981
- SCHWARZER, A.: Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Reinbek 1975
- THÜRMER-ROHR, C.: Befreiung im Singular. In: STREIT, Feministische Rechtszeitschrift. Jg. 8 (1990) H. 2, S. 51-58
- WINDAUS-WALSER, K.: Die Fahrte Mann. In: Pro Familia Magazin. Schwerpunktthema: Beraten Frauen anders? Braunschweig 1988/ H. 3, S. 18-20

## Neuerscheinungen

Enzo Traverso  
**Die Marxisten und die jüdische Frage**  
Geschichte einer Debatte (1843-1943)  
Mit einem Vorwort von Pierre Vidal-Naquet  
ISBN 3-929455-08-0, ca. 400 S., DM 48,-

Wladislaw Hedeler/Ruth Stoljarowa  
**Nikolai Bucharin**  
Leben und Werk  
ISBN 3-929455-04-8, 160 S., DM 24,-

Th. Bergmann/M. Keßler (Hg.)  
**Ketzer im Kommunismus - Alternativen zum Stalinismus**  
ISBN 3-929455-10-2, ca. 400 S., DM 48,-

Alexander Watlin  
**Die Komintern 1919 - 1929**  
Mit einem Vorwort von Friedrich I. Firsov  
ISBN 3-929455-07-2, 192 S., DM 34,-

Harald Jentsch  
**Die politische Theorie August Thalheimers 1919 - 1923**  
ISBN 3-929455-05-6, 120 S., DM 22,-

Jens Becker/Theodor Bergmann/  
Alexander Watlin (Hg.)  
**Das erste Tribunal**  
Das Moskauer Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek  
ISBN 3-929455-09-9, 192 S., DM 29,80

Theodor Bergmann/Wolfgang Haible  
**Die Geschwister Thalheimer**  
Skizzen ihrer Leben und Politik  
ISBN 3-929455-12-9, 96 S., DM 9,80

Wolfgang Haible  
**Schwierigkeiten mit der Massenkultur**  
Zur kulturtheoretischen Diskussion der massenmedialen Unterhaltung in der DDR  
ISBN 3-929455-06-4, 192 S., DM 34,-

Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

**Decaton Verlag**  
Postfach 2161 55011 Mainz  
Tel.: (06131) 237946 Fax: 675989

# Alte Hüte oder neue Anstöße?

Zum neuen Programm der PDS

von Horst Dietzel\*

Der 3. Parteitag der PDS verabschiedete Ende Januar 1993 ein neues Parteiprogramm. Es löst das seit Februar 1990 gültige Grundsatzprogramm, das noch auf einen demokratischen Sozialismus in der DDR orientierte, ab.

Das eigentlich Erstaunliche war die Tatsache, daß über 90 Prozent der Delegierten des PDS-Parteitages für das neue Programm stimmten. Erstaunlich, weil dieser Abstimmung eine oftmals sehr kontroverse geführte Debatte vorausging. Es gab verschiedene Entwürfe der Grundsatzkommission und diverse Gegenentwürfe. Ob die PDS es schafft, ein neues Programm zu verabschieden, wurde letztlich eine Frage danach, ob die PDS überhaupt zu einer programmatischen Identität findet.

Die PDS-Programmdiskussion war immer begleitet von der Identitätssuche dieser Partei, ihren Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Parteiflügeln. Im Unterschied zu den politischen Kontroversen waren hier die Opponenten relativ klar: Auf der einen Seite (die sicher nicht einheitlichen) radikalreformistischen Kräfte, auf der anderen Seite die Kommunistische Plattform. "Dazwischen" stand eine weitgehend verunsicherte Parteibasis - in nicht geringem Umfang den Denkschemata der Bezirksparteischulen verhaftet - aber deutlich spürend, daß Neuerungen nötig sind. Nicht zu vergessen, daß die "raue kapitalistische Wirklichkeit" nicht nur DDR-Nostalgie, sondern auch bestimmte Denkmuster über den Kapitalismus aktiviert.

Angesichts dieser Konstellation wurde der Parteibasis mit dem im Entwurf der PDS-Grundsatzkommission vom Sommer 1992 enthaltenen Thesen von der "Moderne", vom "modernen Kapitalismus", von "Transformation" und der weitgehenden Rücknahme des sozialistischen Ziels zuviel zugemutet. Ein Gegenentwurf der Kommunistischen Plattform mit traditionellen "marxistisch-leninistischen" Postulaten (führende Rolle der Arbeiterklasse, das alte Sozialismusmodell, kein neues Parteiverständnis) fiel

auch nur beschränkt auf fruchtbaren Boden. Die Kräfteverhältnisse neigten sich schließlich in Richtung "Mehrheitsentwurf", der aber gestrafft und lesbarer gestaltet werden sollte.

Das Ergebnis war ein Programm, das sich deutlich von einem stalinistischen Parteiverständnis abgrenzt und auf traditionelle kommunistische Glaubensbekenntnisse verzichtet. Die wenigen Gegenstimmen stammten vorwiegend von VertreterInnen der Kommunistischen Plattform. Der verabschiedete Programmtext bietet der PDS zumindest die Möglichkeit, sich zu einer modernen sozialistischen Partei zu entwickeln.

## Ausweg aus der bisherigen Entwicklungslogik finden

"Die Menschheit muß bei Strafe ihres Untergangs in historisch kurzer Zeit einen Ausweg aus ihrer bisherigen Entwicklungslogik finden". So eine (sicher nicht sehr neue) Feststellung in der Präambel. Eher bescheiden formuliert die PDS den Platz der "humanistischen und demokratischen Traditionen der sozialistischen Idee" in diesem Kontext. Auf sie dürfe - zusammen mit der Erneuerung sozialistischer Politik - "bei der Suche nach einer menschlichen Lebensperspektive nicht verzichtet werden". Dies scheint angesichts der gegenwärtigen und mittelfristigen Perspektive auch eine realistische und angemessene Zielstellung für Sozialisten zu sein. Der schmale Grad, auf dem sich hier die PDS bewegt, wurde wie folgt charakterisiert: "Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, befragen wir kritisch im Bewußtsein unserer eigenen Verantwortung für die Entstellung der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition. Gleichzeitig widersetzen wir uns der erinnerungslosen und resignativen Kapitulation vor den selbsternannten Siegern der Geschichte." Das erste Kapitel "Die gegenwärtige Welt" war im Unterschied zu anderen Kapiteln relativ unstrittig. Konstatiert wird, daß mit dem Ende des

"sozialistischen Weltsystems" keineswegs eine weltpolitische Stabilität entstanden sei. "Die Dominanz des Profitprinzips, die soziale Ungerechtigkeit, die Einschränkung von Menschenrechten und Lebenschancen sowie die Ausgrenzung von Betroffenen aus der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse stehen einer Lösung der Menschheitsprobleme entgegen."

Sicher unterscheidet sich die PDS bei der Beschreibung globaler Probleme nicht wesentlich von anderen Kräften. Sie betont jedoch im Unterschied zu anderen, daß die Hauptursache für diese Probleme in der "kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie in der Herrschaft des Patriarchats" besteht. Deshalb schlußfolgert sie auch: "Diese Gesellschaftsstruktur zu überwinden, dabei ihre entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften zu bewahren und auszubauen - das ist die wichtigste Herausforderung der Gegenwart."

Diese Prämisse für die weiteren programmatischen Überlegungen wurde bisher in der Presse als Indiz für "altes Klassenkampfokabular" und Kompromiß an einen großen Teil der Mitgliedschaft gewertet. Bei genauerem Hinsehen ist es weder das eine noch das andere. Es ist die Grundlage für die Erkenntnis, daß der Schlüssel für die Lösung der globalen Probleme nicht irgendwo, sondern in den entwickelten kapitalistischen Ländern liegt. Und wenn betont wird, daß die entwicklungsoffenen Potenzen und zivilisatorischen Errungenschaften bewahrt und ausgebaut werden müssen, dann ist dies gerade eine Absage an marxistisch-leninistische Schemata. (Dieser Halbsatz spielte in der Diskussion auch eine wichtige Rolle). Gestritten wurde auf dem Parteitag um den Stellenwert des Patriarchats: Ist es selbst ein globales Problem oder ist es eine Ursache für die globalen Probleme? Hier entschieden sich die Delegierten für letzteres.

Bei der Sicht auf die gegenwärtig agierenden sozialen Kräfte war es schwierig, einen Konsens zu finden; noch schwieriger aber war es, in knapper programmatischer Form die neuen Entwicklungen

so zu formulieren, daß sie für eine Mitgliedschaft nachvollziehbar sind, die die westliche marxistisch orientierte Diskussion nicht reflektiert hat. Es gibt keine Formulierungen über eine vorgebliche "führende Rolle der Arbeiterklasse". Zwar werden "widerspruchsvolle Individualisierungsprozesse" erwähnt, ohne sie aber in ihrer Konsequenz auszuführen. Einerseits heißt es: "Es gibt vielfältige Motive, sich für gesellschaftliche Veränderungen zu engagieren"; andererseits wird geschrieben: "Die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft sich wieder." Beide Feststellungen haben sicher in der Wirklichkeit ihre Entsprechung, inhaltlich vermittelt werden sie allerdings nicht.

## Das Scheitern des sozialistischen Versuchs

Besonders interessant ist zweifellos das Kapitel mit der Überschrift "Das Scheitern des sozialistischen Versuchs". Hier stand die PDS unter einem doppelten Druck: Sie mußte der politischen Glaubwürdigkeit wegen kritisch mit der DDR-Geschichte umgehen, gleichzeitig aber auch ihren Mitgliedern sagen, daß nicht alles, was sie getan haben, "schädlich, falsch und umsonst" war. Dies zu vermitteln scheint den noch vielen in der PDS befindlichen DDR-Historikern auch gelungen zu sein. Gleich zu Beginn betonen sie deshalb auch, daß es keiner Entschuldigung bedürfe, nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland eingetreten zu sein.

Nachdem alle äußeren Unwägbarkeiten für die DDR-Entwicklung und ihre relativen Erfolge breit aufgezählt werden, erfolgt danach eine ebenso lange Aufzählung aller Negativa. Sie münden in der Feststellung, daß eine demokratisch sozialistische Gesellschaft "nur auf den gemeinsamen Anstrengungen unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte basieren" kann, "oder sie muß untergehen". "Sie braucht die Austragung der realen Widersprüche, Kompromiß und Konsens, Toleranz und demokratische Offenheit in einem pluralistischen Prozeß politischer Willensbildung. Wir brauchen neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus."

Ein Satz erhitzte die Gemüter immer wieder: "Der Sozialismus in Osteuropa und in der DDR war nicht von vornherein zu Scheitern verurteilt." Für die einen war dies unverzichtbar (ihrer eigenen Lebens-

geschichte willen), den anderen ein nicht bewiesenes ideologisches Bekenntnis. Der Programmtext spricht nicht unbedingt für diesen Satz, aber Programme widerspiegeln auch Befindlichkeiten, hier besonders.

## Sozialistische Erneuerung

Stark umstritten war im Vorfeld des Parteitages das Kapitel "Sozialistische Erneuerung", in dem die neuen Ansätze für sozialistische Politik formuliert werden sollten. Hier standen sich die (zunächst sehr kompliziert beschriebene) "Transformationsstrategie" der Grundsatzkommission und das traditionell kommunistische Herangehen der Kommunistischen Plattform gegenüber. Nunmehr wurde ein Kompromiß erzielt, der aber eine klare Absage an die stalinistische geprägte "marxistisch-leninistische Lehre" enthält. Zwar wurde der Forderung der Parteibasis entsprochen, den Sozialismus klar als Ziel zu formulieren, aber auf eine genauere Beschreibung verzichtet. Sozialismus wird als Ziel ("eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist"), als Bewegung und als Wertesystem gekennzeichnet.

Wichtiger scheint die Feststellung zu sein: "Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens. Notwendig sind die radikale Ökologisierung der Gesellschaft und ein neuer Typ des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Fortschritts."

Für die PDS von besonderer Wichtigkeit scheint die Feststellung zu sein: "Die konkreten Ziele der sozialistischen Bewegung ergeben sich aus den realen Widersprüchen und Konflikten und aus den herangereiften Entwicklungspotentialen, nicht aber aus einem abstrakten Geschichtsfahrplan. Angesichts der drängenden Nöte kämpfen wir um alternative Entwicklungswege. Sie werden das Resultat politischer Auseinandersetzungen sein, die bereits heute geführt werden."

In der Eigentumsfrage, einstmals als die "Grundfrage der Arbeiterbewegung" bezeichnet, prallten die Auffassungen besonders aufeinander. Bekannte sich die PDS in ihrem "alten" Programm mehr vordergründig zur "Marktwirtschaft" und zur Vielfalt der Eigentumsformen schlechthin, so ist jetzt der Dissens direkt formuliert. "Unterschiedliche Auffas-

Z.

ZEITSCHRIFT  
MARXISTISCHE  
ERNEUERUNG

4. Jahrgang, Nr. 15,  
September 1993, 236 Seiten

Preis:  
Gewerkschaften 60 Jahre danach:  
Vorwärts und vergessen!

Schwerpunkt:  
Macht und Herrschaft im  
Metropolenkapitalismus  
heute

Machtstrukturen:  
Hayasaka - Japan/Seppmann -  
Krisenregulation/Helms - Ge-  
beutelte Stadt

Neue "Weltordnung":  
Ruf - Entsouveränisierung/  
Berndt - Militarisierung der  
Außenpolitik

Macht und Recht:  
Klenner - Menschenrechte und  
Grundrechte/Joseph - Macht und  
Rechtsstaat. Kritik an Habermas/  
Dammann - Berufsverbote

Theoretische Lesarten:  
Böke - Foucault und die Politik/  
Collmer - Marx und Adorno mit  
Lacan lesen

Alternative:  
Herzog - Demokratisierung ver-  
sus Modernisierung der Barbarei!

Ferner Beiträge von F.O. Wolf,  
Reusch, Stellmach, Grieger, Peter,  
Kotzias, Bieling, Siebert, Krause,  
Jung, Boris, Dörge-Weidemann,  
Röber, Fülberth u.a.

Besprechungen neuer Bücher: Ha-  
bermas, Kalt, Kennedy, Grebing/  
Meyer, Balzer, Leif/Legrand/Klein,  
Hetscher, von Beyme, Sandkühler,  
Wehner, WZHUB/Wagner, Kuczynski u.a.

Einzelpreis: 15,- DM (zzgl. Ver-  
sand); im Abo: 45,- DM (4 Hefte  
pro Jahr inkl. Versand)

Bezug: über den Buchhandel  
(ISSN 0940-0648) oder direkt:  
Z-Vertrieb, Kölner Str. 66  
60327 Frankfurt/Main  
Tel. 069/739 29 34

\* Horst Dietzel, Mitglied der Redaktionsgruppe  
des neuen PDS-Programms, Berlin

sungen", so heißt es, "bestehen hinsichtlich der Frage, ob reale Vergesellschaftung von Eigentum primär durch die Vergesellschaftung der Verfügung über das Eigentum erreichbar ist oder ob der Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesellschaftliches Eigentum, die bestimmende Rolle zukommen muß." Die Befürworter des "Gemeineigentums" verwechseln hier zwar Inhalt und Form des Eigentums, trennen nach wie vor Eigentum und Verfügung und sagen nicht, ob sie zu einer weitgehenden Verteilungswirtschaft statt Warenproduktion zurückwollen, dennoch: Diese Frage wird offenbar in der PDS im Unterschied zu anderen Problemen von vielen Mitgliedern "traditionell" beantwortet, ohne zu sagen, wie eine sozialistische Wirtschaft anders und besser als in der DDR funktionieren soll.

### Alternative Entwicklungswege

In 10 Punkten formulieren die AutorenInnen die programmatischen Ziele und Forderungen auf den verschiedenen Politikfeldern. Sie brechen bewußt mit der kommunistischen Programm- und Politik-

tradition seit Lenin, das Individuum gering zu schätzen. Die Entfaltung des Individuums und die konsequente Demokratisierung der Gesellschaft stehen im Vordergrund. Dabei wird die aktuelle Situation unter anderen durch gesonderte Programmpunkte "Den Rechtsruck aufhalten" und "Den Kalten Krieg in Deutschland beenden" eingefangen. Letzterer Punkt enthält zwei strategische Richtungen: Zum einen grenzt sich die PDS von der Position etablierter Parteien ab, eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten an den Westen anzustreben. Stattdessen wird u.a. formuliert: "Wir kämpfen für einen Entwicklungsweg der Bundesrepublik, der das Positive der ehemaligen BRD wie der DDR aufnimmt und sich den globalen Herausforderungen stellt." Zum zweiten will sich die PDS in besonderem Maße dafür einsetzen, die Lebenssituation vieler Menschen in Ostdeutschland zu verbessern und juristischen wie sozialen Ausgrenzungen entgegenzuwirken. Vor allem wendet sich die PDS dagegen, daß durch "Umschreiben der Nachkriegsgeschichte den ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern die Identität und damit die Voraussetzung für eine selbst-

bewußte Vertretung ihrer Interessen genommen wird". Ohne hier im einzelnen darauf eingehen zu können, sind in diesem Programmteil viele Positionen festgeschrieben, die die PDS in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit eingenommen hat: konsequenter Antirassismus und Antifaschismus, für "offene Grenzen von Menschen in Not", ersatzlose Streichung des Paragraphen 218, Verbot des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb der Grenzen der BRD und bei inneren Konflikten, Abschaffung der Wehrpflicht, Westeuropa darf keine Festung werden (gegen Maastricht), Umgestaltung des gesamten Systems der gesellschaftlichen Arbeit, soziale Grundsicherung und einheitliches Versicherungssystem mit gleichen Rechten und Pflichten für alle, gegen die Unterordnung des geistigen und kulturellen Lebens unter die Zwänge der Kapitalverwertung u.a. Die Überschrift des ersten Punktes im Hauptkapitel "alternative Entwicklungswege" lautet: "Die Gesellschaft demokratisieren". Obwohl es sich dabei eigentlich um eine "typisch sozialdemokratische" Formulierung handelt, finden sich hier darüber hinausgehende Positio-

nen und Forderungen. So wird der Bürgerbeteiligung, Selbstverwaltung und öffentlichen Kontrolle, der Stärkung von Gegenöffentlichkeiten, der "Beteiligung der gesellschaftlichen Bewegungen und Gewerkschaften an der öffentlichen Meinungsbildung" ein wesentlich höherer Stellenwert eingeräumt als in der SPD-Programmatik. Darüberhinaus wird die Abschaffung der Geheimdienste sowie die Beseitigung aller Sperrklauseln gefordert. Unter der Überschrift "Den Rechtsruck aufhalten" wird nicht schlechthin der Kampf gegen den Rechtsradikalismus beschworen. Vielmehr wird von der Prämisse ausgegangen, daß eine offene und tolerante Gesellschaft notwendig ist, "die allen hier lebenden und arbeitenden Menschen gleiche materielle und soziale Bedingungen und gleiche demokratische Grundrechte einräumt". Zusammen mit den konkreten Forderungen nach "offenen Grenzen für Menschen in Not", der Abschaffung des völkischen Artikels 116 des Grundgesetzes und nach einem republikanischen Staatsbürgerschaftsrecht sowie für umfassende Rechte von Minderheiten u.a. versucht die PDS gerade auf diesem Gebiet grundsätzliche Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen. Darüberhinaus vertritt sie Positionen, die von anderen verlassen wurden.

### Ein neues Parteiverständnis

Besonders deutlich fiel die Absage an ein altes, dogmatisches Parteiverständnis aus. Die PDS setzt darauf, daß die Betroffenen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und sich "selbstbewußt in die notwendige Auseinandersetzung einbringen". Eine moderne sozialistische Partei wird nicht als Avantgarde begriffen, sondern sie wird lediglich in einem "Ensemble gesellschaftlicher Kräfte" als notwendig erachtet. Die PDS-Mitglieder werden aufgerufen, sich in den verschiedensten Bewegungen und Organisationen sowie Gewerkschaften zu engagieren. (Aus dem gesamten Kontext geht hervor, daß es sich hier um keinerlei trotzkistische Unterwanderungsversuche handelt, sondern einfach um mehr gesellschaftliche Aktivität von Mitgliedern). Die PDS versteht sich als ein "Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden." Über den Pluralismus in der

PDS haben die ProgrammautorInnen folgende Formulierung gefunden. "In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden." Dies ist eine Beschreibung des gegenwärtigen Zustands der PDS. Ob sich diese Koexistenz aufrechterhalten läßt, wird die Zukunft zeigen. Das Problem liegt darin, daß fundamentalistische Kräfte eigentlich Pluralismus nur so lange dulden wie sie selbst in der Minderheit sind. Die PDS verzichtet in ihrem Parteiverständnis auch darauf, bestimmte soziale Schichten in ihren Reihen zu präferieren. Es heißt dazu schlicht, daß sie "Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen (will), die den Willen haben, zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen". Auf dem Parteitag selbst wurde noch eine Passage, die eine gewisse Rangfolge sozialer Schichten vorsah, klar abgelehnt. Auch bei der Einordnung in historische und politische Zusammenhänge hält sich die PDS zurück. Sie sieht sich "dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet". Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß auch diese Passage Gegenstand von Diskussionen war. Das betrifft allein schon die Tatsache, daß auf weitere Namen (über Marx und Engels hinaus) verzichtet wurde.

Auch bei der Einordnung in historische und politische Zusammenhänge hält sich die PDS zurück. Sie sieht sich "dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet". Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß auch diese Passage Gegenstand von Diskussionen war. Das betrifft allein schon die Tatsache, daß auf weitere Namen (über Marx und Engels hinaus) verzichtet wurde.

### Ein sozialdemokratisches Programm?

Handelt es sich bei der neuen PDS-Programmatik um ein sozialdemokratisches Programm? Hier sind die Sichtweisen recht verschieden. Andre Brie betonte bei der Begründung des Programmwerfs auf dem Parteitag ausdrücklich: Wer behauptet, das PDS-Programm sei mit dem der SPD verwechselbar, kenne nicht die Programmatik der SPD. Dennoch gab es wütende Angriffe auf das Programm mit Begriffen wie "Verrat", "Sozialdemokratismus", "Opportunismus" usw. Von sozialdemokratischer Seite wurde oftmals konstatiert, daß es sich dem Wesen nach

um ein sozialdemokratisches Programm handle. Wie auch immer der Standort, die traditionelle Einteilung in "sozialdemokratische oder kommunistische" Programmatik scheint nicht mehr angebracht. Mit dem historischen Scheitern der stalinistisch überformten kommunistischen Bewegung und des "Marxismus-Leninismus" ist ein neues Herangehen an die Beurteilung von Parteiprogrammen (und natürlich von Politik) erforderlich. Es sollte stärker nach den konkreten Ausgangspunkten (Beurteilung der gegenwärtigen Welt), den strategischen Entwicklungslinien und politischen Positionen gefragt werden. Hier sollten sich Parteien unterscheiden. Und in dieser Beziehung finden sich auch Unterschiede zur SPD-Programmatik. Unterschiede werden natürlich nicht nur durch ein paar radikalere antikapitalistische Formulierungen deutlich. M.E. gibt es zumindest drei zentrale Unterschiede: Zum einen formuliert die PDS einen konsequenteren weltpolitisch-zivilisatorischen Ansatz. Grundlegende Veränderungen müssen von den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft ausgehen, weil in der hier vorherrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise das Grundproblem liegt... Zum zweiten werden radikalere Positionen auf verschiedenen Politikfeldern im Kontext mit den globalen Problemen und der Ost-West-Problematik in Deutschland formuliert. Drittens geht es um ein anderes Parteiverständnis: Nicht stellvertretend für die Menschen Politik zu machen ist die Devise, sondern mit ihnen zusammen... Der außerparlamentarische Kampf wird als entscheidend für gesellschaftliche Veränderungen betrachtet. Nicht für "Bürgerdialog" schlechthin setzt sich die PDS ein, sondern dafür, daß die Bewegungen Betroffener zu wirksamen Gegenmächten gegen Kapital, Markt und Staat werden. Wo liegt die Hauptbotschaft im PDS-Programm: Endgültiger Bruch mit stalinistisch gefärbten Programmaussagen? Ja. Zugleich: Wichtige Ansätze für eine moderne sozialistische Programmatik, stärkere inhaltliche Profilierung gegenüber der SPD. Es ist ja mittlerweile so, daß die offizielle SPD selbst das Feld des "Demokratischen Sozialismus" geräumt hat. Ob es die PDS ausfüllen kann, ist abzuwarten. Entscheidend bleibt die Politik und bei der PDS im besonderen die Politikfähigkeit. Über die Relativität von Programmen sind sich alle einig, auch in der PDS.

Jean-Francois Couvrat/ Nicolas Pless  
**Das verborgene Gesicht der Weltwirtschaft**  
Das internationale Geschäft mit Drogen, Waffen und Geld  
1993 - 280 S. - DM 48,00 - ISBN 3-924550-78-6  
Innerhalb von zwanzig Jahren sind 1.000 Milliarden Dollar - eine Summe, die der Verschuldung der "Dritten Welt" entspricht - bei internationalen Transaktionen überwiesen worden, ohne daß irgendein Land sie in seiner Handels- oder Zahlungsbilanz ausgewiesen hat. Ein richtiges Niemandsland entwickelt sich zwischen den Staaten. Dort zirkulieren Schiffe unter Billigflaggen, Drogen und Waffen. Steuerparadiese ziehen Gelder aus Kapitalflucht und Schmiergeldern an, erleichtern Börsenmanipulationen, Steuerhinterziehung und Steuerflucht...

Ivan Glaser/ Ernst Köhler  
**Für das kleinere Ganze**  
Zu einem anderen Verständnis vom Ende Jugoslawiens  
(einsprüche Bd.2)  
1993 - 148 S. - DM 25,00 - ISBN 3-924550-80-8  
Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien prägt in seiner gesamten Brisanz wie kaum ein anderer Sachverhalt die Diskussion auch in der Bundesrepublik. Mit ihrem "Einspruch" heben sich Ivan Glaser und Ernst Köhler von der Vielzahl der in der Regel nur tagespolitischen Beiträge dadurch ab, daß sie sich mit fundierter Sachkenntnis, die Ursachen der Konflikte darlegen.

Holm-Detlev Köhler/ Manfred Wannöfel (Hrsg.)  
**Gewerkschaften und Neoliberalismus in Lateinamerika**  
1993 - 160 S. - DM 34,00 - ISBN 3-924550-74-3  
Der Siegeszug des Neoliberalismus - nicht nur in Lateinamerika ist seit geraumer Zeit unübersehbar. Ausgewiesene Spezialisten aus Lateinamerika gehen diesem Sachverhalt für die Gewerkschaften in Länderstudien zu Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, El Salvador, Honduras und Venezuela nach.

### PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

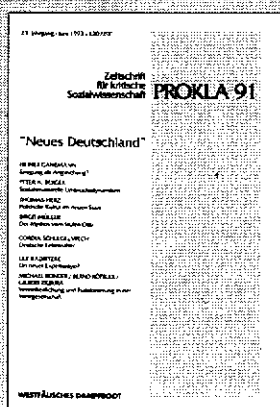
Die PROKLA ist eine der wichtigsten theoretischen Zeitschriften der parteiunabhängigen Linken, deren Beiträge noch nach Jahren lesenswert sind. Keine Tageskommentare, kein Organ einer Partei, kein journalistisches Feuilleton; eher eine Anregung zum gründlichen Nachdenken über den eigenen Tellerrand hinaus.

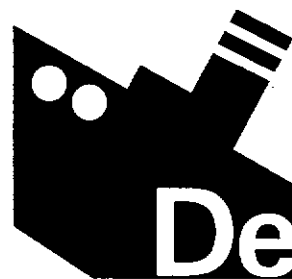
Die PROKLA erscheint viermal im Jahr und kostet im Abo jährlich 58,- DM (plus Porto). Das Einzelheft kostet 18,- DM. Unverbindliches Probeheft 9,- DM.

### PROKLA 91 "Neues Deutschland"

Mit Beiträgen von:  
Heiner Ganßmann: Einigung als Angleichung?  
Thomas Herz: Politische Kultur im neuen Staat  
Birgit Müller: Der Mythos vom faulen Ossi

Abo-Bestellformulare und Gesamtverzeichnisse beim Verlag:  
**WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**  
Dorotheenstr. 26a 48145 Münster Tel. 02 51 / 6 08 60 80





# Der Name des Schiffes

Anmerkungen zum politischen Selbstverständnis der "MarxistInnen in der SPD"

von Oliver Brosch-Guesnet\*  
 "Time Bandits", der vielleicht schönste Kinderfilm für Erwachsene, der je gedreht wurde, handelt von einer sechsköpfigen Zwergentruppe, die dem obersten Wesen einen Lageplan aller Fehlkonstruktionen in seiner Schöpfung - den Löchern im Raum-Zeit-Kontinuum - entwendet hat und mit diesem Expertenwissen fortan Karriere als internationale Verbrecher machen will. Eine Szene des Films spielt auf der "Titanic", einem "besonders abgeschmacktem Zeitloch", deren Untergang die Filmhelden nur deshalb mit Gelassenheit entgegensehen, weil sie fest daran glauben, daß der Weg zum "größten Objekt aller Zeiten" nur durch den Strudel geht, den die Katastrophe erzeugen wird. Ein Irrglaube, wie sich bald herausstellt, aber der verführt immerhin dazu, noch ein Fläschchen Schampus zu ordern, zu parlieren und abzuwarten - bis es richtig kracht. Die "Titanic-Situation", die Metaphernkönig Karlheinz Blessing kürzlich den deutschen Landen vorhersagte, und aus der man sich dann in eine große Koalition der Schiffbrüchigen abseilen könne, sie wird, so sieht es inzwischen aus, zuerst für den Tanker SPD Wirklichkeit. Mit welcher Geschwindigkeit aus Stillstand und Krise der Partei der Anfang vom möglichen Ende geworden ist, das ist schon atemberaubend. Die europäische, und in ihr die deutsche Sozialdemokratie, befinden sich weitgehend im Zustand der Agonie, und die gar nicht mehr komische, bitterste Allegorie darauf war wohl der Selbstmord Pierre Bérégovoy genau am 1. Mai 1993. "Man ist versucht festzustellen, daß es 1993 der "Tag der Arbeit" gewesen ist, der sich selbst mit einer 357er Magnum ums Leben brachte", schrieb John Berger in einem Nachruf, der Bérégovoy galt, aber von jenem Typus der Arbeiterbewegung, der

\* Oliver Brosch-Guesnet, Wuppertal/Kelkheim

Sozialdemokratie und deren Führungsfiguren handelte, die historisch und biographisch in frapperendem Gleichschritt auf der Route nach nirgendwo vorankommen. Wenn dieser Artikel erscheint, dann ist Rudolf Scharping als neuer Parteivorsitzender der SPD gekürt, dann sind vermutlich auch strategische und personelle Vorentscheidungen für das "Super-Wahljahr-1994" gefallen. Doch kommt es mir so vor, als wären selbst ein Erfolg für Heidemarie Wiczorek-Zeul und eine Festlegung auf die rot-grüne Perspektive Pyrrhussiege der Linken gewesen. Auch die Redeweise von der notwendigen Integration der Partei und vom "Teamgeist", der wieder herrschen müsse, von den damit häufig verbundenen "Wir brauchen Führer, die es packen"-Projektionen ganz zu schweigen, war und ist letztlich nichts als Seelenmassage - und keine Therapie. Und es darf gezweifelt werden, ob unter den sympathischen inhaltlichen Vorzeichen, die Wiczorek-Zeul gesetzt hatte, der gleichzeitig erwünschte Integrationseffekt tatsächlich eingetreten wäre. Fleißig, emotionslos, autoritär: die SPD verspricht zu werden wie ihr neuer Chef. Es fällt schwer, in dem "gloriosen Erfolg" der Mitgliederbefragung nicht auch den Aufstand der Spießer zu sehen, deren Sieg auf das Konto einer mal angepaßten, mal uneinigen Parteilinken und der männlichen Eitelkeit geht. Einen Vorteil hat das ganze: die Linke, nicht die Rechte muß die Frage beantworten, ob das noch ihre Partei ist oder wieder wird. Denn programmatische Wendungen sind jetzt auch weiterhin nur rechts herum denkbar. Nicht einmal nach Solingen war so etwas wie Nachdenklichkeit über die eigene Rolle bei dem Verfassungskutsch zu vernehmen, zu dem die Fraktionsmehrheit nicht eine imaginäre Basis, sondern nur der parlamentarische Gegner und der außerparlamentarische Feind ge-

trieben hat. Nichts spricht dagegen, daß nach der gleichen Logik nun auch Bundeswehr-Kampfeinsätze und "großer Lauschangriff" verfassungsrechtlich eingegrenzt werden. Nicht genug damit, daß die Parteielite ihr persönliches "Notabelnkapital" (Bourdieu), die symbolische Macht, die ihnen der "gute Ruf" und das "politische Gewicht" verleihen, verschleudern; die Partei als Organisation büßt mehr und mehr ihr institutionelles "Anerkennungs- und Treuekapital" (ders.) ein, weil sie nicht mehr für das einsteht, wofür ihr die Massen symbolischen Kredit einräumten. Ein integrierendes, weil dezidiert anti-konservatives Projekt ist auch nicht in Ansätzen erkennbar. Die innere Opposition gegen diesen Kurs ist bisher nicht einmal in der Lage, die Tragweite der Krise, der Vernichtung und Entwertung des links angelagerten politischen Kapitals der Republik, auf den analytischen Punkt zu bringen. Die Zeitschrift "Titanic" schlug kürzlich allen Lektoren und Endredakteuren vor, den Begriff "SPD-Linke" keinem Autor und keiner Autorin mehr durchgehen zu lassen - mangels eines Realitätsgehalts. Für eine Zeitschrift mit Idealen wie spw mag das nicht praktikabel sein, und vielleicht ist es auch etwas voreilig. Aber an die Zwergengruppe auf des Dampfers letzter Fahrt fühlt man sich schon erinnert, gerade bei denen, die sich dank einer wissenschaftlichen Weltanschauung im geistigen Besitz der Geheimnisse der Schöpfung wähn(t)en, und die nun zu träge sind, auf die Karte zu sehen, um vielleicht festzustellen, daß man nicht mehr weit von den Eisbergen entfernt ist. Die Versuche der SPD-Linken, und hier insbesondere der "marxistischen Strömung" in ihr, sich über die Jahre ihr Sein und Bleiben in der SPD selbst zu erklären, nehme ich zum Ausgangspunkt einer Analyse dieser Trägheit. Der Anlaß dafür war die Leidenschaftslosigkeit, ja Beiläu-

figkeit, mit der viele GenossInnen nach den heftigen innerparteilichen Kämpfen der letzten Monate bereit waren, zu einer pragmatischen Agenda auf der Basis der jahrelang unverändert gepflegten und vertretenen Axiome unserer politischen Strategie überzugehen. Wer also insbesondere den Streit um Asylrecht, Verfassung und Einwanderung schon jetzt historisieren und damit relativieren will oder kann, wer darin nur ein weiteres, immerhin besonders anschauliches Exemplar für die gemeinschaftliche Sammlung "Unsere schönsten Niederlagen" erkennt, wird mit den folgenden Ausführungen wenig anfangen können. Meine Überzeugung ist dagegen, daß der "Asylstreit" eine paradigmatische Bedeutung hat: für die Identität des "neuen" Deutschland, für die der Sozialdemokratie und für unsere eigene. Nur um die letztere geht es im folgenden, denn eine allgemeine Diskussion über Politikstrategie und Parteiensystem der Zukunft bringt wenig, wenn sie nicht in dem Sinne praktisch ist, daß es dabei zuerst um die eigene politische Strategie und Organisationsentscheidung geht. Mit Konsequenzen gehe ich dabei sparsam um: mir geht es um die Eröffnung einer Debatte, in der ich noch keine Entscheidungen gefällt habe, und um die Entmystifizierung von Diskursen, die diesseits ihrer Verklärung zur Wissenschaft zunächst wieder auf ihren Ursprung zurückgeführt werden müssen: auf ihren politischen Gebrauchswert.



Eine kritische Überprüfung dieser Strategie und ihrer theoretischen Begründung(en) hat jedoch in den vergangenen Jahren - auch schon vor 1989 - nicht mehr stattgefunden. Dies gilt zwar für den gesamten Marxismus linkssozialdemokratischer Lesart, dessen "kritische Rekonstruktion" noch in den Anfängen steckt, so daß wir in den letzten Jahren über trotzige Behauptungen à la "es war nicht alles falsch" kaum hinausgekommen sind. Über diese notwendige Theoriearbeit hinaus wird jedoch auch nicht die Frage

nach der Wirksamkeit unserer politischen Strategie im Hinblick auf grundlegende Ziele, Motivationen und Werte gestellt. Der Anspruch wissenschaftlicher Richtigkeit verdrängt die Bearbeitung der Pro-

Die Mitgliedschaft in der SPD steht heute im ungeschriebenen Katechismus der linkssozialdemokratischen Gemeinde.

bleme von Zielorientierung, Angemessenheit und Effektivität. Mir scheint, daß dabei im Bereich der politischen Theorie die Verknüpfung mit Fragen der persönlich-politischen Identität und des Zusammenhalts als Strömung eine besondere, komplizierende Rolle spielt. Unter der Hand ist die Sentenz, die noch 1977 zum Parteiausschluß des damaligen Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter geführt hat ("Die Mitgliedschaft in der SPD ist kein Dogma"), in ihr Gegenteil verkehrt worden: die Mitgliedschaft in der SPD steht heute im ungeschriebenen Katechismus der linkssozialdemokratischen Gemeinde. Das spezifische unserer politischen Identität, das Kriterium, das uns von anderen Gruppen, Zirkeln, Zeitschriften, Parteien etc. unterscheidet, ist die Verbindung von Marxismus und Sozialdemokratieorientierung (SdO): Die Arbeit in der SPD oder, wie es im SHB immer so schön hieß, "das Umkämpfen" der Sozialdemokratie war marxistisch, wissenschaftlich-sozialistisch zu begründen. Dieser "axiomatische" Zugang zur Sozialdemokratie (konkret: zum Eintritt in die SPD) wappnete uns selbst gegen die Zweifel und Anfeindungen in konkreten politischen Prozessen und hatte zugleich eine doppelte legitimatorische Funktion:

- Gegenüber anderen, zumeist sektiererischen oder taktischen Positionen zur Sozialdemokratie bei anderen Linken beharrten wir auf der prinzipiellen Notwendigkeit des "Kampfes in und um die SPD";
- Innerhalb der Partei bestanden wir auf der Legitimität der Existenz marxistischer Positionen außerhalb des sogenannten Marxismus-Leninismus und der "Neuen Linken".

Die Notwendigkeit der beständigen Legi-

timierung der eigenen politischen Existenz führt indes in die Falle, sich selbst nur noch im Verhältnis zur Partei und als - wenngleich dissidenter - Bestandteil des von ihr besetzten politischen Feldes definieren zu können. Gute Absicht wird zu gutem Glauben, und gutgläubig wird der Partei so gerade von ihren vermeintlich schärfsten KritikerInnen ständig politisches Kapital, nämlich Vertrauenskredit, vorgeschossen. Die Partei (oder die Gewerkschaft) kann sich ihrerseits sicher sein, hier ihren besten, zahlungswilligsten Schuldner zu besitzen, der sich von keinem Skandal, von keiner Fehlentscheidung, von keinem Prinzipienverrat und keiner Ordnungsmaßnahme davon abbringen läßt, daß es für ihn nur diese eine Bank gibt, und der sich zudem immer wieder selbst davon überzeugen muß, diese Entscheidung nach "objektiven" Kriterien getroffen zu haben.



Idealtypisch lassen sich drei Kernargumente für die SdO unterscheiden, die für sich in Anspruch nehmen, das Kriterium "marxistisch begründet" zu erfüllen:

- 1) Ein *klassentheoretischer Zugang*, dem meist die einschlägigen Abendroth-Zitate vorangestellt wurden: Die Mehrheit der Arbeiterklasse sei auf SPD (und Gewerkschaften) orientiert, darum bestehe die Notwendigkeit, dort Klassenstandpunkte zu vertreten und durchzusetzen. Diese Position hat eine wichtige Traditionslinie in der Abgrenzung zu Avantgarde- und Syndikalismus-Strategien, die jedoch nach meiner Erinnerung zum Teil von dem Selbstbewußtsein, an der "entscheidenden Stelle des antimonopolistischen Kampfes" zu stehen, konterkariert wurde.
- 2) Ein *"Bewegungs-Zugang"* orientierte auf die SPD, weil sie von zentraler Bedeutung für eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und/oder durch das wohlfahrtsstaatliche Projekt im Staatsapparat verankert sei. Politische Option war es, durch "Bewegungsdruck" von außen und dessen Ummünzung in

Gestalt der "Doppelstrategie", die SPD zu Zugeständnissen und Veränderungen zu zwingen. Eine theoretische Weiterentwicklung, die sich vom Schematismus der "antimonopolistischen Bündnisse" absetzte, war das "Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur" der "53 Thesen" des Projekts Moderner Sozialismus. 3) Das Theorem der "prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe", daß die politische Strategie besonders auf eine Veränderung der Partei (durch die sozialistische Linke) fokussiert, da der Zustand der Sozialdemokratie schließlich historisch - durch die geistige und politische Entwicklung der Arbeiterbewegung - entstanden sei. Es handelte sich um eine widersprüchliche Einheit von (innerparteilicher) Bündnispolitik und Kampf gegen Reformismus, jedenfalls aber mit dem Akzent auf der entscheidenden Rolle der Partei bzw. der organisierten Arbeiterbewegung im politischen Kampf. Selbstverständlich existieren ebenso Differenzierungen innerhalb der jeweiligen Positionen wie auch Bezüge und Vermischungen untereinander. Charakteristisch (und erst idealtypisch unterscheidbar) sind diese Zugänge zur SdO aber durch ihren Hintergrund in den politischen Biographien, also ihre Fundierung in individuellen Erfahrungen und Erkenntnissen. Während sich etwa die Positionen 1) und 3) i.d.R. in traditionsbewußten, eher theoretisch orientierten Köpfen finden, - 1) als eher außerhalb der Parteiarbeit (z.B. im SHB) angesiedelte Position; 3) bei den "Herforder-Thesen-Jusos", - ist Position 2) charakteristisch für die "neue Generation" des Hannoveraner Kreises, deren politische Sozialisation maßgeblich in die Zeit der außerparlamentarischen Bewegungen Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre fiel. Aus Gründen strömungsinterner Ideenhegemonie wurde auch von der nachfolgenden Generation überwiegend Position 2) übernommen.

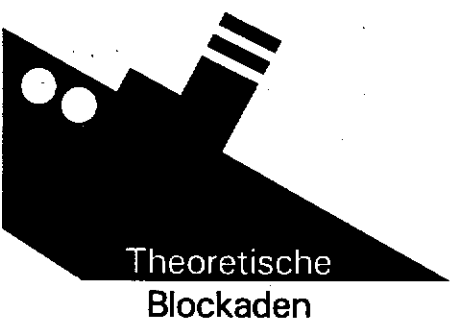


Die Legitimität individueller Entscheidungen

Die jeweils gewählte und vertretene politische Auffassung ist somit in jedem Fall

zu Teilen privat motiviert - was nicht weiter schlimm ist -, ihre "wissenschaftliche" Begründung teilweise aufgesetzt oder nachgeschoben. Dabei ist die *legitimatorische Funktion aller Begründungszusammenhänge für die SdO* immer mehr in den Vordergrund gerückt, und das ist problematisch, wenn nicht mehr bewußt ist, daß ein Sozialisationsprozeß auf diese Weise zu einem "wissenschaftlichen" Erkenntnisprozeß umdefiniert wird. Wo eine gemeinsame, theoretisch fundierte Strategie sein sollte, findet sich ein weites Feld individueller Entscheidungen, die ein stillschweigendes Arrangement eingegangen sind, daß sich Hannoveraner Kreis bzw. Juso-Linke oder Projekt Moderner Sozialismus nennt: insgesamt eine Inszenierung der politischen Psychologie. Zahlreiche Belege dafür ließen sich allein in den "Rekrutierungs"-Biographien der handelnden Personen finden. Allen (drei) Positionen gemeinsam ist bei einer politisch-psychologischen Betrachtung jedenfalls, daß sie aus einer Minderheiten- und Außenseiterrolle heraus formuliert sind und zugleich "Anerkennungsstrategien" sind. Ob es um Etablierung "richtiger" (i.e. klassenbewußter) Positionen ging, um politische Führungsrollen oder individuelle Zugänge zur "Macht", zu Jobs oder sonstiger Gratifikation, immer ging es (auch) darum, die politische Legitimität (und, im Hinterkopf: das eigentliche Vorrecht) marxistischer Positionen in der Sozialdemokratie ebenso zu verteidigen wie das persönliche "in-der-Partei-sein(-dürfen)". Je beherrschender dieses Legitimationsstreben, umso wichtiger wurde auch der Prozeß der Formierung als politische Strömung (trotz der ja immer vorhandenen erheblichen inhaltlichen Differenzen), der Selbstverständigung und des Selbstgefühls als Minderheit, der Schaffung und Entwicklung von Strukturen, die selbst wieder im Dienste der Legitimationsbeschaffung standen (deshalb z.B. nie "Fraktion" sein durften) und insofern zum Selbstzweck wurden. Natürlich ist dieser Prozeß objektiv der hegemonialen Stellung der Sozialdemokratie, ihrem Anpassungsdruck und den Zwängen gesellschaftlicher Chancenverteilung im Rahmen des "Wohlfahrtsstaates" geschuldet und war und ist insofern alternativlos. Die Kehrseite dieser objektiven Bedingungen war und ist jedoch ein *Verlust an subjektiver Unabhängigkeit*, die Kehrseite der "objektiven" Alternativlosigkeit der SdO ist eine uneingestandene Verlustangst, daß mit der offenen

Thematisierung der "stillschweigenden Arrangements", auf die sich unsere politische Arbeit, vor allem aber unsere Organisationsstrukturen als Minorität zu Teilen aufbauen, ein Zusammenbruch dieser Arbeit und dieser Strukturen verbunden sein müsse. Aufgrund dieser Mechanismen reiht sich auch eine dem eigenen Anspruch nach kritische Gruppierung ein in die Tendenz zur "chilistischen Gläubigkeit", die Bourdieu, Gramsci zitierend, so charakterisiert hat: "Besorgt über diese ihre Situation absoluter Inferiorität...haben die Massen jeglicher Souveränität und jeglicher Macht entsagt; die Organisation ist für sie mit der Person des Organisators ebenso verschmolzen, wie für ein Heer im Felde die Person des Condottiere zum Palladium des Gemeinwohls wird, zum Garanten des Erfolges und des Sieges." (in: Berliner Journal für Soziologie 4/91, S. 492). Und noch das Warten auf den Untergang, bei dem man an Bord bleibt, erscheint lediglich als eine verkehrte Paraphrase dieses Satzes, als eine Spielart des politischen Masochismus, der bis zum Schluß nicht von der Spekulation auf "das größte Objekt aller Zeiten" ablassen will. Dies hat tagespolitisch, theoretisch und strategisch fatale Konsequenzen. In der aktuellen Diskussion wird, wie bei allen "Austrittsdebatten" vorher auch, gegen moralisch motivierte, persönliche Entscheidungen polemisiert, v.a. hinsichtlich ihrer angeblichen Folge ("Rückzug ins Privatleben"). *Wenn es aber richtig ist, daß eine kollektiv geteilte strategische SdO nicht (mehr) vorhanden ist, dann sind individuelle Entscheidungen rational* - der Austritt ebenso wie die nicht minder privat motivierte Entscheidung, aus Gründen des Machtzugangs, der Erhaltung von Diskussionsmöglichkeiten, der Bequemlichkeit usw. drinzubleiben.



Theoretische Blockaden

Das intrinsisch motivierte Festhalten an einigen wenigen theoretischen Begründungszusammenhängen für die SdO hat jedenfalls zu einem Realitätsverlust und

zu einer Rezeptionsblockade (bezogen auf Empirie und (andere) Theorie) geführt. Das Legitimationsstreben führt ohnehin zu einem Diskussionsstil nach außen, dessen Hauptanliegen zumeist die Verteidigung, Richtigestellung oder Hervorhebung des Marxismus i.e.S. ist, nach der Methode: "Marx hat zwar keine geschlossenen Kulturtheorie hinterlassen, aber an folgenden Stellen finden sich doch äußerst interessante Hinweise, daß schon damals...". Wir haben uns darüber hinaus zwar mit vielen Dingen beschäftigt, aber der Umgang und vor allem die Bewertung anderer theoretischer Leistungen erfolgt überwiegend nach dem instrumentellen Kriterium der Kompatibilität mit dem marxistischen Begriffsapparat. Kurzum: Aus (vermeintlichen) Selbsterhaltungsmotiven ist unsere Theorie nicht auf der Höhe der Zeit. Allein das Feld der Klassentheorie (1. SdO-Zugang) ist heute von äußerster Verwirrung gekennzeichnet. Man muß nicht einmal die Grundsatzdebatten über den Marx'schen Klassenbegriff oder die Frage, ob es noch eine Arbeiterklasse gibt, wieder aufrollen. Bezogen auf die SdO stünde wohl die Frage im Vordergrund, ob ein (sozialistisches oder neu-reformistisches) Projekt noch in der Lage sein kann, den "Mehrheitswillen" der Arbeiterklasse auszudrücken, also die differenzierten, in unterschiedlichen "Milieus" verankerten Interessen und Ansprüche zu bündeln. Wie eindeutig ist denn in allen Einzelfragen der "Klassenstandpunkt" bestimmbar? Ist "Sozialismus" (oder "moderner Sozialismus") noch der trennscharfe Begriff für das ganze "richtige Leben" anstelle des falschen im Kapitalismus? Was ist z.B. das spezifische einer sozialistischen Ökonomie? Wie rational (und somit nach klassischer Vorstellung prädestiniert für den "vernünftigen" Sozialismus) ist die "Mehrheit der Arbeiterklasse"? Welcher Zusammenhang besteht noch zwischen "objektiver" Klassenlage und "subjektivem" Klassenbewußtsein? Welche Rolle spielen die schon heute "klassenbewußten Kräfte"? Auch für die zweite Variante der SdO-Begründung ergeben sich ähnliche Fragen, die jedoch den Vorzug haben, etwas praxisbezogener zu sein. Wie sähe eine Bilanz der außerparlamentarischen Bewegungen bzw. ihres Bemühens, "Druck" auszuüben, eigentlich aus? Ist nicht die Asyldebatte geradezu ein Hohn auf die Vorstellung, die SPD handele durch außerparlamentarischen Druck von links

oder mit der Absicht, Opposition von links zu integrieren, und sei darum zu Zugeständnissen bereit? Welche politische - also real auf gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in positivem Sinn Einfluß nehmende Rolle spielt noch die Sozialdemokratie im Staatsapparat, und welche Rolle kann oder wird sie in einem "post-modernen Umbauprojekt" noch spielen? Gibt es dabei überhaupt noch ein "organisierendes Zentrum"? Ich vernachlässige hier die Befragung des dritten, SdO-Theorems, weil es (mit einigen schlechten, aber auch mit guten Argumenten) in der Vergangenheit schon intensiv kritisiert wurde, und weil etwa die Kritik am Reformismus-Konzept der Herforder Thesen in vielerlei Hinsicht nur eine politische Konkretion der klasstheoretischen Problematik darstellt, wie sie oben aufgezeigt wurde. Der notwendige Diskussionsprozeß über einen Kernpunkt unserer politischen Identität sollte ergebnisoffen sein, eines steht für mich aber fest: *die Vorstellung eines "one best way" der politischen Strategie und der Organisation, der "wissenschaftlich" begründbar wäre, kann nicht aufrecht erhalten werden*. Individuelle Entscheidungen müssen als solche erkannt und anerkannt werden, und danach kann probiert werden, ob es noch Basis genug für den "Zusammenhalt" gibt, der jedoch ebensogut inhaltlich begründet wie auf dem Bedürfnis gegründet sein kann, alte Freundschaften oder Feindschaften zu pflegen.



... fifty ways (to leave your party) ...

Die Fixierung auf die SPD und auf das Kriterium ihrer Veränderung als signifikantem Ausdruck der Veränderung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse hat eine Verengung des Politikbegriffs und eine Verarmung des politischen Handlungsrepertoires zur Folge. Dies hat intern wiederum eine Ausschließungsfunktion: wessen Handeln sich nicht in einen Katalog legitimer, als "erfolg"versprechend anerkannter Handlungsweisen einordnet, der "privatisiert", ist "unpoli-

tisch" etc.. Den "richtigen" Handlungsweisen ist wiederum der politische Raum i.e.S. (auch i.S. von "Staat") zugeordnet, weshalb ein Handeln und Veränderungen etwa im zivilgesellschaftlichen Raum entweder kaum wahrgenommen oder unterschätzt werden oder ihnen wiederum nur instrumentelle Funktion zugewiesen wird. Diese Ausschließungspraxis ist vorzüglich kompatibel mit dem von der Logik der Partei-Organisation verlangten Opfer der totalen Delegation. Bourdieu bemerkt, daß, "einer seltsamen Ironie zu-

Der Zerfall der SPD als Mitgliederpartei nach innen und als gesellschaftlicher Integrationsfaktor nach außen wird weitergehen.

folge, die Konzentration des politischen Kapitals - außer bei absichtlichem (und unwahrscheinlichem) Entgegenwirken - nie so hoch (ist) wie in den Parteien, die sich den Kampf gegen die Konzentration des ökonomischen Kapitals zum Ziel setzen." (ebd.) Aus der Ablehnung eines "one best way" ergibt sich, daß die Bedeutung bzw. die strategische Zentralität der Sozialdemokratie (in allen SdO-Varianten) zumindest relativiert werden muß. Die SPD ist nicht und wird so schnell nicht unwichtig, aber "der Kampf in und um..." ist nicht der Königsweg zum Sozialismus (oder wozu auch immer). Diese zunächst einmal subjektive Einschätzung stimmt glücklicherweise mit dem überein, was sich "objektiv" einigermaßen prognostizieren läßt: Der Zerfall der SPD als Mitgliederpartei nach innen und als gesellschaftlicher Integrationsfaktor nach außen wird weitergehen. Eine Reihe von Faktoren, die dazu schon heute beitragen, zähle ich nur noch einmal auf: Amerikanisierung des Parteimanagements, Ablösung der Führung als wirklicher "politischer Klasse" von der mittleren und unteren Funktionärschicht, das Fehlen einer (offensiv vertretenen) programmatischen Alternative zu den Rechten, insbesondere im Hinblick auf die ökonomisch-sozialen Krisen in der BRD, vor allem und als Quintessenz jedoch die Nicht-Existenz einer durchgreifenden, anderen Logik des Politikma-

chens vor dem Hintergrund der globalen Krise. Der Unterschied selbst zu Clinton/Gore, vom Charisma der Personen einmal abgesehen, liegt bei der SPD in der völligen Abwesenheit einer Idee des Wechsels, der mobilisierenden Dynamik des Gefühls, daß es anders werden muß in diesem Land.

Es würde mich nicht wundern, wenn es nach den politischen Zusammenbrüchen in Osteuropa (und durch diese mit hervorgerufen) in absehbarer Zeit zu einer noch tieferen Krise und einem Wandel der politischen Systeme in Westeuropa, und hier insbesondere in Deutschland käme. Derzeit ist nicht erkennbar, welche politischen Kräfte das in dieser Situation notwendige entwickeln, vertreten und tun werden, daß, was Maxim Biller eine "parlamentarische Revolution" nennt, also eine offensive Aneignung der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen gegen die Kräfte und gegen die politischen Generationen, die diese gegenwärtig ebenso offensiv zerstören. Kann sich jemand die heutige SPD als eine in diesem Sinne revolutionäre Partei vorstellen? Ist es eine prinzipiell lösbare Kampfaufgabe, die SPD in diesem Sinne zu verändern? Oder ist es nicht mindestens ebenso wahrscheinlich, daß, genau wie die mächtigen ML-Parteien mit ihren Gesellschaftsmodellen untergegangen sind, auch die alles Linke beherrschende Sozialdemokratie alter Art mit ihrem fordistischen Staat verschwinden wird?

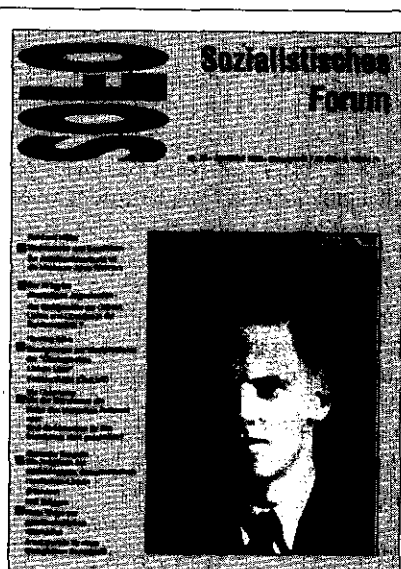
Wenn man/frau zu dem Schluß kommt, daß das Schiff unwiderruflich sinkt, muß es verlassen werden. Diesen Punkt halte ich noch nicht für erreicht, wenngleich das Bleiben auf dem Schiff schon jetzt den traurigen Effekt hat, daß die Leute abtauchen, die auch ohne unseren Rat gehen. Relativierung der Fixierung auf die Sozialdemokratie muß jedoch heißen, entweder einen kompromißlosen Konversionskurs vom Tanker zur Arche für einen sozialistischen Neuanfang zu steuern oder aber Vorsorge für den Fall zu treffen, daß der Kahn kentert. Und, um ein letztes Mal das Bild zu strapazieren: daß man noch schnell und weit genug wegkommt, wenn der große Strudel nach unten da ist.

Dies bedeutet aus meiner Sicht in der Partei, keinerlei Kompromisse in "Essentials" mehr einzugehen, insbesondere dann nicht, wenn sie von dem Wunsch, als Außenseiter weiter geliebt oder geduldet zu werden, auch nur ein kleines bißchen motiviert sind. Und es bedeutet, wesentlich schärfer, lauter, verletzender,

anklagender als bisher Opposition zu machen. Es bedeutet, GegenkandidatInnen aufzustellen, keinen Personen-Wahlkampf zu machen, Konflikte öffentlich auszutragen, keiner Parteiräson mehr zu folgen: nicht Fundamentalopposition im Sinne einer überwinternden Kaste von Rechthabern, sondern offener Widerstand, bei dem andere mitmachen können, und aus dem sich etwas neues entwickeln kann. Es bedeutet, die zwangsweise und inzwischen zwanghaft ausgeliehene Definitionsmacht darüber zurückzuverlangen, wie das Schiff heißen soll und wohin die Reise geht.

"Relativierung" würde für die marxistische Strömung praktisch bedeuten, sich weiter zu öffnen und ihr Selbstverständnis als (intellektueller) linker Kreis von Menschen mit einer nichtsektiererischen Position zur Sozialdemokratie zu suchen. Nachholbedarf hinsichtlich der Attraktivität besteht hier jedoch eher für Menschen außerhalb als für solche innerhalb der Partei. Deshalb kann z.B. auch die Orientierung der spw als "politisch-theoretisches Serviceangebot an die Parteilinke" nur ein Mittel zu dem eigentlichen Zweck sein, die "große Arche" zu bauen: zur Vernetzung von in der Zivilgesellschaft angesiedelten Handlungsfeldern und sozialen Kräften ohne instrumentelle Hintergedanken beizutragen, in der eigenen Berufsarbeit, in Bürger- und Nachbarschaftsinitiativen, auf den klassischen Feldern der "Vorfelddarbeit", in und mit den Medien sowie in den politisch orientierten Organisationen, Bewegungen und Projekten.

Neben der Theoriearbeit läge der Sinn und die Aufgabe unserer Strömung dabei in der Entwicklung, im Austausch und in der Propagierung von Prinzipien einer tatsächlichen "Philosophie der Praxis", also einer Ideologie im guten Sinne, eines aufgeklärten Alltagsbewußtseins - und einer Praktizierung dieser Philosophie in den eigenen Reihen, die Lust macht, hier (weiter) zu arbeiten.



**Nr. 28 - April/Mai 1993**

R. Müller: Kaderakten und Komintern \* H. Böke: Randglossen zur Wahlplattform von Ökolinx \* U. Osterkamp: Sind die Menschen für den Sozialismus nicht geschaffen? \* A. Busgolin: Die Aufgaben der russischen Linken  
64 Seiten, 7,50 DM

**Nr. 27 - März 1993**

S. Kebab: 1968 - Am Grunde der Moldau \* M. Schneider: Die radikale Erbschaft dieser Zeit \* K. Dräger: Gesamt Europa als Perspektive \* M. Grieger: Elend und Zukunft marxistischer Historiographie  
40 Seiten, 4,50 DM

**Probe-Abo:** 3 Nummern für 10 DM, keine automatische Verlängerung

**Jahresabo:** 8 Ausgaben für 44 DM

**Ich möchte**

- ein Probe-Abo (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
- ein Jahres-Abo

**Coupon** einsenden an: SOFO-Vertrieb  
Kölner Str. 66, W-6000 Frankfurt/M. 1

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim SOFO-Vertrieb, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

# Dokumente zum Hamburger Bundeskongreß der Jusos von 1977

## Vorbemerkung der Redaktion

Im März erhielten wir überraschende Post: Karsten D. Voigt sandte uns einige Unterlagen aus dem FDJ-Archiv zu, in denen es um den Hamburger Juso-Bundeskongreß von 1977 ging. Dieser Bundeskongreß gehörte sicherlich zu den spektakulärsten der Juso-Geschichte, kam es doch erstmals zur Wahl und kurze Zeit später zum Parteiausschluß eines Bundesvorsitzenden aus der als kommunistenfreundlich geltenden "Stamokap-Fraktion" und einer nachfolgenden Kampagne gegen die "Stamokaps". Da diese Zeitschrift aus genau dieser Gruppierung heraus im Zuge einer Neuformierung 1978 gegründet wurde, mag dies schon für ein besonderes Interesse an den zugesandten Dokumenten sprechen - zumal sie sich in gewisser Weise auch als Entlastung vom Vorwurf der Kommunistenhörigkeit aus berufener Quelle lesen lassen.

Doch dies ist nur ein Teilaspekt der folgenden - von Karsten D. Voigt eingeleiteten - Dokumentation von FDJ-Archivauszügen. Und auch nicht der wichtigste. Gerade die hier dokumentierten Einschätzungen aus dem FDJ-Zentralrat (einschließlich einer handschriftlichen Bemerkung von Erich Honecker) zeigen schlaglichtartig, daß sich in den Ereignissen rund um den Hamburger Bundeskongreß und dem dort hervortretenden "Stamokap"-Syndrom maßgebliche Aspekte einer Geschichte der deutschen Linken überlagern - darunter die innenpolitische Situation, die Beziehungen von Bewegungen und SPD, die Fraktionskämpfe innerhalb der sozialistischen Linken, das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten wie auch die internationalen Konstellationen des Ost-West-Konfliktes.

Ein von der FDJ in der ihr eigenen Sprache thematisierter Aspekt der Wahl (und des Parteiausschlusses) von Klaus-Uwe Benneter war zweifellos die innenpolitische Situation, die durch den Reformstopp der Schmidt-Regierung auf der einen und

die Neuformierung sozialer Bewegungen auf der anderen Seite gekennzeichnet war und die die Jusos mit ihrer Doppelstrategie in erhebliche Probleme brachte. "Stamokap" bedeutete - politisch übersetzt - zunächst einmal und vor allen Dingen, sich in dieser Neuformierung auch und gerade gegenüber der eigenen Parteiführung zu engagieren. Dabei kam den Beziehungen zu den Kommunisten, die in einem großen Teil dieser Bewegungen und ihrer Infrastrukturen eine in der zweiten Hälfte der 70er Jahre durchaus wachsende Rolle spielten, eine zentrale Bedeutung zu - aus Sicht vieler Jusos galten sie doch gleichermaßen als aus der Arbeiterbewegung kommend, antifaschistisch und "gewerkschaftlich orientiert".

Welche Rolle dabei allerdings der "reale Sozialismus" spielte, das machte die Biermann-Affäre auf dem Hamburger Bundeskongreß deutlich. Der Auftritt des kurz zuvor von der DDR-Führung ausgebürgerten Liedermachers Wolf Biermann auf dem Juso-Bundeskongreß, der zum Auszug der osteuropäischen Delegationen führte, war nämlich mehr oder weniger von führenden Kräften der "Stamokap-Fraktion" in Szene gesetzt worden - und zwar gegen den Widerstand aus der alten "reformistischen" Verbandsspitze um Heidemarie Wiczorek-Zeul (vergl. den dokumentierten Artikel aus dem Berliner Extra-Dienst). Allerdings muß hinzugefügt werden: Widerstand kam auch aus den "eigenen Reihen" - im wesentlichen aus dem SHB, der die Ausbürgerung von Biermann zwar kritisiert hatte - allerdings nur als Fehlentscheidung einer ansonsten verehrten DDR-Führung.

Unabhängig davon schien nicht nur die SPD-Führung von der neuen Juso-Spitze wenig zu halten. Jedenfalls empfahl Erich Honecker nach dem Hamburger Kongreß auf Anfrage von Egon Krenz, die Beziehungen zu den Jusos einzufrieren. Man darf allerdings vermuten, daß der Biermann-Auftritt dabei nur eine untergeordnete Rolle spielte. Vielmehr zeigten sich schon damals erste Wolken am Himmel der internationalen Entspannungspolitik -

und vor diesem Hintergrund dürften der DDR-Führung die Beziehungen zur SPD-Spitze (einschließlich des damaligen Bundesgeschäftsführers Egon Bahr) wichtiger gewesen sein als Klaus-Uwe Benneter und seine "Stamokap"-Jusos, zumal SED und SPD in der Definition ihrer Beziehungen schon damals weitgehend übereinstimmten (s. Bahrs von der FDJ referierte Rede vor dem Juso-Bundeskongreß). Aber dies zeigt, wie die internationalen Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der eigenen Geschichte wirkten und daß diese Beziehungen durchaus anderen Regeln folgten als denen, die in den Fraktionskämpfen bei den Jusos unterstellt wurden.

Jedenfalls offenbaren diese Facetten, daß sich die Vergangenheit komplexer und teilweise auch anders darstellt, als manche "Stamokap"-Mythen aus den "eigenen Reihen" wie auch "von außen" es nahelegen. Daran wollen wir in den nächsten Ausgaben der spw weiterarbeiten und fragen, wie und warum es in den 70er Jahren und danach zu welchen Konstellationen in der Linken gekommen ist und auch warum und wieso man selbst welche Positionen dabei eingenommen hat. Wichtig ist dies nicht alleine aus historischem Interesse:

Im Gefolge des Bundeskongresses von Hamburg kam es nämlich Ende der 70er Jahre zu einer Verfestigung innerlinker Fraktionskämpfe, die z.T. den Charakter von Feldzügen annahmen - nicht nur bei den Jusos, sondern auch bei den Gewerkschaften, im Wissenschaftsbereich und anderswo - und wobei man weder bei den "undogmatischen Linken" noch bei den "Stamokaps" in den Methoden und in der Wahl von Bündnispartnern allzu wählerisch war. Wie nahe man sich dabei z.T. manchmal dennoch stand und wie sehr man aber auch wieder auseinandergetrieben wurde und wie stark dabei größere Konstellationen wirkten - dieses nüchtern und gemeinsam auszuwerten, kann auf dem Weg zu einer neuen - ich hoffe: sozialistischen - Linken jenseits der alten Gräben nur nützlich sein.

## Einleitung

von Karsten D. Voigt, Frankfurt, MdB

Die Wende der Jungsozialisten auf ihrem Münchner Bundeskongress im Jahr 1969 war zugleich mit einer innenpolitischen Orientierung an radikaldemokratischen und neo-marxistischen Theorien sowie einer außenpolitischen Vorreiterfunktion in der Entspannungspolitik verbunden. Auch aus meiner heutigen Sicht war ein sinnvoller Bestandteil dieser Entspannungspolitik der Dialog nicht nur mit den Vertretern der osteuropäischen Staatsapparate sondern auch mit dem im 'real existierenden Sozialismus' viel relevanteren Repräsentanten kommunistischer Parteien und Jugendorganisationen. Dieser Dialog hat über Jahre hinweg zur Zivilisierung der Macht- und Systemkonflikte und zur Gewaltfreiheit der Wende beigetragen. Der Dialog und auch der Versuch einer an Themen spezifizierten Zusammenarbeit mit der FDJ war unter den Repräsentanten der Linkswende vom Prinzip her unstrittig. Das schloß Konflikte im Einzelnen - wie 1970 anlässlich der Annahme einer Einladung zu einem kurzfristig anberaumten Gespräch mit Walter Ulbricht durch eine von mir geleitete Delegation nicht aus. Strittig war innerhalb der Jungsozialisten von Anfang an die Form und die theoretische Begründung der Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. Der Bericht der FDJ über den Hamburger JUSO-Kongress und die Analyse der FDJ über die Konflikte nach dem Ausschluß Benneters sind deshalb von besonderem Interesse, weil sich während des Kongresses und nach dem Ausschluß Klaus-Uwe Benneters die sachlichen und personellen Gegensätze zwischen den Anhängern der 'antikapitalistischen Strukturformen' einerseits und den Anhängern der 'Stamokap-Theorie' und den 'Antirevisionisten' andererseits mehr als je zuvor zuspitzten. In der unterschiedlichen Bewertung des sogenannten real existierenden Sozialismus wie auch der Person Wolfgang Biermanns widerspiegelten sich die unterschiedlichen Tendenzen bei den Jungsozialisten. Während die bundesdeutsche Presse sich nach der Linkswende gegenüber den Jungsozialisten in Kommunismus-Vorwürfen ergoß, lagen für die FDJ die antikommunistischen Positionen der da-

maligen JUSO-Führung auf der Hand: "Der bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten *Norbert Gansel* (Schleswig-Holstein) strebte eine weitgehende Annäherung der Jungsozialisten an die Parteiführung auf Kosten der Aufgabe teilmarxistischer Positionen der Jungsozialisten an. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende *Karsten Voigt* forderte systemverändernde Reformen, befand sich aber mit Gansel in Übereinstimmung, indem er seine gegensätzliche Haltung zu den Münchner Antikommunismusbeschlüssen auf die Art der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus reduzierte. Die Annäherung der Führung der Jungsozialisten an die Parteiführung kam insbesondere in der vorbehaltlosen Unterstützung der 'Ostpolitik' zum Ausdruck. Dafür spricht auch die Tatsache, daß alle Anträge zur Sicherheits- und Außenpolitik, die u.a. Forderungen nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR und der Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz beinhalten, aus 'Zeitgründen' nicht behandelt wurden". (aus: Informationen über den Bundeskongress der Jungsozialisten vom 11.-13.12.1970; Verfasserin: die damalige stellv. Chefredakteurin der "Jungen Welt", Brigitte Zimmermann)

Auch die Vorschläge der Jungsozialisten zu einer demokratisch-sozialistischen Transformation Westeuropas stießen bei der FDJ auf Vorbehalte: "Die Vorstellungen der Jungsozialisten von einem 'demokratisch-sozialistischen Europa' weisen auch eine antikommunistische Stoßrichtung gegenüber dem realen Sozialismus auf, die andere positive Momente wieder einschränken. Der überwiegende Teil der Jungsozialisten sieht ein 'demokratisch-sozialistisches Europa' nicht nur als Alternative zum 'Kapitalismus der USA' sondern auch als Alternative zum 'Staatskapitalismus in osteuropäischen Ländern'" (aus: Positionen der Jungsozialisten in der SPD zur staatsmonopolistischen Integration in Westeuropa, verfaßt Ende 1978).

Die FDJ differenzierte durchaus zwischen den verschiedenen Flügeln der JUSOs. "Die dem Kurs der rechten SPD-Führung anpassungsbereiten Kräfte innerhalb der Jungsozialisten ziehen aus ihrer Einschätzung der herrschenden Politik der SPD "als einer nur sozialen Interessensvertretung im Rahmen und auf der Grundlage der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung" den Schluß, daß das "lediglich Ausdruck der beste-

henden Kräfteverhältnisse" sei. Sie sind mehr oder weniger von der propagierten Auffassung des ehemaligen Jungsozialistenvorsitzenden K.-D. Voigt beeinflusst, daß die SPD trotzdem in der BRD die "einheitliche Partei der Arbeiterklasse" sei. Im Unterschied dazu erkennt der Teil der Jungsozialisten, der sich weitgehend an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus orientiert, verschiedene Seiten der Rolle und Funktion des sozialdemokratischen Opportunismus, ohne jedoch bis zu den tiefsten Ursachen vorzudringen. Vor allem unterliegen sie der Illusion, die SPD in eine Partei umwandeln zu können, die die *geschichtlichen* Aufgaben des Proletariats erfüllen könne. Andererseits haben diese Kräfte aber von einer "historisch bestimmten Spaltung der Arbeiterklasse gesprochen und auf den Einfluß außerhalb der Arbeiterklasse stehender Schichten auf die SPD (u.a. Einflüsse) richtig verwiesen, die sozialpartnerschaftliche Vorstellungen hervorbrachten" (aus: Die Haltung der Jungsozialisten zur Rolle und Funktion der SPD, verfaßt 1978).

Aber kein JUSO-Flügel wurde von ihr als marxistisch-leninistisch oder kommunistisch eingeschätzt:

"Die Mehrheit der Jungsozialisten galt selbst nach der Wahl Klaus-Uwe Benneters als "antikommunistisch und sozialreformistisch". Der Gruppierung um Benneter wurde mit ihrer Befürwortung einer punktuellen Zusammenarbeit mit Kommunisten das Ziel unterstellt, "durch eine Zusammenarbeit mit Kommunisten den wachsenden Einfluß der DKP auf die Jugend der BRD zurückzudrängen". (Beide Zitate aus: Information über die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Ausschluß des bisherigen Vorsitzenden der Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, aus der SPD, verfaßt Juni 1977)

## Information

Über Verlauf und Inhalt des Bundeskongresses der "Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD" vom 18. 03. bis 20. 03. 1977 in Hamburg

Auf Einladung des Bundesvorstandes der "Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD" (JUSO) nahmen Vertreter des Zentralrates der FDJ und der Redaktion "Junge Welt" am Bundeskongress der JUSOs teil.

Zum Inhalt und zum Verlauf des Kongresses:

... Die Bundesvorstandsmehrheit der JUSOs war bestrebt, den Bundeskongress anti-kommunistisch vorzuprägen. Diese Absicht äußerte sich darin, daß durch diese Kräfte zwei Auftritte für Biermann

organisiert wurden (zu Beginn des Kongresses und in einer Abendveranstaltung am ersten Kongrestag). (siehe Anlage 1) Auf dem Bundeskongress lag demonstrativ die "Charta 77" aus.

### Anlage 1

Zum Auftreten von Biermann auf dem Kongress

Biermann war am Eröffnungstag des Kongresses als Ehrengast eingeladen, wurde von Heidemarie Wiczorek-Zeul vorgestellt und von den Delegierten mit

langanhaltendem Beifall gefeiert. Er trat an diesem Tag zweimal vor dem Kongress auf, während der Eröffnung und am Abend im Rahmen einer "Kundgebung gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit". Die Delegierten der anwesenden sozialistischen Bruderverbände aus der UdSSR, der CSSR, aus Bulgarien, der VR Polen sowie der offiziellen Vertreter der FDJ verließen während des 1. Auftritts den Saal und nahmen an der erwähnten Kundgebung nicht teil. Während der abendlichen Kundgebung gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit

## Berufsverbot

Biermann blickt durch und fast gab es einen Eklat

CLG.- "Fast zu einem Eklat" wäre es am Freitag beim Jungsozialisten-Bundeskongress um den Liedermacher Wolf Biermann gekommen, vermelden am Sonnabend die Gazetten. Als Biermann während der Tagungspräludien auch ein Grußwort sprach und drei kleine Gitarrenstücke spielte, zogen die als Gäste anwesenden Vertreter des Komsomol, der FDJ sowie anderer osteuropäischer Jugendorganisationen aus. Sie hätten mit Abreise gedroht, wurde verlautbart. Davon konnte freilich keine Rede sein. Sie wollten nur Biermann nicht hören.

Komsomol, FDJ und die anderen sozialistischen Jugendverbände Osteuropas verpaßten durch ihren Auszug freilich nicht nur Biermanns Gitarren-Akorde, sondern seine Grußadresse - und die, weniger der Ostblock-Auszug - war des Fast-Eklats Kern. Biermann erklärte nämlich, er wolle sich nicht zum Spaltplatz der bundesrepublikanischen Linken machen lassen. Der Kampf gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik sei zu wichtig, um über der Stellungnahme einzelner Mitglieder der Komitees zu seiner Ausbürgerung die Einheitsfront gegen bundesdeutsche Repression zu zerschlagen zu lassen. Konkret: in den Berufsverbotskomitees sollten alle linken Kräfte der Bundesrepublik zusammenarbeiten, sowohl jene, die gegen die Ausbürgerung Biermanns durch die DDR-Behörden protestierten wie auch jene, die diese Ausbürgerung gutgeheißen hätten.

Diese Frage nun hatte im Vorfeld der Juso-Bundeskonferenz eine erhebliche Rolle gespielt. In einem "Offenen Brief" hatte die bis-

herige Vorstandsmehrheit der Jungsozialisten die bundesweite "Initiative gegen Berufsverbote" kategorisch aufgefördert, sich mit Biermann zu solidarisieren, wohl wissend, das den DKP-Mitglieder in der Initiative dies nicht abzuverlangen war. Der linke Flügel der Jungsozialisten innerhalb und außerhalb des alten Vorstands - der jetzt die Mehrheit bildete - hatte daher wohl nicht zu Unrecht vermutet, die Biermann Ausbürgerung sei für Heide Wiczorek-Zeul und ihre Gruppe nur ein willkommener Vorwand gewesen, die von der Basis verlangte, vom SPD-Parteivorstand aber immer wiedermonierte, punktuelle Zusammenarbeit mit Kommunisten in den Berufsverbotskomitees (und über dieses Vehikel auch in anderen Bereichen, etwa an den Hochschulen) endgültig zu liquidieren.

Wolf Biermann, der EXTRA-Dienst in Hamburg am Rande des Kongresses sagte, er "blicke nun langsam durch in der linken Szene hier", ließ sich nicht für einen solchen Anlaß einspannen. Der bisherigen Bundesvorstandsmehrheit der Jungsozialisten mußte dies spätestens seit dem 8. März klar sein. An diesem Tag war unter dem Motte "Gemeinsam gegen Rechts" in der Offenbacher Stadthalle vor rund 3500 Linken aller Couleurs Wolf Biermann zusammen mit dem ehemaligen Juso-"Stamokap"-Führer und jetzigen Bremer Professor Detlev Albers, dem "konkret"-Herausgeber Hermann L. Gremliza und dem verantwortlichen EXTRA-Dienst-Redakteur Carl L. Guggomos aufgetreten. Einheitslich hatten Albers, Gremliza und Guggomos in ihren Referaten für eine gemeinsa-

me Minimal-Plattform der Linken in der Bundesrepublik plädiert, um auch hier eine Wende herbeizuführen. Laut der "Offenbacher Post" (und die hatte hier recht) "stießen sie auf lebhaften Applaus und heftigen Widerspruch. Die Zustimmung überwog allerdings." Der heftige Widerspruch kam von einigen Maoisten und dem Anhang von Daniel Cohn-Bendit, der zwar einen Diskussionsbeitrag von sich, aber nicht seine Meinung durchsetzte.

Wolf Biermann sang nicht nur zwischen den Referaten, er setzte sich in mehreren Diskussionsbeiträgen auch vehement für das ein, was die drei Referenten des von den südhessischen Falken veranstalteten Offenbacher Abends inhaltlich vortrugen. Das brachte ihm die wütende Attacke von Cohn-Bendit ein: "Wolf du läßt dich von den Stamokaps einwickeln!"

Ins Cohn-Bendit Horn stießen auf dem Juso-Kongress auch Heidi Wiczorek-Zeul, Johanno Strasser und andere: Tunlichst freilich nicht per Mikrofon wie Cohn-Bendit in Offenbach, sondern in den Wandelgängen des Congress-Centrums Hamburg. Ihre Verärgereung darüber, daß Biermann auf Einladung des "Stamokap" Zentrums Landesverband Hamburg der Jungsozialisten zum Juso-Bundeskongress kam, war unverkennbar. Biermann scheint sich nicht einwickeln zu lassen, am wenigsten von denen, die den Kampf gegen die Repression in der Bundesrepublik am liebsten mit Dauerhieben gegen Repressionen in den sozialistischen Ländern führen möchten.

führte Biermann zunächst an, daß es "in der DDR, meinem Land", so etwas wie Arbeitslosigkeit nicht gäbe. "Wenn wir nun noch eine wirkliche sozialistische Demokratie hätten, es wäre überhaupt nicht auszuhalten."

... Biermann beklagte sich weiter, daß die Vertreter der FDJ herausgegangen sind, während er sich dafür einsetzte, daß sich die Mitglieder der DKP, die sich ihm gegenüber "sehr feindlich" verhalten, nicht aus den Berufsverbotskomitees geworfen werden. Er, Biermann, frage sich, wer hier schizophoren ist.

Diese antikommunistischen Attacken fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden. ... Die Krise des imperialistischen Systems sowie das Unbehagen über die eigene Partei, die bislang keine Mittel gefunden hat, der anstehenden Probleme Herr zu werden, bestimmten wesentlich den Inhalt und den Verlauf des Kongresses. Es standen sich von Anfang an die Konzeption der bisherigen Bundesvorstandsmehrheit (um Heidemarie Wiczorek-Zeul) und die der sogenannten "Stamokap-Fraktion" (um Klaus-Uwe Benneter) gegenüber.

Der Konflikt wurde auch durch die anstehenden Personalentscheidungen sehr zugespitzt. Klaus-Uwe Benneter, der mit vier Stimmen Mehrheit gewählte neue Bundesvorsitzende, formulierte Standpunkte zu den Problemen der Abrüstung und der Zusammenarbeit mit Kommunisten, die im Widerspruch zur praktizierten Politik der SPD stehen und die sich deutlich von der Position der bisherigen Bundesvorstandsmehrheit abheben.

Benneter untermauerte die bekannten Positionen der "Stamokap-Fraktion" hinsichtlich der Frage von Bündnissen und der Einschätzung des kapitalistischen Gesellschaftssystems. In der Frage der weiteren Mitarbeit der Jungsozialisten in der Hamburger "Initiative gegen die Berufsverbote" nahm er eine gemäßigte Haltung als die bisherige Bundesvorstandsmehrheit ein. Benneter distanzierte sich zwar von der Position der DKP zu den angeblichen "Freiheitseinschränkungen in sozialistischen Ländern", unterstrich aber die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Berufsverbote in der BRD und damit auch die "Initiative" zu stärken und nicht zu schwächen. Die Jungsozialisten würden sich "leichtfertig dem Vorwurf einer antikommunistischen Haltung aussetzen, wenn sie in der Arbeit mit der Initiative nicht eine kritische, aber auch solidarische Form wahren."

... Benneter, andere Vertreter der Stamokap-Fraktion sowie der Antirevisionisten ließen allerdings auf dem Kongreß keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie den Spielraum ihrer Möglichkeiten genau kennen. Sie waren sichtbar bemüht, den Konflikt mit der SPD-Führung in Grenzen zu halten und eine Spaltung der Jungsozialisten zu verhindern. Dies zeigte sich u. a. in der Tatsache, daß Benneter wiederholt die von Egon Bahr aufgestellte These bestätigte, daß die DKP innenpolitisch ein Feind sei und man ihr keine Stimme schenken dürfe.

Der SPD-Geschäftsführer Egon Bahr trat auf dem Kongreß zweimal auf.

"Gen. Egon Krenz:  
Ich schlage vor, die  
Beziehungen zu den  
'Jungsozialisten' einfrieren  
zu lassen. EH 24.3.77"

Anlage 2

Zu einigen Äußerungen des Bundesgeschäftsführers der SPD, Egon Bahr, im Grußwort an den Bundeskongreß der Jungsozialisten

Bahr betonte, daß es jetzt darauf ankäme "durch Entspannungspolitik den Frieden in Europa sicherer zu machen". Diese Politik müsse mit den Fragen der Menschenrechte verbunden werden. Er sagte: "Für die SPD ist die Fortsetzung der Entspannungspolitik Kern ihrer außenpolitischen Haltung ... und zwar im Interesse des Friedens, aber auch im Interesse der Menschen."

Bahr bekräftigte die Auffassung, daß es ideologisch keine Koexistenz gäbe, son-

dern Auseinandersetzung, und "daß es in diesem Punkt mit Ostberlin noch mehr als mit Moskau Einigkeit gibt".

Im Interesse der Friedenspolitik der SPD sei es notwendig, "keine ideologische Koexistenz zu erproben" und die "kommunistischen Regierungen Osteuropas als Partner anzuerkennen"....

Zu den Beziehungen  
zwischen Jungsozialisten  
und FDJ

Während des Abschlußempfanges des neuen Bundesvorstandes für die internationalen Gäste wandte sich Klaus-Uwe Benneter an den Vertreter des Zentralra-

tes der FDJ. In diesem Gespräch betonte er die Absicht, schrittweise Beziehungen zwischen dem Zentralrat der FDJ und dem Bundesvorstand der Jungsozialisten zu entwickeln

Er (Benneter) sei immer ein Verfechter von Beziehungen zur FDJ gewesen. Als ersten Schritt schlug er Gespräche auf "Parlamentärebene" vor. Diese Gespräche sollten intern in Bonn stattfinden. Der Bundesvorstand erwarte in nächster Zeit eine Reaktion der FDJ.

Information

Über die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Ausschluß des bisherigen Vorsitzenden der Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, aus der SPD

... Die Vorgänge um die "Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD" sind Teil der aktuellen Krise der SPD. Ihren Hintergrund haben sie in der Verschärfung des alten Widerspruchs der SPD, die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten und gleichzeitig die Werktätigen zu einer Stillhalte-Politik zu bewegen. Die in aller Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen widerspiegeln zugleich die innerhalb der SPD und in weiten Teilen der Jungsozialisten vor sich gehenden Diskussionen hinsichtlich der Formierung der Partei in Vorbereitung auf die Landtagswahlen 1978 und die Bundestagswahlen 1980. Die anhaltende Wirtschaftskrise und inflationäre Entwicklung, das Scheitern der Reformpläne der SPD, der den Jungsozialisten vom SPD-Parteivorstand auferlegte Zwang zur Stillhalte-Politik in Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahlen (Maulkorbberlaß), der Zwang zur Lösung anstehender Probleme (Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, politische und soziale Probleme der Studenten, Maßnahmen zur Abrüstung, Berufsverbote) haben in den der SPD nahestehenden Jugendorganisationen der BRD (Jungsozialisten, DGB-Jugend, Sozialistische Jugend Deutschlands - "Die Falken", Naturfreundejugend Deutschlands u.a.) eine massive Diskussion über Inhalt und Zielstellung sozialdemokrati-

scher Jugendpolitik und über ihr Verhältnis zur Partei hervorgerufen.

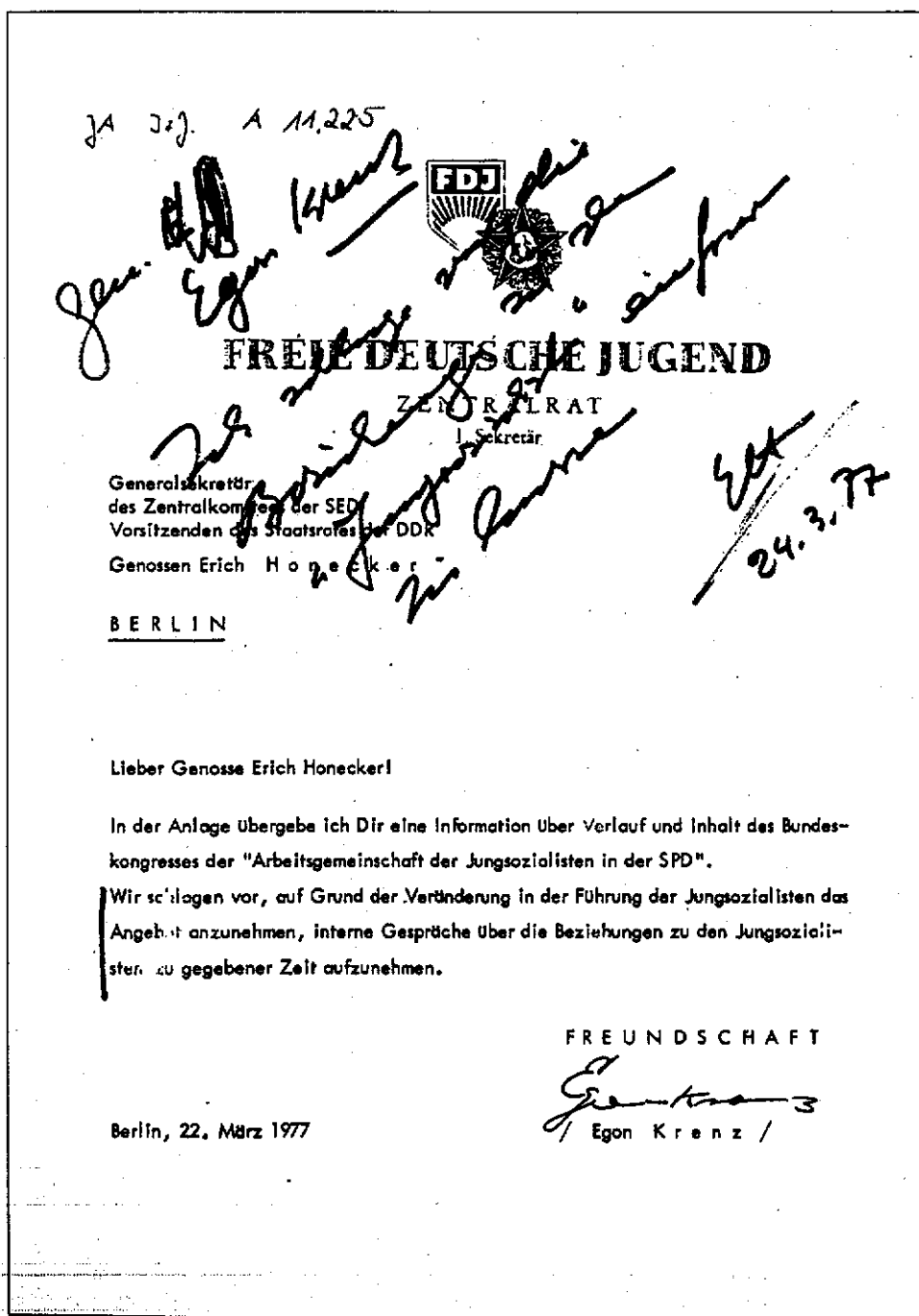
Das Ergebnis des Bundeskongresses der Jungsozialisten, die dort erfolgt Ablösung der bisherigen Bundesvorstandsmehrheit und die Wahl des Vertreters des zahlenmäßig kleinen sogenannten Stamokap-Flügels in den Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, steht damit in engem Zusammenhang. Die "Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD" hat sich immer als Instrument verstanden, den sozialdemokratischen Einfluß unter der Jugend aufzubauen und zu festigen. Die ehemalige Führung der Jungsozialisten ist dieser Anforderung nicht hinreichend gerecht geworden. Deshalb konnten sich auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten jene Kräfte durchsetzen, die durch eine praxisnähere Politik in den Fragen der Jugendarbeitslosigkeit, der Berufsverbote und der Abrüstung den Einfluß der Jungsozialisten in der BRD-Jugendbewegung zu vergrößern versprochen. In dieser Auseinandersetzung ist auch die Frage des Verhältnisses zu Kommunisten stärker in den Vordergrund gerückt.

Im Gegensatz zur prinzipiellen Ablehnung der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten durch den SPD-Parteivorstand befürwortet die Gruppierung um Benneter eine punktuelle Zusammenarbeit. Sie verfolgen dabei das Ziel, durch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten den wachsenden Einfluß der DKP auf die Jugend der BRD zurückzudrängen.

... Die Maßnahmen des Parteivorstandes gegen Benneter haben zu einer großen Verunsicherung sozialdemokratischer Jugendfunktionäre geführt. In der Mehrheit kritisieren sie die Art und Weise des Vorgehens gegen den gewählten Funktionär und gegen Mehrheitsbeschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten.

Ein Teil der Landesverbände der Jungsozialisten hat sich öffentlich mit Benneter solidarisiert. Die Auseinandersetzungen haben zugleich den Differenzierungsprozeß innerhalb der Jungsozialisten gefördert. Mehrheitlich haben sie klargestellt, daß sie ihre gesellschaftliche Konzeption, den "demokratischen Sozialismus" zu verwirklichen nur in und mit der SPD realisieren wollen. Ihre Grundhaltung bleibt antikommunistisch und sozialreformistisch.

Es ist zu erwarten, daß die Auswirkungen der Maßnahmen des Parteivorstandes der SPD auch innerhalb des Deutschen Bundesjugendringes und der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend nicht ohne Folgen bleiben werden. Welche Position der Parteivorstand der SPD hinsichtlich der Mitgliedschaft von SPD-Mitgliedern im Sozialistischen Hochschulbund einnehmen wird, ist abzuwarten. Jedoch kann damit gerechnet werden, daß die seit langem verfolgte Absicht, einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem SHB herbeizuführen, neu aufgegriffen wird. ...





# Die SPD und die Gentechnik

oder

## "Getrennt marschieren, vereint zuschlagen"

von Jens Katzek / Joachim Spangenberg\*  
In der vorletzten Ausgabe der spw wurde die Diskussion um die Anwendung der Gentechnik und ihrer rechtlichen Regulierung innerhalb der SPD angemahnt. Wir wollen im folgenden Beitrag die Entwicklung der verschiedenen Positionen zur Novellierung des Gentechnikgesetzes (GenTG) analysieren und aus den Erfahrungen über den Verlauf der Diskussionen in den letzten Jahren Schlüsse für die Partei und ihre "Begleitung" von neuen Technologien ziehen. Wir wollen nicht, daß es bei der notwendigen Diskussion um die (erneute?) Standortbestimmung innerhalb der Partei um die Ideologisierung einer neuen Technologie durch ein Gesetzgebungsverfahren geht (weder positiv noch negativ). Notwendige Risikoabschätzungen und die Reglungsdichte eines Gesetzes muß u.E. dem Gefährdungspotential der jeweiligen Technologie entsprechen.

### Die unendliche Geschichte - Die SPD und die Gentechnik

Eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion diskutiert schon seit längerem Änderungsvorschläge zu dem von der Bundesregierung am 24. Mai vorgelegten Novellierungsentwurf des Gentechnikgesetzes. Auf dem Hintergrund der nunmehr 15 Jahre andauernden Debatte der SPD-Bundestagsfraktion um ein bzw. das Gentechnikgesetz fordert sie, trotz der angestrebten Verfahrensvereinfachungen einen hohen Sicherheitsstandard zu gewährleisten, Rechtssicherheit zu schaffen und ein "Mindestmaß an Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung" zu ge-

währleisten - so W.-M. Catenhusen, Vorsitzender des Ausschuß für Forschung und Technologie in der Bundestagsdebatte vom 12.11.1992.

Wie kam es zu dieser Position? Welcher Lernprozeß ist abgelaufen, seit Volker Hauff als SPD-Forschungsminister 1978 erstmals (und 1980 erneut) den Entwurf für ein Gentechnikgesetz vorlegte und damit an dem massiven Widerstand von (chemischer) Industrie und Wissenschaft scheiterte? In den 15 Jahren seit dem ersten Entwurf eines Gentechnikgesetzes war die öffentliche Debatte von starken Widersprüchen gekennzeichnet. Während einerseits die mögliche Risiken einer neuen Technologie ausgemalt wurden, die von Katastrophen bis hin zu neuen, unbeherrschbaren Epidemien reichen könnten, wurde auf der anderen Seite auf den vermeintlich sicheren Nutzen der Gentechnik verwiesen (Ausrötung von Krankheiten, Ende des Welthungers, biologische Umweltsanierung etc.).

### Droht der Exodus der Gene?

Die Forschungsanstrengungen im Bereich der Gentechnik sind in den letzten Jahren, allen lautstarken Beschwerden zum Trotz, in öffentlichen Forschungseinrichtungen wie in der Industrie enorm. Über 800 Forschungslabors wurden in den letzten 3 Jahren genehmigt - und das trotz der in ganzseitigen Anzeigen propagierten angeblich unüberwindlichen bürokratischen Hürden und den Äußerungen von BDI-Präsident Tyll Necker<sup>2</sup>, praktisch die gesamte deutsche Genforschung sei bereits ins Ausland abgewandert. Es gibt bundesweit mehrere Genzentren - die Anzahl an neuen Produktionsanlagen kann man hingegen an einer Hand abzählen. Und das kann nicht nur am bürokratischen Verfahren liegen, und auch nicht an der mangelnden Akzeptanz der Produkte, denn in der

Bundesrepublik sind z.B. mehr gentechnische Medikamente zugelassen als in den USA. Gerade für Unternehmen der chemischen Industrie sind Genehmigungsverfahren mit Zeiträumen von mehreren Jahren nichts Fremdes. Was u. E. viel gravierender zu sein scheint, ist der Eindruck, daß marktreife Produkte bzw. konkrete Produktentwicklungen fehlen.

### Glaube, Hoffnung, Zuversicht - aber kein Umsatz?

Die Gentechnologie wird häufig als Zukunftstechnologie mit einem enormen Marktpotential angepriesen. Besonders auf dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Kriesensituation, wäre es sicherlich leichtfertig, wenn man nicht man nicht sorgfältig prüfen würde, in welchem Umfang neue Technologien, einschließlich der Gentechnik, Chancen bieten, Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen. Insgesamt scheinen sich die Hoffnungen auf Umsatz, Gewinn und Arbeitsplätze jedoch nur langsam, verspätet und in weit geringerem Maß als erhofft zu realisieren. So erwartete das Stanford Research Institute noch Mitte der 80er Jahre für das Jahr 2000 Weltumsätze von 66 Mrd. US-\$, davon 45 Mrd. \$ für Arzneimittel, nach 4 Mrd. \$ 1990<sup>3</sup>. 1989 schätzte das Münchner IFO-Institut den Weltumsatz 1995 nur noch auf 11 Mrd. DM bei Wachstumsraten von 20%<sup>4</sup>, und 1993 schätzt Genetic Engineering News den US-Umsatz im Jahre 2002 auf 9,3 Mrd. \$, bei Wachstumsraten von 14 %<sup>5</sup>. Auch diese Angaben beruhen noch auf der Annahme, die in klinischen Tests gentechnisch hergestellten befindlichen Medikamente könnten ohne Ausnahme mit einer baldigen Marktzulassung rechnen. Daß diese Annahme überoptimistisch war, zeigte sich im März 1993, als in den USA mehrere Genfirmen ihre klinischen Tests in Phase III abbrechen mußten. Die industriennahe Genetic

Engineering News kommentierte: "After counting the number of bodies lying over the investment landscape, surviving biotech investors are waking up..."<sup>6</sup>. Betreffs der Arbeitsplätze kommt das renommierte US-Office for Technology Assessment OTA denn auch zu dem Schluß, es könne auch für die Zukunft "nicht davon ausgegangen werden, daß sich die Bio- und Gentechnologien zu einem bedeutenden Feld der Industriebeschäftigung entwickeln"<sup>7</sup>.

Nicht innovationshemmende Akzeptanzprobleme und Rechtsvorschriften, sondern der Mangel an neuen Produkten scheint heute der begrenzende Faktor bei der Vermarktung der Gentechnologie zu sein. Insoweit hat nicht nur das Management der chemischen Industrie die Innovationen der Gentechnik nicht früh genug erkannt und so zumindest teilweise den "Zug verpaßt"<sup>8</sup>, sondern die bisher in die zukünftige Entwicklung der Gentechnik gesteckten Hoffnungen waren insgesamt überzogen. Die britische Wirtschaftszeitung "The Economist" warnt bereits vor einer Krise: "Es sieht so aus, als würden große Überkapazitäten drohen. An vielen potentiellen Medikamenten forschen 10 und mehr Firmen - und sie alle bauen Fermentationsanlagen, von denen jede einzelne ausreicht, den gesamten Weltbedarf für den Wirkstoff zu decken."<sup>9</sup> Das dadurch bedingte Interesse an einer möglichst kostengünstigen Produktion zusammen mit der Enge des Gen-Marktes hat zu einer weltweiten Deregulierungs-Offensive geführt, bei der durch eine jeweils weitergehende Rücknahme von Kontrollen und Sicherheitsmaßnahmen temporäre Wettbewerbsvorteile erzielt werden sollen. Temporär sind diese Vorteile insofern, als sie durch parallele Deregulation in anderen Staaten ausgeglichen werden können. Dann setzt die nächste Runde in diesem rechtlichen "Abrüstungswettlauf" ein. Obwohl diese Tendenz der Jahre 1990-1992 in den USA durch Präsident Clinton antlicherseits beendet wurde, scheint die europäische Industrie nicht die Chance auf einen neuen, rationalen Diskurs nutzen zu wollen, sondern eher einen "Deregulierungsvorsprung" anzustreben.

### Alles was Recht ist...

Während die Wissenschaft durch jede Art der rechtlichen Regulation ihre Unabhängigkeit bedroht sieht und seit 1978 gegen jedes vorgeschlagene Gengesetz Sturm läuft, war die Haltung der Indu-

strie variantenreicher. Während bis 1988, auch noch nach Vorlage des Berichts der Enquete-Kommission, jedes Gengesetz vehement abgelehnt wurde, wurden bereits zwei Jahre später der Regierung Vorwürfe gemacht, sie habe kein Gengesetz erlassen und sei so mitschuldig an der mangelnden öffentlichen Akzeptanz. 1990 war das vorliegende Gengesetz geeignet, 1992 das selbe Gesetz nicht mehr; jede Chance zur Verringerung der Reglungsdichte wurde konsequent genutzt, um angesichts der Schwächen bei der Entwicklung neuer Produkte die Wettbewerbsfähigkeit über den Preis herzustellen. Unterstützt wird dieser Trend sicherlich auch durch die katastrophale Forschungsförderungspolitik, wie sie durch die Bundesregierung betrieben wird: Die Bundesrepublik ist offensichtlich das einzige große Industrieland, in dem die öffentlichen Ausgaben für die Gentechnik real rückläufig sind.

### Die Genhüter

Vor diesem Hintergrund wurde die Diskussion innerhalb der Fraktion 1993 - und damit verraten wir kein Geheimnis - von einer starken Polarisierung geprägt. Die entscheidende Frage ist dabei, ob die von der Fraktion vorgeschlagenen Änderungsanträge den eigenen, oben genannten Vorstellungen von Sicherheit, Rechtssicherheit und Transparenz gerecht werden. Bisher hat man alten Forderungen der Bundestagsfraktion wie

1. Verbot der militärischen Nutzung der Gentechnik
2. Erweiterung der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (z.B. um Verbraucherverbände)
3. Freisetzungen nur, wenn Schädigungen von Mensch und Umwelt nicht zu erwarten sind.
4. Genehmigungspflicht für gewerbliche Anlagen
5. Zusammenfassung mehrere gentechnischer Arbeiten zu Projekten
6. Einführung eines bundesweiten Registers.
7. Vereinfachung von Anmelde- und Genehmigungsverfahren

Heftig umstritten ist noch die Frage, ob die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Produktionsanlagen der Sicherheitsstufe 1 beibehalten werden soll. Grundlage der gesamten Diskussion stellte der Änderungsantrag der Fraktion zum Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Enquete-Berichtes dar - die gleichsam

letzte "offizielle" Stellungnahme der Gesamtfraktion.<sup>11</sup>

Die erste Schlüsselfrage ist, ob es durch die Deregulierung des Gentechnikgesetzes nach Vorstellung der SPD und der damit verbundenen Verfahrensvereinfachungen und der reduzierten Öffentlichkeitsbeteiligung zu einem Investitionsschub von Seiten der Industrie und zu einer verstärkten Akzeptanz durch die Bevölkerung kommen wird. Beides darf füglich bezweifelt werden. Mehr als ein Symbol- und Symbolismus als Politikersatz sind wir von dieser Regierung ja inzwischen gewohnt - ist nicht zu erwarten. Neu ist lediglich, daß man dies so offen ausspricht wie Minister Seehofer: "Mit die größte Wirkung dieser Novellierung soll es sein, daß wir auch einen psychologischen Effekt aussenden, daß wir gegenüber der Wirtschaft ein klares Ja zu dieser Schlüsseltechnologie sagen." Gleichzeitig ist zu vermuten, daß die Einschränkung der Öffentlichkeitsbeteiligung eher den Verdacht der Geheimiskrämerei weckt und die Akzeptanz der Gentechnik so erneut unterminiert wird. Die geringe Akzeptanz der Gentechnik geht nicht nur auf ein mangelndes Verständnis der Öffentlichkeit zurück, sie spiegelt darüber hinaus einige grundsätzliche Probleme des gesellschaftlichen Umgangs mit Technik wider. So gibt es bis heute keine Institution, in der sozio-ökonomische Fragestellungen, also solche, die nach dem Sinn von Produkten oder die nach den gesellschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Produkten fragen, regelmäßig und kontrovers diskutiert würden. Der Gesetzgeber, der jetzt über einen "Mißbrauch der Genehmigungsverfahren" räsoniert, weil diese unvermeidliche Diskussion jetzt dort geführt wird, ergriff keinerlei Initiative, um einen gesellschaftlichen Diskurs über diese Fragen zu initiieren. So wurde z.B. der vom DGB geforderte und von der SPD im Bericht der Enquete-Kommission verankerte "Beirat zur Gentechnik", der dazu hätte dienen können, noch immer nicht etabliert. Die SPD, die diesen Beirat seit 1987 fordert und ihn auch in der Diskussion um das GenTG angemahnt hat, führt diese Forderung in ihrem aktuellen Änderungsantrag jedoch nicht mehr auf und hat auch auf Länderebene keine entsprechenden Initiativen ergriffen. Daß die Frage nach dem gesellschaftlichen Nutzen und dem Sinn einer Technologie bzw. ihrer Produkte so ungewöhnlich nicht ist, wird z.B. daran deutlich, daß neuerdings selbst die EG-Kommissi-

\* Jens Katzek, Biochemiker, Köln, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag  
\* Joachim H. Spangenberg, Biologe, Köln, Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie

on ein Moratorium für die Einführung des Rinderwachstumshormons BST bis zum Jahr 2000 fordert, da eine hormonell gesteigerte Milchproduktion als agrarpolitisch kontraproduktiv betrachtet wird. Es ist also durchaus möglich, ein Produkt abzulehnen, auch wenn dessen Produktion für Mensch und Umwelt ungefährlich ist, seine sonstigen Folgen aber unakzeptabel erscheinen.

### Die sichere, rechtssichere und transparente Deregulierung

Bezieht man diese mehr gesellschaftliche Risiken- und Technologiefolgediskussion in die Bewertung der SPD-Anträge mit ein, ergibt sich u. E. nach die folgende Bewertung:

**Rechtssicherheit:** Sie ist und war seit Verabschiedung des GenTG gegeben. Schwierigkeiten der Vergangenheit lagen nicht im Gesetz, sondern in untergesetzlichen Regelungen und im Verwaltungsvollzug. Hier vollziehen sich nach Startschwierigkeiten Verbesserungen unabhängig von der Novelle des GenTG. So hat es z.B. alleine in NRW über ein Jahr gedauert, bis qualifizierte Personen im RP eingestellt wurden - mit der Folge daß diese am Anfang völlig überfordert waren, weil sie erst einmal Altanträge aufarbeiten mußten. Ein ähnliches Bild zeigte sich in Hessen, wo es 1 Jahr dauerte, bis die Zuständigkeitsverordnung umgesetzt wurde, was natürlich zu Verzögerungen führte.

**Sicherheit:** Die primäre Sicherheit (Unfallfolgen) kann als durch das Gesetz auch bei Deregulierung nach den Vorstellungen der SPD als gesichert betrachtet werden. Im Bereich Freisetzung will die SPD zumindest den EG-rechtlich vorgegebenen Rahmen ausschöpfen. Die tertiären (sozio-ökonomischen) Folgen der Gentechnik waren bisher nicht Gegenstand parlamentarischer Beratung. Auch die SPD hat eine 1991 zu diesem Thema vorbereitete große Anfrage nicht eingebracht. Hier besteht ein echtes Politik-Defizit bei allen Parteien.

**Transparenz:** Eine drastisch verringerte Öffentlichkeitsbeteiligung verringert die Transparenz, ohne die Verfahrensdauer spürbar zu verkürzen<sup>12</sup>. Die Auseinandersetzung mit der Regierung ist hier mehr ein ideologischer Streit als einer um real wirksame Verfahrensfragen. Die SPD versucht in Rückzugsgefechten, "ein Minimum an Transparenz"<sup>13</sup> zu sichern. Es

bleibt zu prüfen, wie weit diese letzte Fortentwicklung sozialdemokratischer Positionsbestimmungen zur Gentechnik eine Modifikation aufgrund neuer Erkenntnisse darstellt oder welche Beweggründe sie sonst prägen. Eine Reduktion des Sicherheitsstandards aufgrund neuer und gesicherter Erkenntnisse wäre verständlich - aber welche Erkenntnisse führen zu der Auffassung, daß Transparenz bei der Entscheidungspraxis fehl am Platze ist?

Im folgenden soll der Diskussionsverlauf in der SPD exemplarisch an einigen zentralen Fragestellungen aufgezeigt werden.

### Öffentlichkeitsbeteiligung

Ein zentraler Kritikpunkt am bestehenden GenTG von seiten der Industrie ist die Beteiligung der Öffentlichkeit am Genehmigungsverfahren. In der Plenardebatte vom 22.6.1989 hat W.-M. Catenhusen ausgeführt: "Das geplante Gentechnikgesetz darf nicht zum Abbau bestehender Regelungen für die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren führen. Wir wollen eine solche Beteiligung für Produktionsanlagen und jede Art von Freisetzungsvorhaben". In den SPD-Änderungsanträgen zu § 8 und § 9 zum Gentechnikgesetz von 1990 wird folgerichtig gefordert: "Die Behörden führen ein Anhörungsverfahren durch vor Erteilung der Genehmigung für eine ... gentechnische Arbeit zu gewerblichen Zwecken und für gentechnische Produktionsanlagen der Gefahrenstufe 1, 2, 3 und 4."<sup>14</sup> In dem Fraktionsantrag vom November 1992<sup>15</sup> wurde dieser Punkt nicht mehr angesprochen.

In einer Pressemeldung vom 30. Juni 1993 von W.-M. Catenhusen heißt es dagegen: "Eine Einschränkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei gewerblichen Anlagen der Sicherheitsstufe 2 ist für die SPD nicht akzeptabel". Auch Josef Vosen erklärt am selben Tag, daß der Erhalt der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Sicherheitsstufe 2 "die Akzeptanz der Bevölkerung erhöhen wird." Unklar bleibt, wie man zu dieser Abkehr von früheren Positionen kam. Unklar bleibt auch, wie die Akzeptanz dadurch erhöht werden soll, daß die Öffentlichkeitsbeteiligung ausgerechnet in der Sicherheitsstufe 1 abgeschafft wird - derjenigen Sicherheitsstufe, in der vermutlich 98 % aller gewerblichen Arbeiten durchgeführt werden! In einem SPD-Antrag zum Investitionserleichterungsgesetz vom An-

fang dieses Jahres hieß es dagegen noch: "Akzeptanz-schaffende bzw. Akzeptanz-verbessernde Maßnahmen sind von erheblicher Bedeutung für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mitwirkung ist ein wesentlicher Beitrag, um der wachsenden Staats- und Politikverdrossenheit gegenzusteuern. Den Bürger als scheinbaren "Störfaktor" aus den Verfahren herauszuhalten, wäre dagegen kontraproduktiv."<sup>16</sup> Es wäre u. E. von daher zu begründen, wenn man sich schließlich in der Fraktion doch darauf einigen könnte, auch im Fall der Sicherheitsstufe 1 eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu fordern. Wer glaubt, die bundesdeutsche Chemieindustrie "wandere nur deshalb aus", weil öffentliche Anhörungen durchgeführt werden, übersieht die bestehenden Realitäten im konventionellen Chemiebereich. Gerade Unternehmen der chemischen Industrie sind Genehmigungsverfahren mit Zeiträumen von mehreren Jahren gewohnt (was nicht heißen soll, daß sie sie besonders mögen). Auch im Ausland sind öffentliche Anhörungen nichts Ungewöhnliches. So hat z.B. die Firma Bayer in Berkeley in den zwei Jahren, die das Genehmigungsverfahren für ihre Forschungsanlage der Sicherheitsstufe 1 dort gedauert hat, über 20 Anhörungen durchgeführt, in denen man Bayer sogar Kindergartenplätze als Begleitmaßnahmen abgetrotzt hat. Das Problem des zeitlichen Hinauszögerns liegt mehr in den Möglichkeiten des Verwaltungsvollzugs begründet und besteht trotz GenTG Novelle weiterhin. Eine intensive Diskussion dieser Zusammenhänge unter Beteiligung von Vertretern/innen aus den Genehmigungsbehörden hätte der SPD hier wahrscheinlich eine unnötig kontroverse Diskussion ersparen können. Es ist sicherlich unstrittig, daß die großen Chemieunternehmen in der Bundesrepublik Forschungskapazitäten im Ausland aufgebaut haben. Wenn aber die Standortentscheidungen für neue Forschungsstätten öffentlich mit der deutschen Rechtslage begründet werden, muß auch darauf hingewiesen werden, wie denn die Rechtslage zum Zeitpunkt der Entscheidung eigentlich aussah! Und es ist unbestreitbar, daß Bayer, BASF und HOECHST ihre Institute im Ausland alle zu einem Zeitpunkt geplant haben, als es in der Bundesrepublik noch gar kein Gentechnikgesetz gab! Darüber hinaus: Bayer verlagert nicht ein Forschungszentrum nach Massachusetts, nur weil nach dem bestehenden GenTG Forschungsan-

lagen der Sicherheitsstufe 1 bisher eine dreimonatige Anmeldefrist haben (ohne Öffentlichkeitsbeteiligung). In solchen Zeiträumen werden ja noch nicht einmal die Statikberechnungen der Fabrikgebäude von den Unternehmen durchgeführt. Aus diesem Grunde kann man sehr wohl behaupten - wie es übrigens selbst Minister Seehofer tut<sup>17</sup> - daß "Investoren auch aus anderen Gründen Deutschland verlassen haben". Die "Auslandsinvestitionen in Forschungseinrichtungen sind in erster Linie die logische Konsequenz einer Internationalisierungsstrategie, die mit dem Marketing und Vertrieb begann, dann die Produktion nach sich zog und jetzt Forschung und Entwicklung"<sup>18</sup> - auch wenn einige in der Partei dies noch nicht so gesehen haben und es deshalb in der Öffentlichkeit auch anders vertreten.

### Genehmigung/Anmeldung

Neben der Öffentlichkeitsbeteiligung ist es vor allen Dingen die Frage, ob eine gentechnische Anlage genehmigt oder nur angemeldet werden muß, die nach Ansicht der Industrie entscheidend ist für eine konkurrenzfähige Gentechnik-Industrie in Deutschland. In den SPD-Änderungsanträgen zum Gentechnikgesetz von 1990 heißt es dazu noch: "Jede gentechnische Arbeit (auch die weitere) ... zu gewerblichen Zwecken bedarf der schriftlichen Genehmigung. ... Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung der Beschaffenheit oder des Betriebs einer gentechnischen Anlage bedürfen der schriftlichen Genehmigung"<sup>19</sup>. In der bereits oben erwähnten Presseerklärung von Josef Vosen heißt es hingegen im Juni 1993: "Wir fordern die Ersetzung von Genehmigungen durch bloße Anmeldungen in den unteren Sicherheitsstufen" (Plural!). Dabei bezieht er sich explizit auf den Fraktionsantrag vom November 1992<sup>20</sup>, der eine solche Forderung jedoch gar nicht enthält. In einem ähnlichen Tenor äußert sich auch Uwe Jens, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion am 16. Juni in seiner Presseerklärung.

Die Entscheidung, sowohl in der Sicherheitsstufe 1 als auch in der Stufe 2 (wie auch von der Bundesregierung in der Gesetzesnovelle gefordert) nur noch eine Anmeldung zu verlangen, basiert u. a. auf der Einschätzung, daß der Vollzug in anderen EG-Staaten wesentlich schneller vonstatten geht. So klagte Uwe Jens, daß die Franzosen mit ihrem Gesetz, das auf denselben EG-Grundlagen beruht wie das

bundesdeutsche GenTG, besser umgehen können und wesentlich schneller in ihrer Genehmigungspraxis seien. Diese Kritik trifft aber nicht das Gentechnikgesetz, sondern den Verwaltungsvollzug. Und der sitzt - zumindest in Nordrhein-Westfalen - "in den Startlöchern und wartet auf die Anträge" (so ein Beamter aus dem Regierungspräsidium). Darüber hinaus sei erwähnt, daß Olaf Hohmeyer, Autor einer noch vertraulichen Studie der Fraunhofer Gesellschaft im Auftrag des Meinung vertreten hat, daß "wenn die Franzosen so weitermachen, sie sich relativ schnell eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof einhandeln"<sup>21</sup>, während andere führende Gentechniknationen wie England, Niederlande, Belgien und Dänemark mit dem deutschen Recht vergleichbare Verfahren haben, ohne nach einer Deregulierung zu rufen.

Es wird nicht klar, warum "in einem modernen Rechtsstaat, in dem selbst Teddybären und Aquariumleuchten durch Gesetz und Rechtsverordnung erfaßt werden"<sup>22</sup> die Gentechnik bevorzugt behandelt werden soll. Eine gewerbliche Herstellung von Medikamenten erfordert z.B. auch im Falle, daß keine gentechnischen Methoden angewendet werden, eine Genehmigung nach dem Bundesimmismissionsschutzgesetz (BImSchG). Unnötige bürokratische Hürden und Verfahren kann und will niemand akzeptieren. Die Geister scheiden sich jedoch an der Bewertung des Wortes "unnötig" bzw. an der Tatsache, ob es sich bei der Anwendung der Gentechnik um eine Risikotechnologie handelt oder nicht. Es gibt, ganz ohne Zweifel, seit Jahren und im Kern nicht ausdiskutiert - und damit Ursache immer wieder divergierender Bewertungen und resultierender Spannungen - in der SPD-Fraktion eine unterschiedliche Bewertung des mit der Gentechnik verbundenen Risikos. Dies sollte der Ansatzpunkt für eine weiterführende Diskussion sein. Wenn die Forschung und die Erfahrungen in den letzten Jahren den Nachweis dafür geliefert haben, daß es keine gentechnikspezifischen Risiken gibt, dann spricht unabhängig von der persönlichen Ausgangsposition nichts gegen ein vereinfachtes und vor allen Dingen zügiges Verfahren. Sind es keine Nachweise, sondern nur Hinweise, wird bei deren Beurteilung der Grundansatz eine wichtige Rolle spielen. Hier könnte die offene Diskussion neuerer Erkenntnisse und die regelmäßig Überprüfung der Fraktionsposition auf ihre Stimmig-

keit im Licht der neueren wissenschaftlichen Erkenntnis zu einem gemeinsamen Erkenntnisstand und darauf aufbauend zu einem konvergenten Meinungsbildungsprozeß führen, der den von außen kommenden, interessen gebundenen und entsprechend vorselektierten Informationssträngen ihre zentrifugale Kraft nehmen könnte. Wenn breite Erfahrungen mit dem Umgang des jeweiligen GVOs (Gentechnisch veränderter Organismen) bestehen und Einigkeit über dessen Einstufung z.B. in der Sicherheitsstufe 1 besteht (und es sich nicht etwa um ein 6:5 Ergebnis bei der Abstimmung in der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit (ZKBS) handelte, die für die Einstufung gentechnischer Arbeiten verantwortlich ist), dann spricht nach unserer Auffassung auch nichts gegen eine drastische Verfahrensvereinfachung im Bereich der Stufe 1. Es fehlen jedoch z.T. die minimalsten Voraussetzungen, um einen solchen breiten Konsens zu erreichen. So sind z.B. bis heute die Einstufungen von Organismen in Sicherheitsstufen nicht nachvollziehbar gemacht worden. Entsprechende Datenbanken fehlen schlicht - obwohl sie schon des öfteren angemahnt worden sind! Auch hier läßt sich wieder aus den USA lernen. Die Kontrollen und Vorprüfungen bei neuen Organismen, Konstrukten und Verfahren sind stringenter als bei uns (was man z.B. daran sieht, daß die Zulassung gentechnisch hergestellter Medikamente in den USA i.d.R. länger dauert als in Europa). Wird aber ein GVO in einem Prozeß benutzt, den man bereits früher umfassend bewertet hat, kann man i.d.R. innerhalb weniger Wochen mit der Arbeit beginnen.

### Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen

In der Enquete-Kommission wie in ihrem Änderungsantrag zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission<sup>23</sup> hat die SPD noch die Position vertreten: "Die gezielte Freisetzung von gentechnisch modifizierten Mikroorganismen ist zu verbieten." Diese Forderung wurde im Rahmen der Debatte um die Einführung des Gentechnikgesetzes 1990 zwar nicht erhoben, da dies einen klaren Verstoß gegen die EG-Freisetzungsrichtlinie dargestellt hätte, wurde aber als offizielle Position der SPD nicht aufgegeben und auch auf dem Bundesparteitag im Mai 1991 auf einen entsprechenden Antrag von Hessen-Süd hin

noch einmal bestätigt. Gleichzeitig wurden die Vorschriften der EG-Richtlinie mit ihrer Genehmigungspflicht als unzureichend kritisiert.

Mittlerweile vertritt die SPD im Rahmen der Novellierung des Gentechnikgesetzes die Position: "Freisetzung ja, wenn klar ist, daß keine schädlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu erwarten sind", verteidigt also das Prinzip der ehemals kritisierten EG-Richtlinie, während die Regierungsfractionen den bisherigen Gesetzestext beibehalten wollen, der noch von einer Abwägung zwischen dem Zweck der Freisetzung und der schädlichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt ausgeht und damit mit Umweltschutzvorschriften in der EG-Richtlinie kollidiert, die dieselbe Regierung in Brüssel wesentlich mit durchgesetzt hat.

Die EG-Kommission ihrerseits diskutiert nicht zuletzt auf Anregung derselben Bundesregierung sogar bereits über ein vereinfachtes Verfahren zur Freisetzung von Pflanzen ohne die bisherige Einzelfallprüfung. Dies erstaunt um so mehr, als die erste weltweite Freisetzung erst 1987 in den USA durchgeführt wurde. Langfristige ökologische Auswirkungen innerhalb von 6 Jahren (!) auch nur abschätzen zu können, ist wissenschaftlich betrachtet nicht seriös. Hier überwiegen bei Industrie, Bundesregierung und EG-Kommission (und leider auch bei einigen Wissenschaftsorganisationen) deutlich Eigennutz und wirtschaftliche Erwägungen vor dem Präventionsgedanken, während die SPD in Rückzugsgefechten zu retten versucht, was noch zu retten ist. Unseres Erachtens darf es, basierend auf der o.g. Position, daß eine Freisetzung nur zulässig sein soll, wenn schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht zu erwarten sind, zu einer weiteren Deregulierung in diesem Bereich nicht kommen. Hierzu ist auch eine klare Äußerung aus den Reihen der Fraktion notwendig, denn von einzelnen Abgeordneten wird hier (bereits wieder) unter dem Eindruck zweifelhafter ökonomischer Argumente und ohne wissenschaftlich-ökologische Rückversicherung eine Vorreiterrolle in der Öffentlichkeit übernommen<sup>24</sup>.

### "Rückschau" - oder: Die fehlende historische Kontinuität

Den Startschuß für eine erneute Debatte um die Regulierungsdichte der Gen-

technik in der SPD gab Josef Vosen, forschungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion mit einer Presseerklärung am 1. Oktober des letzten Jahres, in der er eine Deregulierung der EG-Richtlinien<sup>25</sup> von 1990 forderte. Am 8. Oktober war infolgedessen in der Süddeutschen zu lesen "SPD gespalten". Am 12. November mußte er sich in der Debatte gegen Zwischenrufer der CDU verteidigen, die die SPD als wankelmütig vorführen wollten. In einer weiteren Pressemeldung, diesmal von Catenhusen und Vosen gemeinsam verfaßt<sup>26</sup>, begrüßt man schließlich doch, daß die Veränderungen des GenTG auf Grundlage der EG-Verordnungen vorgenommen werden sollen. Dieser Verlauf der Positionsbestimmung stellt keinen Einzelfall dar, sondern scheinbar leider den "Normalfall" in der Gentechnikdebatte innerhalb der SPD, wie an den aufgeführten Beispielen zumindest teilweise deutlich geworden sein sollte. Unsere zentrale Kritik an der (notwendigen) neuen Positionsbestimmung ist, daß sie völlig unkoordiniert verläuft, daß keine Kontinuität und Vernetzung der Debatte existiert, ihr Verlauf vom Engagement einzelner Personen abhängt, und daß sie nicht auf den Ergebnissen früherer Diskussionen basiert.

Was bei der Diskussion um die Novellierung des Gentechnikgesetzes fehlt, ist u. E. jedoch die Rückschau auf bereits früher einmal beschlossene (und hart erstrittene) Positionen. Das kann dann z.T. so weit gehen, daß man in einer Pressemitteilung eines SPD-Abgeordneten lesen kann, daß "die Rahmenbedingungen für die Forschung und Produktion für gentechnisch erzeugte Medikamente und Lebensmittel in Deutschland durch das Gentechnikgesetz von 1990 so erheblich behindert worden sind, daß es keinerlei nennenswerte Investitionen von in- oder ausländischen Investoren in Deutschland gibt."<sup>27</sup> Dabei wird scheinbar völlig außer acht gelassen, daß die SPD genau dieses Gesetz vor drei Jahren abgelehnt hat - und zwar nicht etwa, weil es zu restriktiv war, sondern ganz im Gegenteil: Weil die Sicherheitsanforderungen nicht ausreichten! Solche Äußerungen weisen darauf hin, daß es in der Partei an einer politischen und historischen Kontinuität in der Frage der Bewertung der Gentechnik fehlt. Statt auf eigene Lernprozesse setzt sie auf Informationen von außen; eine Debatte, die etwaige neue Handlungsfelder - z.B. im erwähnten Bereich der tertiären Folgen der Gentechnik aufzeigen könnte, findet nicht statt. So be-

steht das Risiko, nur noch mit Änderungsanträgen auf Regierungsvorstöße zu reagieren, und statt selbst zu agieren, zum Tanzbären der Bundesregierung zu werden.

Es scheint, als wenn es innerhalb der SPD Schwierigkeiten gibt, Ergebnisse früherer Diskussionen zu verwerten und entsprechend den neuen Gegebenheiten weiter zu entwickeln. Es hat zwar in den letzten Jahren auch in den Landesverbänden der Partei eine Reihe von Diskussionen und Foren zum Thema Gentechnik gegeben. Was jedoch völlig fehlte, war die Bündelung und Vernetzung der dort stattfindenden Positionen z.B. durch eine vom Parteivorstand initiierte Arbeitsgruppe, die nicht nur an Tagesfragen arbeitet, sondern sich auf mit der politischen Gestaltung des Technikeinsatzes beschäftigt. Bisher scheint es vielmehr so etwas wie einen "oszillierenden Konsens" zu geben. Man einigt sich auf eine Position, schlimmstenfalls auf einen Formelkompromiß, interpretiert diesen nach einiger Zeit aufgrund der genannten verschiedenen Grundeinstellungen unterschiedlich und findet dann wieder neue Kompromisse. Natürlich ist eine Angleichung politischer Positionen an den "Stand von Wissenschaft und Technik" immer notwendig. Dennoch ist dieser Prozeß nur dann wirklich effektiv, wenn man auf Bestehendem aufbaut, das ja i.d.R. vorher in einem breiten Diskussionsprozeß erarbeitet wurde, an dem sich auch Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen wie z.B. der Gewerkschaften beteiligt haben, und nicht das Rad jedesmal wieder neu erfindet.

Es hat eine fatale Außenwirkung, wenn Repräsentanten der Partei in der Öffentlichkeit im Vorfeld einer Entscheidungsfindung völlig unterschiedliche, sich widersprechende Positionen mit auch noch unterschiedlichen Argumentationslinien vertreten. Wenn es keine Kontinuität der politischen Positionen, bzw. eine Nachvollziehbarkeit des Richtungswechsel und des Diskussionsprozesses gibt, ist dies für den Bürger verwirrend und erweckt den fatalen Eindruck politischer Beliebigkeit oder gar des Opportunismus. Unsere Positionen erscheinen austauschbar, was fast zwangsläufig zu einem Vertrauensverlust führen muß, den wir uns nicht leisten können, wenn man uns als Partei Kompetenz in diesem Bereich zusprechen soll. Es hilft sowohl der Glaubwürdigkeit der Partei als auch ihrer politischen Effektivität, wenn man sich über die Ziele und Argumentationssträn-

ge enig ist. Die Frage ist, ob wir uns als Partei weiterhin den Spagat erlauben können, die Ansprüche der verschiedenen Interessengruppen dadurch zu befriedigen, daß wir sie mit den Meinungen und Presseklärungen derjenigen konfrontieren, die ihrer Meinung am ehesten entsprechen. Regierungsfähigkeit setzt auch ein klares Regierungskonzept voraus - und diese Binsenweisheit kollidiert mit dem Anspruch, es allen Recht zu machen. Wir dürfen u.E. nicht den Fehler machen, daß durch mangelnde interne Meinungsbildung politische Handlungsunfähigkeit bzw. Konturlosigkeit entsteht.

### Fazit

Der Prozeß der Meinungsbildung im Parlament in den letzten Jahren war, wie oben gezeigt, immer wieder davon geprägt, daß man Diskussionen nicht auf der Basis bestehender Positionen geführt hat, die im Licht neuer Gegebenheiten gegebenenfalls weiter zu entwickeln sind, sondern daß man sich im Prinzip immer wieder um dasselbe gestritten hat: Nämlich um die Frage, wie man eine potentielle Risikotechnologie kontrollieren kann, ohne sie "zu Tode zu regulieren" und wie man dabei trotzdem einen hohen Sicherheitsstandard gewährleisten kann, um ihre Vorteile zu genießen. Dies hat seine Ursache u.a. auch darin, daß ein großes Problem der parlamentarischen Begleitung einer Querschnittstechnologie wie der Gentechnik damit zusammenhängt, daß im Parlament die dafür notwendigen, *ressortübergreifenden* Strukturen im Prinzip nicht bestehen. Die SPD-Berichterstattergruppe Gentechnik, die ein solches Positivbeispiel darstellen würde, ist z.B. keine "offizielle" Fraktions-AG, sondern hat mehr informellen Charakter. Wir sind, was die Novellierung des GenTG betrifft, der Ansicht, daß

- die Öffentlichkeitsbeteiligung auch in der Produktions-Sicherheitsstufe 1 aufrecht erhalten werden muß, wenn mit dem Organismus, dessen gentechnischem Konstrukt oder der geplanten Verwendungsform noch keine umfassenden Erfahrungen bestehen,
- nichts gegen eine drastische Verfahrensvereinfachung im Bereich der Stufe 1 spricht, wenn breite Erfahrungen vorliegen und Einigkeit über die Einstufung des GVO bestehen,
- eine Freisetzung nur dann zulässig ist, wenn schädliche Auswirkungen auf Mensch und Umwelt nicht zu erwarten

sind. Zu einer Deregulierung in diesem Bereich darf es nicht kommen, weil die entsprechenden Kenntnisse noch nicht vorhanden sind,

● es notwendig ist, Institutionen zu schaffen, in denen auch sozio-ökonomische Fragestellungen, also solche, die nach dem Sinn von Produkten oder die nach den gesellschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Produkten fragen, diskutiert werden.

Die inhaltliche Debatte um die gesetzliche Gestaltung der Gentechnik litt entscheidend darunter, daß eine kontinuierliche Begleitung und Vernetzung durch die Partei fehlt. Hier könnte eine vom Bundesvorstand ins Leben gerufene Arbeitsgruppe eine Hilfestellung geben. Themen zur Beratung gibt es genügend. Die technikspezifischen gesetzlichen Regulierungen im Bereich der Gentechnik werden zwar im Prinzip in den nächsten Jahren abgeschlossen sein. Was noch ansteht, ist die Regulierung des Einsatzes der Gentechnik im Lebensmittelbereich, bei der somatischen Genterapie, dem genetischen fingerprinting, dem Erhalt der biologischen Vielfalt (Biodiversity) und der Genomanalyse. Darüber hinaus wird es jedoch eine Reihe von Folge Diskussionen geben: Zum einen über eine Anpassung bestehender Regulierungen an den neuesten Stand von Wissenschaft, Technik und Ethik (so steht z.B. in der wissenschaftlichen Diskussion das Verbot der Keimbahntherapie schon längst wieder zur Disposition) und zum anderen die tertiären Auswirkungen dieser Technologie (Stichwort "sozio-ökonomische Auswirkungen"). Die Diskussion um die Gentechnik wird ja u.a. deshalb so intensiv geführt, weil man von ihr enorme Innovationen für die Zukunft erwartet. Wie umfangreich die gesellschaftlichen Veränderungen durch die Gentechnik sein können, wurde bereits in einer OECD-Studie aus dem Jahre 1989 beschrieben<sup>28,29</sup>, in der auf grundlegende, gentechnikinduzierte Strukturwandelprozesse in Landwirtschaft, Nahrungsmittelversorgung, Agrobusiness (einschließlich Teilen der chemischen Industrie) sowie im gesamten Gesundheitswesen (einschließlich Pharma, Versicherungswesen usw.) hingewiesen wird.

Wenn Gentechnik aber tatsächlich so umfassend in die menschliche Gesellschaft eingreift, ist es wichtig, einen Rahmen innerhalb der Partei zu haben, in dem diese Entwicklungen kontinuierlich beobachtet und diskutiert werden, um so der Fraktion und der Parteibasis den Diskussions-

verlauf transparent und vor allen Dingen nachvollziehbar zu machen. Weiterhin ist es wichtig, Empfehlungen zu erarbeiten, um evtl. negativen gesellschaftlichen Auswirkungen entgegenzuwirken. Es muß darüber hinaus "die Frage nach dem Zweck und Ziel gentechnischer Entwicklungen gestattet sein".<sup>30</sup> Eine solch kontinuierliche Begleitung kann man nur effektiv gewährleisten, wenn von Seiten des Parteivorstandes eine bundesweiter Arbeitskreis eingerichtet wird. Ein solcher AK stellt sicherlich nicht die Lösung aller Probleme dar, ist aber u.E. ein wichtiger Schritt hin zu einer kontinuierlichen, vernetzten, kompetenten und zielorientierten Diskussion. Auf dem Hintergrund des oben beschriebenen Verlaufs der Gentechnikdiskussion innerhalb der SPD sind dabei u. E. die folgenden (formellen) Anforderungen an einen solchen AK zu stellen. Er sollte:

- besetzt werden mit Mitgliedern, die auf den verschiedenen Ebenen (Land, Bund, EG) Kenntnisse und Erfahrungen besitzen,
- besetzt werden mit Sachverständigen unterschiedlicher Disziplinen (Interdisziplinarität)
- "fachspezifische Einheiten" der Partei mit einbeziehen (z.B. ASF, ASO, ASJ),
- auch auf Sachverstand von außerhalb der SPD zurückgreifen (Stichwort: SPD 2000),
- konkrete Handlungsperspektiven in einem breiten Sinne erarbeiten,
- eng mit der Berichterstattergruppe Gentechnik der Fraktion zusammenarbeiten, so daß Anregungen auch auf parlamentarischer Ebene umgesetzt werden können bzw. umgekehrt solche in die Diskussionen der AG mit einbezogen werden können,
- einmal herausgegeben Stellungnahmen in zeitlichen Abstand im Lichte evtl. neuer Erkenntnisse erneut diskutieren und die Stellungnahme ggf. modifizieren
- um zumindest einen gewissen Grad an Verbindlichkeit zu sichern, Parteitagsschlüsse vorbereiten, wobei die Bundestagsfraktion berichtspflichtig auf dem nachfolgenden Parteitag wäre,
- sich zuerst mit Themen beschäftigen, in denen man vermutlich leicht einen Konsens erreichen kann
- auch Erfahrungen anderer Länder mit in seine Überlegungen mit einbeziehen. Erfahrungen aufnehmen heißt nicht, automatisch auch zu den gleichen Schlüssen kommen. Dennoch sollten Fakten und bestehende Erfahrungen, differenziert nach

Anwendungsbereichen, genutzt werden. Momentan ist der Bezug z.B. auf die USA eher pauschalisierend - so wird etwa durch die Nichtberücksichtigung unterschiedlicher Regelungsebenen der Eindruck erweckt, als gäbe es in den USA keine Anmeldung gentechnischer Produktionen.

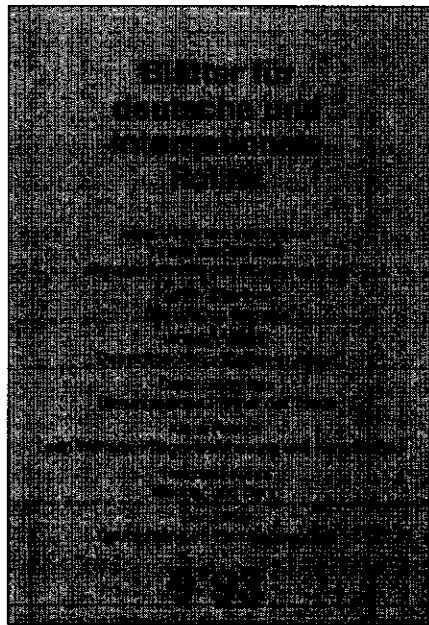
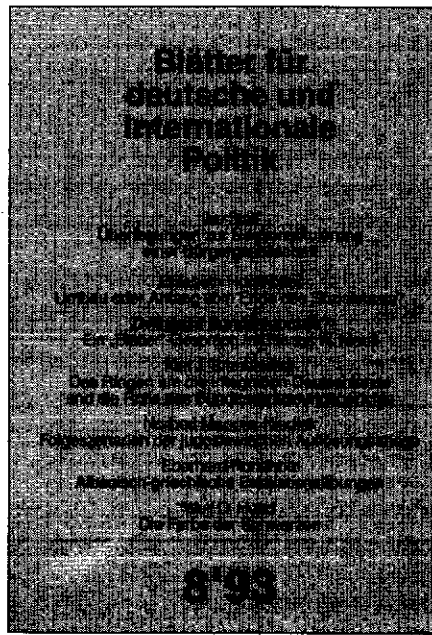
Anmerkungen

- 1 Das BMFT charakterisiert z.B. die Nachfrage nach Fördermitteln aus dem 1991 aufgelegten indirekt-spezifischen Förderprogramm "Biotechnologie" als "lebhaft". Von Juli 1991 bis November 1992 wurden rund 50 Mio. DM an 120 Unternehmen vergeben; bis Jahresende hatten 250 Unternehmen eine Förderung beantragt.
- 2 Bild der Wissenschaft August 1993
- 3 Stanford Research Institute (SRI), Marktprognose Gentechnik, Stanford 1989, zitiert nach Medikament & Meinung 10, 16.10.1989
- 4 ifo Schnelldienst 22, 8.8.1989
- 5 Genetic Engineering News 1.1.1993, S. 5

- 6 Genetic Engineering News 1.4.1993, S. 22
- 7 zitiert nach S. Koppelberg "Freie Fahrt für freie Forscher", in Metall 9/30, April 1993
- 8 Eine These, die z.B. der ansonsten eng mit der Industrie kooperierende Molekularbiologe Prof. Gassen vertritt
- 9 The Economist vom 19.4.86, S.93
- 10 Presseerklärung W.-M. Catenhusen vom 30.6.93
- 11 Bundestagsdrucksache 12/3696 vom 11.11.1992
- 12 M. Führ "Dauer von Genehmigungsverfahren", in: Informationsdienst Chemie und Umwelt 11/91
- 13 W.-M. Catenhusen in der Bundestagsdebatte vom 12.11.1992
- 14 Bundestagsdrucksache 11/6778 vom 27.3.1990
- 15 Bundestagsdrucksache 12/3696 vom 11.11.1992
- 16 Bundestagsdrucksache 12/3958
- 17 Bundestagsdebatte vom 18.6.93
- 18 Eine umfangreiche Strategieanalyse findet sich bei J. H. Spangenberg "Genrechtsfund industrielle Standortentscheidungen", Studie für das IEUP, Köln 1993
- 19 Bundestagsdrucksache 11/6778 vom 27.3.90
- 20 Bundestagsdrucksache 12/3696 vom 11.11.1992

- 21 "Wie die Gen-Lobby manipuliert", taz vom 19.7.1993 und SPIEGEL vom 27.7.1993
- 22 W.-M. Catenhusen in der Bundestagsdebatte vom 29.3.90
- 23 Bundestagsdrucksache 11/5468 vom 25.10.1989
- 24 So etwa Helga Otto, die in der Bundestagsdebatte vom 18.6.1993 erklärte: "Ich denke, daß wir auch über Erleichterungen in der Freisetzung reden müssen"
- 25 "Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen im geschlossenen System", Richtlinie 90/219/EWG in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (ABL) L117/1 vom 8.5.1990; "Absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt", Richtlinie 90/220/EWG in: ABL L117/15 vom 8.5.1990
- 26 30.6.1993
- 27 Uwe Jens in seiner Pressemeldung vom 16. Juni 1993
- 28 OECD "Biotechnology: Economic and Wider Impact", Paris 1989
- 29 Jens Katzek "Biotechnologie - Ökonomische und weitere Auswirkungen", INFOTECH 2/1991
- 30 Marliesa Dobberthien in spw 70/93

Lesen - Abonnieren - Weiterempfehlen



An die Blätter Verlagsgesellschaft  
Bertha-von-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn  
Telefon 0228/650133, Telefax 0228/650251

Ich bestelle

- Heft 8'93 zum Preis von DM 12,00 (plus Porto)
- Heft 9'93 zum Preis von DM 12,00 (plus Porto)
- Ich abonniere zum Preis von 97,80 DM (incl. Versand)
  - Verrechnungsscheck anbei  gegen Rechnung
- Ich möchte ein älteres Heft kostenlos zum Probelesen.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen bei der Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-von-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift: \_\_\_\_\_

Die Blätter für deutsche und internationale Politik sind die politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum.

Deckname "Verfassungsschutz"



Ein bundesdeutscher Geheimdienst nach dem Kalten Krieg

von Rolf Gössner\*

Die Bundesrepublik Deutschland wird nach herrschender Meinung als "wehrhafte Demokratie" definiert. Um die inneren und äußeren Feinde der "freiheitlichen demokratischen Grundordnung" abzuwehren, hat sie sich bereits in den 50er Jahren die Bundeswehr, eine Politische Justiz, den polizeilichen Staatsschutz und drei Geheimdienste zugelegt: den "Verfassungsschutz" (VS), den Bundesnachrichtendienst (BND) und den Militärischen Abschirmdienst (MAD). Diese Geheimdienste sind während des Kalten Krieges, in einer Zeit der unmittelbaren Konfrontation zweier hochgerüsteter Macht- und Militärböcke, geschaffen und groß geworden - zur Absicherung des westdeutschen "Bollwerks gegen den Kommunismus". Die Zeiten haben sich gründlich geändert: Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist eine der wichtigsten Legitimationen für die Existenz bundesdeutscher Geheimdienste weggefallen. Mit dem Niedergang der bis dahin allgegenwärtigen "kommunistischen Bedrohung" gerieten die Dienste in eine tiefe Sinnkrise: Sie wurden schlicht um ihre altbewährten Feindbilder gebracht. Anstatt nun die berechtigte Frage nach der Existenzberechtigung dieser Institutionen zu stellen, werden von Ordnungspolitikern und Sicherheitskräften immer neue Legitimationen nachgeschoben: Neben den "traditionellen" Aufgabenfeldern "Linksextremismus", "Terrorismus" und Spionageabwehr (wo ihnen nicht gerade Erfolge nachgesagt werden können) soll etwa der "Verfassungsschutz" nun auch zur Aufdeckung von fortwirkenden Stasi-Strukturen und verstärkt gegen den bislang verharmlosten "Rechtsextremismus" eingesetzt werden, ja sogar -

systemwidrig (weil Sache von Polizei, Zoll und Staatsanwaltschaften) - gegen die "organisierte Kriminalität".

Geheimdienste gegen die neue Unübersichtlichkeit?

Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und der Vereinigung Deutschlands können wir - in Anlehnung an Habermas' "Neue Unübersichtlichkeit" - von einer "Neuen Unsicherheit" sprechen. Solche unsicheren Zeiten sind immer denkbar schlecht für eine liberale Innenpolitik, wie sie dieses Land dringend nötig hätte: Den negativen Auswirkungen wachsender sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit soll offenbar, so stehen die Zeichen, mit der Keule der "Inneren Sicherheit" begegnet werden. Seit geraumer Zeit betreiben CDU/CSU und Bundesregierung eine wahre "Sicherheits"-Offensive: Großer Lauschangriff, Verschärfung des Jugendstrafrechts, Sicherungshaft für Wiederholungstäter, Erweiterung der Vorbeugehaft und der Überwachung des Post- und Telefonverkehrs - das sind einige Stichworte dieser Kampagne. Mit etwas Verzögerung wird nun auch der neonazistische Terror zum Anlaß genommen, neue Polizeibe-fugnisse und einen Ausbau des Polizei- und Geheimdienstapparates zu fordern. Aber die sicherheitspolitischen Hardliner sind nicht mehr allein: Auch viele Kräfte, die dem liberalen Bürgertum und der verbliebenen "Linken" zugerechnet werden, sind mittlerweile bereit, bürgerrechtliche und rechtsstaatliche Positionen nach und nach zu räumen, wenn es um den Kampf gegen die wachsende Kriminalität geht, gegen das gehörig dramatisierte "Organisierte Verbrechen", gegen Drogenkriminalität, gegen Rechtsextremismus und neonazistische Gewalt. Plötzlich werden sogar bei ehemals (staats-) kritischen Geistes der vielgeschmähte "Verfassungsschutz" akzeptabel, das höchst bedenkli-

che "Anti-Terror"-Sonderrechtssystem genehm sowie die Hilferufe nach mehr Polizei und schärferen Gesetzen schriller, wenn diese nur endlich wirkungsvoll gegen die Übel dieser Welt eingesetzt würden.

Geheimdienste und Demokratie - vereinbar?

Angesichts solcher Verwirrungen scheint es mir notwendig, grundsätzlich auf den Charakter von Geheimdiensten - hier am Beispiel des "Verfassungsschutzes" (VS) - einzugehen: Das Grundgesetz läßt "zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes" die Errichtung eines sog. Verfassungsschutzes zu. Hinter diesem euphemistischen Begriff verbirgt sich ein ganz "gewöhnlicher" Geheimdienst mit konspirativen Strukturen, nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden, wie z.B. Geheimagenten, V-Leuten, agents provocateurs zur Infiltration und Provokation, verdeckter Technik für Lausch- und Spähangriffe, Manipulation und Desinformation zur Verdunkelung und Irreführung von Gerichten, Parlamenten, Öffentlichkeit - Mittel und Methoden, die gemeinhin als "schmutzig" gelten und die für alle Geheimdienste typisch sind. Demokratie und Geheimdienste, wie sie auch immer tituliert werden, sind folglich, was ihre Strukturen und methodischen Ansätze betrifft, grundsätzlich unvereinbar. Geheimdienste, die als Schutz der Demokratie legitimiert werden, widersprechen ihrerseits selbst den Prinzipien der demokratischen Transparenz und der öffentlichen Kontrolle: Eine Kontrolle kann nur sehr eingeschränkt stattfinden gegenüber einer Institution, die geheim und abgeschottet arbeitet und zu deren Kunstfertigkeit es gehört, ihre eigenen Machenschaften gewerbsmäßig zu verdunkeln.

\* Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist in Bremen, ist als rechtspolitischer Berater der Fraktion Die Grünen im niedersächsischen Landtag direkt an den Verhandlungen über das nds. "Verfassungsschutz"-Gesetz beteiligt gewesen

## VS-Geschichte: Skandale mit System

Wenn wir uns die über 40jährige Geschichte des VS genauer betrachten, so müssen wir konstatieren, daß es sich um eine Geschichte von Skandalen, Verfassungsverletzungen und Bürgerrechtsverletzungen handelt, die im wesentlichen auf die Abschottung, die klandestine Arbeitsweise und mangelnde Kontrolle zurückzuführen sind: die Überwachung demokratischer Organisationen und Oppositioneller, die unrühmliche Rolle im Zusammenhang mit den Berufsverboten, die Abhöraffaire Traube, das fingierte Celler Bombenattentat und die Verstrickung in den Mordfall Schmücker mit verheerenden Auswirkungen auf das Strafverfahren sind nur herausragende Beispiele, Spitzen eines Eisberges gleich.

Insbesondere im "Terrorismus"-Bereich, der ja vor allem zur Legitimierung der bundesdeutschen Sicherheitsentwicklung herangezogen wurde, gibt es beklemmende Beispiele geheimer "Staatsaktionen": So waren geheime Mitarbeiter des "Verfassungsschutzes" und der politischen Polizei u.a. in Waffen- und Sprengstoff-Beschaffungsaktionen verwickelt, sie betätigten sich als agents provocateurs, ja die staatlichen Ämter und Dienste schreckten nicht davor zurück, (staats-)terroristische Akte eigenhändig durchzuführen (etwa das berühmte "Celler Loch"). Diese staatlichen Provokationen und Verstrickungen haben regelmäßig verhängnisvolle Auswirkungen auf die politischen Strafverfahren der als mutmaßliche "Terroristen" verfolgten und angeklagten Menschen. Die geheimen Einsätze führen nämlich zwangsläufig zu verfassungswidrigen Geheimverfahren, in denen Zeugen der Anklage gesperrt und geheime Ermittlungsakten dem Gericht sowie der Verteidigung vorenthalten oder manipuliert werden. Herausragendes Beispiel: der Mordfall Schmücker in Berlin, über den wegen dieser Vertuschungsmanöver über 15 Jahre verhandelt wurde, bevor das Verfahren eingestellt werden konnte. Die Hauptbeschuldigte mußte fast acht Jahre lang in Untersuchungshaft verbringen - lange Zeit unter den zerstörerischen Sonderbedingungen der Isolationshaft.

Gespeichert im nachrichtendienstlichen Informationssystem NADIS sind bzw. waren nicht etwa nur "Terroristen" und Spione - das würde die Millionen-Speicherungen wohl kaum erklären (1991 waren etwa anderthalb Millionen Personen-

Datensätze gespeichert, vgl. FR 26.9.92; in den 70er und 80er Jahren waren es noch wesentlich mehr: Damals gab es Schätzungen bis zu 10 Mio.). Gespeichert waren und sind Mitglieder von Bürgerinitiativen, Atomkraft- und Startbahn-Gegner, Volkszählungs-Boykotteure und Friedensbewegte, Demonstranten und Gewerkschafter, Parteigänger von den K-Gruppen über die "Grünen" bis zur SPD, Rechtsanwälte, Journalisten, Pfarrer und Abgeordnete, sicherheitsüberprüfte Arbeitnehmer und Betriebsräte, Kabarettisten und Sportler, Schüler und Studenten, ja auch Jugendliche - nur weil sie verdächtigt werden, sich "(links)extremistisch" zu betätigen oder "extremistisch beeinflusst" zu sein oder einfach, weil sie "Kontaktpersonen" sind. Daß es sich dabei keineswegs um eklatante Einzelfälle handelt(e), geht aus bundesweit gültigen Richtlinien bzw. "Verkartungsplänen" (Verschlusssachen - "Nur für den Dienstgebrauch") hervor, die ich erstmals in der Zeitschrift "Geheim" (Köln) dokumentiert und ausgewertet habe (Nr. 3/1987, 1/1989). Die bloße Möglichkeit "linksextremistischer Beeinflussung", was immer das ist bzw. der VS dafür hält, bietet nach diesen Plänen das Einfallstor, durch das der VS auch in die als "demokratisch" eingestuften Organisationen (z.B. Gewerkschaften, SPD, Grüne) einbrechen kann, um deren Mitglieder geheimdienstlich ausspionieren, entsprechend "verkartend" (verdaten) und auf elektronischem Wege etwa "Risikoprofile" von Personen und Gruppen erstellen zu können. Wie solche Profile aussehen können, verrät uns z.B. die geheime NADIS-Spezialdatei "P 2": Diese Merkmalsdatei dient u.a. zur Identifizierung unbekannter Personen sowie von Personen, die konspirativ tätig oder nur dessen verdächtig sind; sie enthielt in den 80er Jahren knapp 20.000 Namen, versehen mit unterschiedlichsten Persönlichkeitsmerkmalen, die verschlüsselt gespeichert waren: So stand beispielsweise H 10 für "gepflegt", H 11 für "ungepflegt", H 12 für "modisch", H 13 für "auffällig gekleidet", H 24 für "arrogant", H 35 für "erzählt Witze"; auch Trinkgewohnheiten - trinkt stark/nicht/ trinkt Bier/Wein - waren gespeichert; H 40 verriet eine andere "Schwäche": "starker Esser/nascht", H 70 ff hielten sexuelle Gewohnheiten fest: "triebhaft" (H 70); "homosexuell" (H 71), "bisexuell" (H 72) und "lesbisch" (H 73); weitere Merkmale: Schachspieler, Musik-Liebhaber, Literatur-Kenner ...

Es sei daran erinnert, daß die Stasi in der ehemaligen DDR ebenfalls intime Persönlichkeitsmerkmale erfaßte, wobei sie sich an einer Checkliste mit dem Titel "Hinweise zur Erarbeitung eines Persönlichkeitsbildes" orientierte. Neben der Haltung zur Arbeit, der Ausübung von Hobbys ("Foto, Briefmarken, Garten ..."), bevorzugter Lektüre, dem "Umgang mit zwielichtigen Personen" usw., interessierte insbesondere die "charakterliche Einschätzung" der Überwachten: "Nervös, linkisch, arrogant, schwerfällig, kritisch wertend, geistesgegenwärtig, stumpfsinnig, nüchtern, leichtgläubig... Sexualverhalten: triebhaft, ungehemmt, haltlos, beherrscht, nicht kontrolliert..." - so lauten einige der 101 beschreibenden Merkmale. Wie sich die Bilder gleichen ...

## Zur Effizienz des "Verfassungsschutzes"

Trotz eifriger Schnüffelei und umfangreicher Datensammlungen scheint der VS für die ihm zugedachte Arbeit nicht sonderlich tauglich zu sein. Zum einen hat er nicht einmal die tiefgreifenden Umbrüche in Osteuropa und der ehemaligen DDR früh- bzw. rechtzeitig erkannt (übrigens wie die anderen westlichen Geheimdienste auch); noch 1986 - nach Einleitung von Glasnost und Perestrojka in der UdSSR und nur drei Jahre vor dem Ende der DDR - hielt etwa der damalige Bundesverfassungsschutz-Präsident Ludwig-Holger Pfahls die DKP für die größte Gefahr: "Die DKP ist in ihrer engen Anlehnung an die Sowjetunion und die DDR mit ihren bündnispolitischen Erfolgen und ihrem Einfluß im Rahmen von Kampagnen auf das Abwehrverhalten der Demokraten auf längere Sicht jedenfalls gefährlicher als Rote Armee Fraktion oder Rote Zellen mit ihren spektakulären Gewalttaten" (FR 23.7.86).

Nicht allein dieses aufschlußreiche Zitat belegt, daß die Diagnosefähigkeit des VS im Sinne einer wirklichkeitsgetreuen Erfassung gesellschaftlicher Entwicklungen nicht gerade gut ausgeprägt ist und daß das leidenschaftliche Sammeln von personenbezogenen Informationen keinesfalls für analytische Qualität bürgt. Zum anderen ist bis heute schwer belegbar, wann der VS jemals die Verfassung wirklich geschützt hat - oder anders herum gefragt: wann und wie die Verfassung ohne den VS jemals überhaupt nur in Bedrängnis geraten ist. Wenn nicht durch ihn selbst: Stellte er doch mit seinen zahlreichen verfassungswidrigen Skandalen

das Grundgesetz auf eine harte Probe und sich selbst als ein kaum zu überbietendes Sicherheitsrisiko dar - schließlich war er in etlichen seiner Abteilungen von Stasi-Mitarbeitern durchsetzt. Die eigenen ausschweifigen Sicherheitsüberprüfungen zum Geheim- und Sabotageschutz haben offenbar wenig genutzt. Im Klartext heißt das makaberweise: In Westdeutschland "schützten" DDR-Stasi-Mitarbeiter das Grundgesetz!

Der "Verfassungsschutz" hat der politischen Kultur in der alten Bundesrepublik wesentlich mehr geschadet, als er vorgeblich der Verfassung und einer doch recht reduzierten Demokratie nützt. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur wird durch ihn eher gehemmt, denn gefördert. Denn eine Gesellschaft gewinnt nicht dadurch an demokratischer Kraft, daß sie - auch extreme oder radikale - politische Positionen ausgrenzt und dem administrativen Staatsschutz überstellt; eine Gesellschaft gewinnt vielmehr dann an demokratischer Kultur, wenn sie sich offen und offensiv auch mit diesen Positionen auseinandersetzt, auseinanderzusetzen lernt. So gesehen ist der VS Ausdruck eines verkürzten Demokratieverständnisses in Deutschland.

## Der Rechtsextremismus als neuer Legitimationsversuch

Diese Aussage gilt prinzipiell auch für die Bekämpfung des "Rechtsextremismus", dessen Wert als neue Legitimation für Weiterexistenz und Ausbau des VS mittlerweile von den Sicherheitskräften erkannt worden ist. Zur Erinnerung: Die Geschichte des VS (und des BND) hat mit ehemaligen Nazis begonnen; diese fühlten sich berufen, die neue bundesdeutsche Verfassung zu schützen, wobei sie, kaum verwunderlich, nicht verhinderten, daß sich andere (Ex-) Nazis im Staatsapparat einnisten, ob in der Verwaltung, bei der Polizei oder in der Justiz - mit weitreichenden Folgen für die bundesrepublikanische Entwicklung.

Es ist schwer vorstellbar, daß ausgerechnet dieser VS, der schon von Anbeginn - alten Leitbildern folgend - die "Gefahren des Kommunismus" in der alten Bundesrepublik übersteigert und die des Neonazismus systematisch verharmlost hat, nun plötzlich zum Garanten für die Eindämmung dieser Gefahr werden soll. Schließlich hat er noch nicht einmal laut und deutlich vor dem seit der deutschen

Vereinigung aufflammenden Neonazismus und Rechtsterrorismus gewarnt, zumindest hat er in seiner traditionell auf links fixierten Einäugigkeit falsch gewichtet. Und schon gar nicht konnte er auch nur dazu beitragen, diese Entwicklung adäquat zu bekämpfen oder auch nur einzudämmen. Wenn er in diesem Bereich tätig geworden ist, so hat er in etlichen Fällen per Infiltration und Provokation, per Rekrutierung von V-Leuten aus Neonazi-Szenen sogar mitgemischt, Straftaten von V-Leuten geduldet oder indirekt gefördert bzw. Straftaten nicht verhindert.

Neonazismus und Rechtsterrorismus gibt es bekanntlich nicht erst seit Beginn der neunziger Jahre. Bereits in den 80er Jahren gab es über 70 "rechtsextremistische" Organisationen mit knapp 30.000 Mitgliedern. Von 1980 bis 1989, also innerhalb von 10 Jahren, gab es - neben über 700 neonazistischen Gewalttaten, wie Sprengstoff- und Brandanschlägen, Raubüberfällen und Körperverletzungen - insgesamt 36 Tote aufgrund von rechtsterroristischen Anschlägen; darunter waren die Opfer des Münchner Oktoberfest-Attentats, 10 Ausländer, ein jüdischer Verleger und seine Lebenspartnerin, zwei Männer ohne festen Wohnsitz ... Das sind über dreieinhalb mal so viele Todesfälle, wie sie im selben Zeitraum von "Linksterroristen" verursacht wurden (10 Fälle). Seit 1990 sind bei Tausenden von neonazistischen Gewalttaten mehr als 50 Menschen getötet und etwa 2.000, zum Teil schwer, verletzt worden. Nicht nur die Tatsache, daß der VS die Zunahme rechter Organisationen und Aktivitäten nicht mal ansatzweise verhindern konnte, spricht nicht gerade für seine Tauglichkeit, sondern auch der Umstand, daß er - im Verein mit Ex-Generalbundesanwalt von Stahl - auch noch lange Zeit jegliche organisatorische Qualitäten der rechtsextremistischen Gruppierungen negierte - obwohl es längst mehr als nur Ansätze zur Organisation gibt. Die bloße Auflistung von "rechtsextremistischen" Anschlägen, die Rede vom "Motivationschub" nach Mölln (BfV-Präsident Wertebach), die "überraschende" Feststellung, daß die Gewalttaten "immer brutaler und schwerer" werden sowie die Prophezeiungen, der Rechtsextremismus nehme in Zukunft noch zu und könne möglicherweise in einen Rechtsterrorismus übergehen - solche Banalitäten rechtfertigen nun wirklich keinen Geheimdienst; jeder einigermaßen informierte Zeitgenosse kann sich solche "Erkenntnisse" selbst

zusammenreimen und jedes politikwissenschaftliche Institut kann fundierter und mit weit besseren analytischen Fähigkeiten diese Entwicklungsforschungen unterklären. Der VS hat - so muß man konstatieren - als "Frühwarnsystem", das er nach der Auffassung seiner Protagonisten in erster Linie sein soll, auf der ganzen Linie versagt. Selbst der Präsident des Bundeskriminalamtes, Zachert, meint, der VS habe bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher Gewalt als Frühwarnsystem nicht richtig funktioniert und nicht nachdrücklich auf die herausziehenden Gefahren aufmerksam gemacht (SZ 16.6.93). Diesen Aufgabenbereich nun als Legitimation für einen VS-Ausbau zu reklamieren, wie es allenthalben geschieht, halte ich für Augenwischerei, die auf antifaschistische Akzeptanz spekuliert. Eine starke antifaschistische, soziale und demokratisch legitimierte offene Politik, die auch die sozioökonomischen und sozialpsychischen Ursachen angeht, ist auch hier eher in der Lage, das vorhandene Gefahrenpotential zu verringern, als die Schaffung und Erweiterung eines zusätzlichen, obendrein geheimen und unkontrollierbaren staatlichen Gefahrenpotentials. Auch im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus führt die Fixierung auf staatliche Institutionen und Maßnahmen in die Irre. Die Delegation dieses gesellschaftlichen Problems an den Staat verhindert nicht nur eine radikale Aufarbeitung des Faschismus und eine engagierte Gegenwehr durch die BürgerInnen selbst, sondern sie befördert auch eine Sicherheitskonzeption, die der Bevölkerung vorgaukelt, sozial-politische Konflikte könnten letztlich geheimdienstlich, polizeilich und strafrechtlich "gelöst" werden - eine Sicherheitskonzeption, die im übrigen wieder zielsicher gegen mißliebige politische und soziale Minderheiten losgehen kann. Bei der aktuellen Nachrüstungsdebatte besteht die Gefahr, daß der Rechtsruck, den wir in der Gesellschaft verzeichnen, auf staatlicher Ebene ergänzt, verstärkt, verfestigt wird: Denn der sog. starke Staat mit seiner "law-and-order"-Ideologie steht tendenziell ebenfalls rechts.

## Die Gefahr einer sicherheitspolitischen Machtkonzentration

Der "Verfassungsschutz" und die anderen Geheimdienste BND und MAD ste-



Aufeinander zugehen

tag

Die Ost-West-Wochenzeitung

### Ich möchte den FREITAG kennenlernen...

und bestelle 6 Ausgaben zum Probiertpreis von DM 12,- (nur Vorkasse: Bar oder Scheck). wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche (Poststempel) beim FREITAG, Postfach 360 520, 1000 Berlin 36 widerrufen kann

2. Unterschrift

Einsenden an: Vertrieb FREITAG  
Postfach 360 520, 1000 Berlin 36

hen nicht allein im gesamtdeutschen System der sog. Inneren Sicherheit. Insbesondere ihr Verhältnis zur Polizei ist prekär. Dabei spielt jene historische Konsequenz eine wichtige Rolle, die aufgrund der bitteren Erfahrungen mit der Gestapo, der Geheimen Staatspolizei im Nationalsozialismus, gezogen wurde: Geheimdienste und Polizei sollten danach strikt voneinander getrennt werden, um eine unheilvolle Machtkonzentration von geheim operierenden Überwachungsapparaten und Vollzugsorganen von vornherein zu verhindern. Doch dieses sog. Trennungsgebot wurde im Laufe der Zeit ziemlich aufgeweicht: Die Zusammenarbeit florierete schon bald. Innerhalb des Polizeiapparates haben sich inzwischen geheimpolizeilich arbeitende und abgeschottete Bereiche herausgebildet. Der Trend zu einer höchst problematischen Geheimpolizei ist unübersehbar - einer Geheim-Polizei, der neben den klassischen exekutiven Polizeimitteln (Kontrollen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen etc.) auch typisch nachrichtendienstliche Mittel und Methoden zur Verfügung stehen (Under-Cover-Agenten, V-Leute, verdeckter Einsatz technischer Hilfsmittel für Lausch- und Spähangriffe etc.). Diese Entwicklung wurde inzwischen auch gesetzlich abgesichert (für die Gefahrenabwehr über die Polizeigesetze der Länder und für die Strafverfolgung durch das Gesetz zur Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität"). Welche Anstrengungen derzeit unternommen werden, das Trennungsgebot vollends auszuhebeln, das läßt sich an folgenden Beispielen veranschaulichen: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Eckart Wertebach, forderte in jüngster Zeit, ein sog. Bundessicherheitsamt zu schaffen und hierüber die anderen Sicherheitsapparate - Bundeskriminalamt (BKA), Bundesgrenzschutz, Bundesnachrichtendienst, Generalbundesanwalt (GBA) - stärker zu vernetzen (FR 24.10.1992; Die Welt 28.10.92). Vorläufer einer solchen Koordinierungs-, Zentralisierungs- und Vernetzungsinstanz jenseits der Verfassung gibt es längst: die "Koordinierungsgruppen Terrorismusbekämpfung" (KGT). Die KGT "Linksterrorismus" besteht seit 1991 und ist beim BKA angesiedelt; hier sind sowohl das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), die einzelnen VS-Landesämter, der GBA und die einzelnen Innenminister vertreten. Nach der Beschlußniederschrift der Innenministerkonferenz (IMK) vom 3. Mai 1991 hat

diese Einrichtung u.a. folgende Funktionen:

- "Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen" von Bund und Ländern "unter Einsatz aller Sicherheitsbehörden sowie der Justiz";
- "Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene unter voller Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen".

Mittlerweile ist auch eine "Koordinierungsgruppe Rechtsextremismus" eingerichtet worden. War das Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei bereits in der bisherigen Praxis stark durchlöchert, so steht es jetzt offenbar vollends zur Disposition.

### Ein neuer Geheimdienst für die stasi-geschädigte Bevölkerung

Seit der deutschen Vereinigung ist zum Thema Geheimdienste fast ausschließlich von der Stasi der ehemaligen DDR die Rede. Dieser Geheimdienst, der so zuverlässig für (Voll-)Beschäftigung bei den BRD-Geheimdiensten gesorgt hatte und posthum als Ausgeburt eines nachrichtendienstlichen Überwachungsapparates gehandelt wird, ist zum Inbegriff des Bösen geworden, demgegenüber die bundesdeutschen Geheimdienste sich wie nicht-verwandte, rechtsstaatlich agierende Wohltätigkeitsvereine abheben können. Gewiß: Stasi und bundesdeutsche Nachrichtendienste sind nicht auf eine gemeinsame Stufe zu stellen. Sie sind bzw. waren vollkommen unterschiedlich in ihrer Struktur, Dimension und in ihrer Fähigkeit, die Gesellschaft oder Teile davon zu durchdringen. Die Stasi war Geheimdienst und Geheimpolizei in einem. Doch der Grundstock an Arbeitsweisen, Mitteln und Methoden ist durchaus vergleichbar: Nicht allein die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel für Späh- und Lauschangriffe, nicht allein der systematische Einsatz von V-Leuten, Geheimagenten und agents provocateurs zur Bespitzelung, Provokation und Infiltration sozial und politisch verdächtiger Szenen und Gruppen; sondern auch die Sicherheitskonzeption: der Verdacht als herrschendes Prinzip, der Mensch als potentiell-elles Sicherheitsrisiko - in Ost wie in West. Der gravierendste Unterschied zwischen Stasi und bundesdeutschen Geheimdiensten liegt heute vor allem in der Tatsache,

daß erstere aufgelöst wurde und letztere noch nahezu unangefochten weiterexistieren. Anstatt nun das Ableben der Stasi-Krake, die Öffnung der Stasi-Akten und die geschichtliche Aufarbeitung derselben zum Anlaß zu nehmen, auch die West-Geheimdienste aufzulösen und ihre Geschichte transparent zu machen, wurde inzwischen der stasigeschädigten Bevölkerung in den Ost-Ländern, ohne nennenswerte Diskussion, ein neuer Geheimdienst unter dem Decknamen "Verfassungsschutz" aufgebürdet. Ausgerechnet in einem Landesteil, dessen Bürgern und Bürgerinnen es schließlich zu verdanken ist, daß es überhaupt zur Auflösung jenes Stasi-Überwachungsapparates kommen konnte. In diesem Zusammenhang sei an eine frühe Erklärung erinnert, die von mehreren bürgerrechtlich aktiven Organisationen der damaligen DDR im Mai 1990 formuliert wurde und leider längst in Vergessenheit geraten ist: "Wir, die Bürgerbewegungen der DDR, haben nicht vierzig Jahre unter den Praktiken der Stasi gelitten, führen nicht den aktuellen Streit um die endgültige und restlose Auflösung des Staatssicherheitsapparates, um demnächst - nach der Vereinigung und Rechtsangleichung - erneut Gefahr zu laufen, in unserem politischen Denken und Handeln durch 'Ämter für Verfassungsschutz' überwacht und bespitzelt zu werden" ("die tageszeitung" v.31.5.90). Diesen Bedenken wurde im weiteren Verlauf der Geschichte mit Nichtbeachtung begegnet. Die VS-Behörden sind längst mit Hunderten von Mitarbeitern und zig Millionen DM aufgebaut. In den allermeisten VS-Gesetzen der neuen Bundesländer ist noch nicht einmal in Ansätzen der Versuch unternommen worden, den schlechten Tendenzen von Geheimdiensten wenigstens rechtlich entgegenzuwirken. Sie haben gegenüber den VS-Gesetzen der Alt-Bundesländer - über die klassischen Aufgabenfelder hinaus - sogar noch zugelegt: Mit Ausnahme des brandenburgischen Gesetzes kreieren sie die Beobachtung und Aufdeckung von fortwirkenden unbekanntem Stasi-Strukturen als neues Aufgabenfeld. Damit wird der untaugliche Versuch unternommen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben - sprich: die vermeintlichen Reste eines ehemaligen Geheimdienstes mit einem neuen Geheimdienst klandestin zu bekämpfen. Zynisch ist es, wenn etwa in der Begründung des Entwurfs eines Thüringer VS-Gesetzes steht, daß das Landesamt für VS mit dieser heimlichen Beobachtung - so wörtlich - "die wertvolle

Arbeit der Bürgerkomitees auf diesem Gebiet" fortsetze. Damit wird eine demokratische Aufarbeitung durch eine undemokratisch-geheimdienstliche ersetzt.

### Das liberale niedersächsische Modell

Die VS-Gesetze der neuen Bundesländer, mit Ausnahme des ampeleierten Brandenburg, hinken weit abgeschlagen hinter jener bundesweit liberalsten Vorgabe her, die nach intensiven Diskussionen im rot-grün regierten Alt-Bundesland Niedersachsen im Oktober 1992 Gesetz wurde und seitdem von rechts-konservativen Kräften vehement bekämpft wird: Mit diesem Reformgesetz wurde der Versuch unternommen, aus der Skandalgeschichte des VS ("Celler Loch", Affären um den Agenten Mauss etc.) Konsequenzen zu ziehen und ihn wenigstens rechtsstaatlich zu "zähmen".

Die Leitlinien dieser VS-Reform lassen sich kurz auf folgenden Nenner bringen: personelle und finanzielle Reduzierung (von 370 auf 248 Bedienstete, Haushaltskürzung um über 20 %), einschränkende Präzisierung der Aufgabenfelder, Einschränkung der geheimen Befugnisse, abschließende Aufzählung der "nachrichtendienstlichen Mittel" (um "Wildwuchs" zu vermeiden), mehr Transparenz (Angaben zu NADIS-Speicherungen, Bediensteten und Haushalt) und eine deutlich verbesserte parlamentarische Kontrolle. Jede Fraktion erhält mindestens einen Sitz im neuen Kontrollausschuß des Landtages (was in Deutschland Seltenheitswert hat); die Kontrollrechte des Ausschusses wurden wesentlich erweitert und auf aktive Informations(zugangs)rechte ausgedehnt: Neben dem Recht auf Unterrichtung durch die Landesregierung (hierauf beschränken sich die meisten anderen VS-Gesetze) hat der Ausschuß - bereits auf Antrag nur eines Mitglieds - das Recht auf Einsicht in VS-Akten und andere Unterlagen, Zugang zu Einrichtungen der VS-Behörde sowie auf Anhörung von Auskunftspersonen.

### Die geheimdienstfreie Gesellschaft als Fernziel

Trotz dieser nicht zu unterschätzenden Reform müssen wir wohl weiterhin grundsätzlich von der Erkenntnis ausgehen, daß der "Verfassungsschutz", solange er als Geheimdienst konzipiert ist und arbeitet, wie alle Geheimdienste weder

demokratieverträglich zu gestalten noch effektiv zu kontrollieren ist. Wer die problematischen Folgen der nachrichtendienstlichen Geheim-Methoden nicht will, wer die mit geheimdienstlicher Tätigkeit zwangsläufig verbundene systematische Abschottung dieses Apparates für demokratiewidrig hält, muß dem VS zumindest die nachrichtendienstlichen Mittel gesetzlich versagen.

Diesen Überlegungen steht nicht etwa, wie mancherorts behauptet wird, das Grundgesetz (GG) entgegen. Denn danach muß überhaupt kein "Verfassungsschutz" eingerichtet werden, auch und gerade nicht auf Bundesebene: In Art. 87 I GG ist nachzulesen, daß durch Bundesgesetz "Zentralstellen" zur "Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes ..." eingerichtet werden können - wohlmerkt: können, also nicht eingerichtet werden müssen. Die beste Kontrolle über die Geheimdienste und die Minimierung ihrer verfassungswidrigen Skandale wird nur mit ihrer Auflösung zu erreichen sein. Der Schutz der Verfassung obliegt den Bürgern und Bürgerinnen selbst; sie sollten sich endlich gegen die skandalösen Grundrechtsaushöhlungen durch ihre "Volksvertreter" zur Wehr setzen und für eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft stark machen.

### Literaturauswahl

- Bündnis 90/Die Grünen, Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Geheimdienstgesetze, Bundestags-Drucksache 12/4402 vom 17.2.1993
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrg.), Verfassungsschutz in der Demokratie, Köln u.a. 1990;
- BfV, Aufgaben, Befugnisse, Grenzen, Köln 1992
- Gemballa, Geheim-gefährlich - Verfassungsschutz, BND, MAD, Stasi, Köln 1990
- Gössner, Geheime Staatsmissionen, in: ders., Das Anti-Terror-System. Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991, S. 185 ff. m.w.N.;
- ders., Sicherheitsrisiko Mensch - Von der personellen Sicherheitsüberprüfung zum Berufsverbot u. Risikoprofile - Die "Verkantung" des "inneren Feindes", in: ders., Widerstand gegen die Staatsgewalt - Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte, Hamburg 1988, S. 30 ff.;
- ders., Mit dem "starken Staat" gegen rechts? In: vorgänge 2/1993;
- ders., Liberalisierung versus Rechtsentwicklung (zum neuen niedersächsischen VS-Gesetz), in: Geheim 2/1992, sowie: "Verfassungsschutz"-Gesetze in den neuen Bundesländern, in: Geheim 1/1993. Janssen/Schubert, Staatssicherheit, Bielefeld 1990.

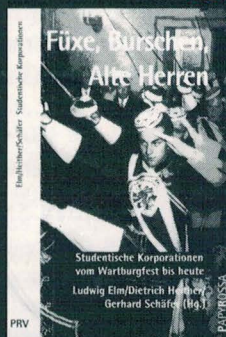
# Ab jetzt wird wieder mehr gelesen!

spw belohnt jedes neue Abonnement mit zwei Buchgeschenken zu aktuellen Themen.

## ab sofort und im August,

Nr. 15/1993

**Karl-Heinz Heinemann/  
Wilfried Schubarth (Hg.),  
Der antifaschistische Staat  
entläßt seine Kinder.  
Jugend und Rechtsextremismus  
in Ostdeutschland**  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 14,80 DM



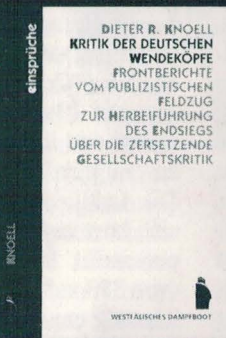
Nr. 16/1993

**Ludwig Elm/Dietrich Heither/  
Gerhard Schäfer (Hg.)  
Füxe, Burschen, Alte Herren.  
Studentische Korporationen  
vom Wartburgfest bis heute**  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag)  
Ladenpreis 24,80 DM

## im September,

Nr. 17/1993

**KREUZ UND QUER DURCH  
KÖLN Frauenstadtbuch**  
Köln 1992 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 15,-



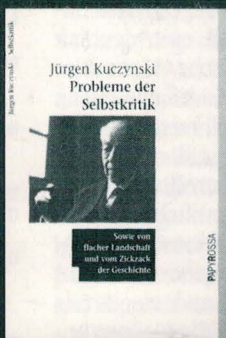
Nr. 18/1993

**Dieter R. Knoell,  
Kritik der deutschen  
Wendeköpfe. Frontberichte  
vom publizistischen Feldzug  
zur Herbeiführung des  
Endsieges über die  
zersetzende Gesellschaftskritik**  
Münster 1992  
(Verlag Westfälisches  
Dampfboot),  
Ladenpreis 19,80 DM

## im Oktober,

Nr. 19/1993

**Jürgen Kuczynski,  
Probleme der Selbstkritik.  
Sowie von flacher Landschaft  
und vom Zickzack  
der Geschichte**  
Köln 1991 (PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 24,- DM



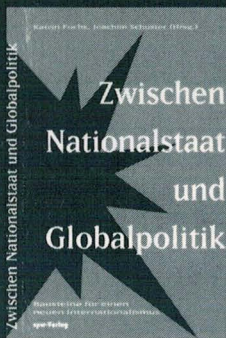
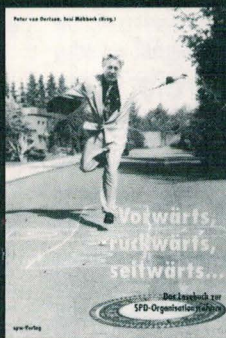
Nr. 20/1993

**Lutz Hoffmann,  
Die unvollendete Republik.  
Zwischen Einwanderungsland  
und deutschem Nationalstaat  
2., aktualisierte Auflage,**  
Köln 1992  
(PapyRossa Verlag),  
Ladenpreis 24,-

## im November,

Nr. 21/1993

**Peter von Oertzen, Susi  
Möbbeck (Hg.),  
Vorwärts, rückwärts, seitwärts  
... Das Lesebuch zur SPD-  
Organisationsreform**  
Köln 1991 (spw-Verlag),  
Ladenpreis 19,80 DM



Nr. 22/1993

**Katrin Fuchs/  
Joachim Schuster (Hg.)  
Zwischen Nationalstaat und  
Globalpolitik**  
Köln 1992  
(spw-Verlag),  
Ladenpreis 19,80 DM

**aber im Dezember ist Schluß !!!**